DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

317 28. JAHRGANG Februar 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ANTIMILITARISMUS

In der Lehre ziviler Hochschulen finden sich immer mehr militärische Inhalte – z.B. werden an der Frankfurter Goethe-Universität wehr- und sicherheitstechnische Forschungen durchgeführt oder es gibt in Potsdam einen Militärstudiengang. Die Broschüre »Stoppt Kriegsforschungen an Hochschulen!« der GEW-Studierendengruppe Frankfurt/Main beschäftigt sich mit der Militarisierung von Geist und Gesellschaft. Wir dokumentieren den einleitenden Text auf Seite 3.

KRITIK AM »TAFEL«-SYSTEM

»Was wäre, wenn das scheinbare Gutmenschen-System der »Tafeln« nicht Bilanzgewinnen und Image-Werbung von Lebensmittel-Konzernen diente, sondern Arbeitsplätze für seine »Kunden« schaffen würde?«, fragte Hartz4-Plattform-Sprecherin Brigitte Vallenthin im Gespräch mit dem »Sozialticker«. Der Jahresbericht der Tafeln für 2009 unter dem Motto »Geben und Nehmen« präsentiert sich als eine einzige Werbebroschüre für METRO, Mercedes-Benz, Lidl, Rewe, Viessmann & Co., und die Tafel selbst als »Premium-Marke«. Seite 4

FREIHÖFE

Viele Menschen haben teilweise oder gänzlich den Bezug dazu verloren, wo ihr täglich Brot herkommt, wie es entsteht, wer es produziert usw. Die Selbstversorgergemeinschaft Buschberghof arbeitet diesem Trend entgegen mit einem Gesamtkonzept, das 2009 durch den Förderpreis Ökologischer Landbau als »ökologisch vorbildlich und ökonomisch tragfähig« gewürdigt wurde. Seite 5

DATENSCHUTZ

Erfreulicherweise wächst auch in der radikalen Linken das Bewusstsein, dass unverschlüsselte E-Mail nicht weit entfernt ist vom Plakatieren der enthaltenen Ausführungen. Abhilfe ist eigentlich nicht schwer: Die meisten Mailprogramme erlauben mittlerweile die Nutzung des Verschlüsselungsprogramms PGP bzw. seiner freien Implementation GnuPG. Wie üblich liegt der Teufel aber im Detail. Unser Artikel will einige dieser Details klären. Seite 6

BELEGSCHAFTSBETRIEBE

Wenn Belegschaften die Fortführung ihres Unternehmens in Selbstverwaltung anstreben, etwa bei drohender Insolvenz, oder wenn ein Verkauf oder eine Nachfolgeregelung ansteht, müssen Verhandlungen geführt und die wirtschaftlichen und juristischen Fragen gelöst werden. Dabei kommen häufig auch die Gewerkschaften ins Spiel: Betriebsräte sind am Prozess beteiligt, die Einzelgewerkschaft oder Vertreter des DGB werden beratend tätig. Hartwig Daniels zur Rolle der Gewerkschaften auf Seite 12.

www.contraste.org

FREIE RADIOS

Selbstbestimmt kollektiv senden

Kein Medienbereich ist in Deutschland so streng reglementiert wie der Rundfunk. Vielerorts haben es dennoch Initiativen geschafft, selbstbestimmte Freiräume im Äther zu behaupten. Freie Radios senden hierzulande seit mehr als 20 Jahren, mittlerweile in über 30 Orten. Sie sind von unten gewachsen, organisieren sich selbst und arbeiten zugangsoffen und partizipativ. Der Anspruch als Medium gesellschaftskritisch und emanzipatorisch Minderheiten und Subkulturen eine Stimme zu geben, stellt sich dabei jeden Tag neu.

Aktion von »Radio Blau« in der Leipziger Innenstadt am 20.11.2010

Von Stefan Tenner, Radio CORAX, Halle ● Für alternativen Gesellschaftsfunk haben Politik und Behörden vielerorts eher Misstrauen oder Ablehnung übrig. In Niedersachsen ging bereits die erste UKW-Lizenz eines Freien Radios verloren. Auch in Sachsen wurden drei Freie Radios im Frühjahr 2010 wochenlang vom Äther verbannt. In Berlin versuchen mehrere Initiativen seit zwei Jahrzehnten vergeblich eine Änderung des Mediengesetzes zu erreichen, um so Freies Radio zu ermöglichen. Andernorts wurden bereits die Förderungen gekürzt, die die Radios an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten bringen. Dass auf eine kritische Berichterstattung auch mit Repression reagiert wird, konnte man Anfang des Jahres selbst in den Mainstreammedien erfahren. Das Bundesverfassungsgericht hat die Polizei-Razzia beim Freien Sender Kombinat in Hamburg 2003 als verfassungswidrig eingestuft. All das verwundert angesichts der Vielfalt, die die Freien Radios als Massenmedium und als Ort öffentlicher Debatte und des Experiments täglich ermöglichen.

Aber es gibt auch ein anderes Bild. Da wurden allein im Dezember vergangenen Jahres an Freie Radios Auszeichnungen und Preise für soziales Engagement und publizistische Leistungen an Radio CORAX, für Integration an Radio Z in Nürnberg oder Demokratieförderung an Radio Blau in Leipzig vergeben. Oder im Mediengesetz wird ihnen eine Grundfinanzierung aus Rundfunkgebühren zugesichert, einige haben eine 24 Stunden Frequenz oder gute technische Bedingungen. So vielfältig die Programme Freier Radios sind, so unterschiedlich sind auch ihre Bedingungen, unter denen sie je nach Sendestandort existieren. Seit Jahren stagniert die Förderung, während andere Länder den Zugang für nichtkommerziellen Rundfunk immer mehr liberalisieren.

Trotz der widrigen Umstände ist die Solidarität für die Radios und auch die überregionale Vernetzung zwischen den Sendern beeindruckend. Zahlreiche innovative und ambitionierte Projekte sind in Freien Radios entstanden, die dem zum Nebenbei-Medium verflachten und von Quotendenken und Warenförmigkeit bestimmten Radio etwas entgegensetzen.

Unterstützt werden sie dabei von hunderten, mitunter tausenden SympathisantInnen. Über 1.000 Vereinsmitglieder zählen beispielsweise die Freien Radios in Freiburg oder Nürnberg. Sie sichern damit einen großen Teil der finanziellen und politischen Unabhängigkeit ihres Senders.

Sie ermöglichen Partizipation an einem bewusst nicht auf Professionalität ausgerichteten Medium, das auch als sozialer Ort funktioniert. Leidenschaftlich und kompetent gemachte Musiksendungen einer Vielzahl von Genre abseits des Mainstream wechseln sich so mit Sendungen ab, die regelmäßig von Stadtteil-, Künstler- oder Kulturinitiaven und politischen Gruppen produziert werden. Kinder und Jugendliche bestimmen selbst, was sie in ihren Sendungen thematisieren. Und während öffentlich-rechtliche Sender muttersprachliche Sendungen seit Jahren einstellen und wegrationalisieren, bleiben Freie Radios für migrantische Communities oft die einzige Möglichkeit sich auch in ihrer Sprache im Radio zu informieren und öffentlich auszutauschen.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Überblick:
Freie Radios hören
Freie Radios vor Ort Seite 7

Sachsen: Wie Alternativmedien
finanziell ausgetrocknet werden Seite 7

Überblick:
Aktionsberichterstattung & Repression Seite 8

zip-fm
Politisches Nachrichtenmagazin zum Mitmachen Seite 8

Überblick:
Rundfunkregulierung Seite 9

Das Freie Radio als Alternative
The End of Radio? Seite 9

Überblick:
Situation in den Bundesländern
Was freies Radio bedeutet Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

HESS NATUR: AG »SOLIDARISCHE ÖKONOMIE« ENTWICKELT ALTERNATIVE

»Alternative im Blick«

Der Privat-Equity-Fonds und Rüstungskonzern Carlyle will das Ökotextilunternehmen Hess-Natur schlucken. An einem alternativen Konzept arbeiten die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe »Solidarische Ökonomie« und das Netzwerk Solidarische Ökonomie (SÖ).

Von Peter Kleinert ● Am 10. Januar 2011 trafen sich erstmals Mitarbeiter und Kunden von Hess-Natur mit Mitgliedern der Attac-AG und des Netzwerkes in Frankfurt. Im Anschluss an das Treffen kündigten die Attac-AG und das Netzwerk SÖ eine gemeinsame Kampagne für die Umwandlung von Hess-Natur in eine Genossenschaft an.

Der 1941 in Mittelfranken geborene und vom Angestellten bei einer Tochterfirma des amerikanischen Pharmakonzerns Ely Lilly zum Umweltaktivisten gewandelte Heinz Hess hat 1976 Hess-Natur gegründet. Nach der Geburt seines Sohnes hatte er »die Vision und das Bedürfnis nach reiner, natürlicher und unbehandelter Babybekleidung« und gab zusammen mit seiner damaligen Frau einen ersten Katalog für Hess-Natur heraus. »Auch heute« – Heinz Hess starb im März 2006 – »lebt seine Vision fort«, heißt es auf der Internetseite www.hess-natur.info:

Auch heute hinterlassen wir sichtbar Spuren: für ein menschliches und natürliches Leben, eingebettet in eine gesunde Natur und eine lebendige Gemeinschaft. Dafür stehen wir. Unsere Nachhaltigkeitspolitik wurde im August 2010 von der Stiftung Warentest gelobt: Im Rahmen des Tests von Basic-T-Shirts hat bessnatur die CSR-Bewertung »Stark engagiert« erhalten: »Echtes starkes Engagement für Mitarbeiter und Umwelt zeigt allein Naturmodeanbieter bessnatur«, heißt es in der Ausgabe 08/2010 der Stiftung Warentest.

Nicht zuletzt deshalb wollen die Ökoaktivisten nun Absichtserklärungen von Mitarbeitern, Kunden und Interessierten sammeln, die einer späteren Genossenschaft beitreten wollen. Der Betriebsratsvorsitzende von Hess-Natur, Walter Strassheim-Weitz, kündigte zudem an, der Betriebsrat werde die wirtschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten juristisch prüfen lassen.

»Wir arbeiten seit Jahren intensiv an Modellen, wie Beschäftigte, Kunden und Lieferanten ein Unternehmen in eigener Regie weiterführen können«, sagte Dagmar Embshoff, Mitglied des Netzwerkes SÖ sowie der Attac-AG. »Sei es, dass ein Unternehmen kurz vor der Insolvenz steht oder ihm wie im Fall von Hess-Natur die Übernahme durch einen Investor droht, der nur auf kurzfristige Gewinne aus ist – es gibt kooperative Alternativen.«

Bei dem Treffen stellte Hans Gerd Nottenbohm vom Netzwerk SÖ anhand der Geschäftszahlen von 2009 ein erstes Alternativ-Konzept für das Ökounternehmen vor. Ziel wäre die Umwandlung der Hess-Natur-Textil-GmbH in eine Genossenschaft. Für diese würde der Grundsatz »ein Mitglied, eine Stimme« gelten, wobei so genannte investierende Mitglieder laut Genossenschaftsgesetz nur eingeschränkte Gestaltungsrechte erhalten.

»Hess-Natur steht bereits für eine ökologische und faire Unternehmenspolitik. Eine Fortführung als demokratischer Betrieb wäre die konsequente Weiterentwicklung hin zu einem wirklich alternativen Wirtschaften«, sagte Hans-Gerd Nottenbohm.

Die Anwesenden, darunter fünf Betriebsratsvertreter von Hess-Natur, beteiligten sich an der Diskussion mit großem Interesse. »Wir haben heute eine Alternative kennen gelernt, die wir so bisher noch nicht im Blick hatten. Wir befürworten auf jeden Fall eine weitere Diskussion in diese Richtung. Ein solches Konzept kann für alle Beteiligten Gewinn bringend sein«, sagte Betriebsratsvorsitzender Walter Strassheim-Weitz.

Auch die Arbeit gegen eine Übernahme durch Carlyle geht weiter. Im Dezember hatte Attac die drohende Übernahme des Ökotextilunternehmens durch den Private-Equity-Fonds und Rüstungskonzern Carlyle öffentlich gemacht. Seitdem haben mehr als 4.000 Menschen angekündigt, Hess-Natur im Falle eines solchen Verkaufs zu boykottieren. Im Februar werden die gesammelten Erklärungen öffentlichkeitswirksam übergeben. Jutta Sundermann vom Attac-Koordinierungskreis: »Unser Protest ist bereits erfolgreich. Eigentlich kann Carlyle sich jetzt nur noch zurückziehen. Der Schaden für Hess-Natur wäre sonst zu groß.«

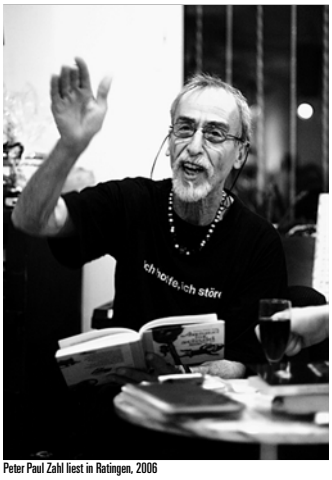
Attac engagiert sich seit vielen Jahren gegen das Geschäftsmodell der Private-Equity-Fonds. Carlyle gehört zu den größten dieser Fonds und ist eng mit der US-amerikanischen Rüstungsindustrie verbunden.●

Aus: Neue Rheinische Zeitung
www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16063

NACHRUF

»I shot the sheriff...«

Der libertäre Schriftsteller Peter Paul Zahl ist am Montag, den 24. Januar 2011 im Alter von 66 Jahren in Jamaica im Krankenhaus von Port Antonio an Krebs gestorben.



Peter Paul Zahl liest in Ratingen, 2006

Von Ralf G. Landmesser, LPA Berlin ● PPZ (»Gruppe 61«) wurde vor allem durch seine staatskritischen Gedichte und seinen Schelmenroman »Die Glücklichen« (Berlin 1979) bekannt, der in mehreren Auflagen erschien. Im APO-Berlin hatte er in den 1960er Jahren eine Druckerei mit Verlag betrieben, in der unter anderem die »Zwergschulergänzungshefte« erschienen, kleine anarchistische und rätekommunistische Theorieschriften, sowie mehrere Zeitschriften.

Nach einer Schießerei mit hinter ihm her ballernden verfolgenden Polizisten in Düsseldorf, bei der es Verletzungen auf beiden Seiten gab, wurde der dem »Blues« nahestehende PPZ zu zunächst vier Jahren Haft verurteilt. Er ging in Revision und erhielt mit »Gesinnungszuschlag« nun 15 Jahre (vgl. »Am Beispiel Peter Paul Zahl«), von denen er 10 absitzen musste, zuletzt als Freigänger. Sein wachsender literarischer Bekanntheitsgrad half bei der Kampagne für seine Haftentlassung.

Nach seiner Freilassung ging er ins Ausland, u.a. Nicaragua, und wurde von der US-Invasion auf Grenada vertrieben, wo er sich ursprünglich niederlassen wollte. Auf Jamaica fand er endlich seine Ruhe, eine neue Heimat und eine neue Liebe.

Im September 2002 befand es der deutsche Staat für nötig, ihm die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Für einen Anarchisten nicht sonderlich schlimm – allerdings mit gravierenden Konsequenzen für den Rechtsstatus, v.a. für seine Familie. Pepe wehrte sich erfolgreich dagegen und gewann nach zähen Auseinandersetzungen das Verfahren 2006 mit dem Ergebnis der legalen doppelten Staatsbürgerschaft.

PPZ beteiligte sich an vielen politischen Publikationen und Aktionen. Er schrieb auch Theaterstücke (u.a. »Georg Elser«, Rotbuch Verlag, 1982), Krimis und Kinderbücher, von denen letztere v.a. in Jamaica recht erfolgreich waren. Reich wurde er damit nicht. Auf seiner letzten Lesereise anlässlich eines medizinischen Aufenthaltes im Sommer 2010 in Berlin erzählte er, dass er in Jamaika von Verlegerseite ziemlich über den Tisch gezogen worden sei.

Seinen anarchistischen Überzeugungen blieb Pepe bis zuletzt treu. Mit Empathie las er seine alten und neuen kämpferischen Gedichte und er glaubte weiterhin an eine gesellschaftliche Möglichkeit für Alle frei, in Frieden und in Würde zu leben. Er arbeitete auch an einem neuen umfangreichen Schelmenroman und anderen neuen Büchern, um die sich aber zuletzt die Verlage anscheinend nicht mehr sonderlich rissen.●

Hasta la BastA siempre, Pepe!

Biografische Daten zu PPZ:
http://de.wikipedia.org/wiki/Peter-Paul_Zahl

BUNDESVERDIENSTORDEN

Von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Ulrike Siegel, die Herausgeberin mehrerer Bücher über die bäuerlichen Wurzeln der Kindheit als Prägung für das ganze Leben hat Ende Oktober 2010 den Bundesverdienstorden verliehen bekommen.

Als Herausgeberin dieser Bücher über das Leben von Bäuerinnen und Bauernkindern (vgl. CONTRASTE, März 2004 und April 2010, jeweils S. 14) hat Ulrike Siegel einen neuen Generationendialog in Gang gesetzt und der Generation, die heute die Landwirtschaft trägt, eine Stimme gegeben und damit auch ein Stück ihrer Geschichte dokumentiert. In einer Zeit, die der Landwirtschaft immer stärker entfremdet ist, hat Ulrike Siegel mit ihren Büchern über die besondere Prägung bäuerlicher Sozialisation ländliche Lebenswelten deutlich gemacht und erfolgreich bäuerliche Biographien in die Gesellschaft hineingetragen.

»Das Bild der Bäuerinnen ist heute ganz anders als noch vor einigen Jahrzehnten. Frauen auf dem Hof sind moderne Unternehmerinnen und Familienmanagerinnen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie Tag für Tag unter Beweis stellen«, sagte Friedlinde Gurr-Hirsch, Staatssekretärin im baden-württembergischen Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz anlässlich der Preisverleihung. Mit ihren Büchern gebe Ulrike Siegel, so Gurr-Hirsch, einen spannenden und eindrucksvollen Einblick in Lebenswege auf dem Lande.

Ulrike Siegel bekam den Orden aber nicht nur für ihre Herausgeberinnentätigkeit, sondern auch für ihr weiteres vielfältiges Engagement. So ist sie seit 1995 Mitglied im Ausschuss des Evangelischen Bauernwerks, dem obersten Entscheidungsgremium des Evangelischen Bauernwerks, seit 1991 stellvertretende Vorsitzende und seit 2007 Vorsitzende des Evangelischen Bauernwerks. Zuvor hat sie Jahrzehnte lang im Arbeitskreis internationale Landwirtschaft (AKIL) mitgewirkt. Im neuesten Buch von Siegel erzählen Frauen von ihren Erfahrungen durch die Einheirat in einen landwirtschaftlichen Betrieb, es heisst »Und plötzlich war ich Bäuerin« (Münster 2010).

www.ulrike-siegel.de

elis.corner

Von Elisabeth Voß ● Diesmal also Dioxin-Eier, davor Acrylamidchips, Gammel-, BSE- und Antibiotikafleisch, Glykolwein usw. Mäuseköpfe im Tiefkühlgemüse nehmen sich dagegen fast harmlos aus. Aber auch das Zulässige ist nicht so richtig lecker und gesund: die vielen künstlichen Zusatz- und Aromastoffe, zum Beispiel Erdbeergeschmack von Schimmel auf Holz oder die diversen Es, Glutamat und chinesische Pinienkerne, die tagelang einen bitteren Geschmack hinterlassen: mit gut Essen hat das nicht viel zu tun.

Die Fabriken, aus denen das kommt, bringen Gefahren durch Gentechnik, unermessliche Qual für Tiere, deren einziger Lebenszweck es ist, benutzt und ausgeschlachtet zu werden, und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Vergiftungen und Niedriglohn für die Beschäftigten. Das Gift der gewinnorientierten Marktwirtschaft steckt auch hier in jedem Detail, und während halbherzig mit Gesetzen versucht wird, das Schlimmste zu verhindern, formieren sich Umgehungsstrukturen, weil der Drang und Zwang zur Profitmaximierung weder Moral noch Recht kennt. Und wenn es dann daran geht, das solcherart Hergestellte in die Welt zu bringen, zerstört es in den Ländern des globalen Südens dank milliardenschwerer EU-Agrarsubventionen mit Dumpingpreisen die lokalen Handelsstrukturen, und ein großer Teil der Nahrungsmittel wird vernichtet, statt die Mägen der mehr als einer Milliarde Hungernden auf dieser Welt zu füllen. Absurde, menschenverachtende Wirtschaftsstrukturen.

Sowohl diejenigen, die unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, als auch diejenigen, die diese Produkte essen, sind hochgradig von den Herstellungsprozessen entfremdet. Milch kommt von Aldi und Erbsen aus der Tiefkühltruhe – das kann doch wohl nicht alles sein?

Aber angeblich sind ja die VerbraucherInnen selbst schuld, sie wollen es ja so billig, könnten ja auch bio kaufen. Als hinge eine weltweit gewinnbringende Branche von individuellen Entscheidungen ab. Die Frage nach Macht und Eigentum an den Ressourcen wird bei dieser Argumentation fein säuberlich ausgespart. Landwirtschaftsflächen sind – ebenso wie Wasser und seltene Mineralien – eine der schon heute umkämpften Zukunftsressourcen. Das massenhafte Landgrabbing der Agrokonzerne in Afrika, Asien und Lateinamerika zwingt die einheimischen Bevölkerungen noch stärker als bisher in die Rolle abhängiger LohnsklavInnen und beraubt sie systematisch ihrer Subsistenzgrundlagen.

Solidarität mit diesen Betroffenen im globalen Süden bedeutet nicht selbstlosen Einsatz für die Armen und Entrechteten, sondern Engagement für das gemeinsame Anliegen einer ausreichenden und gesunden Ernährung für alle Menschen auf dieser Erde. Neben politischem Engagement und der Unterstützung selbstbestimmter und selbstorganisierter Entwicklungsprojekte im Süden ebenso durch die Aneignung landwirtschaftlicher Flächen und den Aufbau von Selbstversorgungsstrukturen hierzulande.

In diesem Zusammenhang werden auch Lebensstiländerungen diskutiert, in erster Linie Verringerung des Fleischkonsums und Umstellung auf biologische Landwirtschaft. Die damit einhergehenden persönlichen Verhaltensänderungen finden im Kontext sozialer Prozesse statt und sind Bestandteile entstehender eigener Wirtschaftsstrukturen. Sie gehen damit über die viel beschworene Macht der VerbraucherInnen, die durch die herrschenden Wirtschaftsstrukturen und den individuellen Geldbeutel begrenzt ist, weit hinaus.●

ALTERNATIVER MEDIENPREIS 2011

Redaktion Heidelberg ● Ab sofort können engagierte Medienschaffende ihre Beiträge für den Wettbewerb um den Anternativen Medienpreis 2011 einreichen. »Kreativ, kritisch und unkonventionell«, diesen Stil wünscht sich Peter Lokk, Mitinitiator des Preises. Anspruchsvolle Podcasts, ob Audio oder Video, Webauftritte und Blogs, aber auch Textbeiträge mit kritischem Anspruch können für den Wettbewerb angemeldet werden. Schon zum zwölften Mal prämiert die Nürnberger Medienakademie haupt- und nebenberufliche JournalistInnen mit Ideen jenseits des Mainstreams. Anmeldeschluss ist der 31. März 2011.

Gesucht werden spannende Beiträge, die sich durch medienübergreifende Darstellung, inhaltliche Relevanz, innovative Form oder einen gesellschaftlichen Ansatz hervorheben. Die Jury verleiht je zwei Preise in den Kategorien Print, Audio, Video und Internet. Die feierliche Preisverleihung findet am 13. Mai 2011 um 20 Uhr in der Nürnberger Medienakademie statt. Acht Auszeichnungen zu je 500 EUR werden vergeben.

Wer mitmachen will, bewirbt sich online unter www.alternativer-medienpreis.de mit seinen Kontaktdaten, dem eigenen Beitrag und der Kategorie. Wettbewerbsbeitrag und Beschreibung müssen zusätzlich an die Nürnberger Medienakademie, c/o Stiftung Journalistenakademie, Alternativer Medienpreis, Arnulfstr. 111-113, 80634 München per Post oder per Mail an medienakademie@link-m.de eingesandt werden.

AKTION 2011

2Spenden gesucht

Unsere Spendenbilanz der Aktion 2011 liegt nun bei 3.280 EUR. Wir danken allen SpenderInnen ganz herzlich! Leider verbleiben immer noch 4.316 EUR. Das ist leider noch zu wenig, um über das erste halbe Jahr hinaus zu kommen. Vergleichweise fehlten uns Monat Februar 2010 nach Spendeneingang noch 2.400 EUR. Wir hoffen also auf weitere Spenden.

Redaktion Heidelberg ● Gefreut haben wir uns über 7 Neuabos, darunter eine Fördermitgliedschaft (62 EUR). Leider gab es auch 6 Kündigungen, darunter ebenfalls eine Fördermitgliedschaft (62 EUR). Die Abobilanz ist also ausgeglichen und das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 140+ (Februar 2010: 141+). Kündigungsgründe waren u.a. der Hartz IV-Bezug, ein Umzug in die Kommune Niederkaufungen und ein Sterbefall.

Unser Spendeneingang:
- Dirk Blochberger, Österreich (9 EUR)
- Martin Killat, Zwickau (55 EUR)
- Jorge Knierim, Portugal (38 EUR)
- N.N., Marburg (50 EUR)
- N.N., Göttingen (46 EUR)
- N.N., Düsseldorf (100 EUR)
- Christine Rüther, Niederkaufungen (9,50 EUR)

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrags nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen!

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 4.316 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 140+ Neuabos

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ZUR MILITARISIERUNG VON GEIST UND GESELLSCHAFT

Die Hochschulen im Kriegseinsatz

Der folgende Text ist der Broschüre »Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen!« der GEW-Studierendengruppe Frankfurt entnommen und leitet in das Thema Kriegsforschung und Militarismus im Allgemeinen ein. Die Broschüre steht online unter (*) bereit.

Von Martina Schreiner, GEW-Studierendengruppe Ffm ●

»Die Goethe-Universität Frankfurt führt wehr- und sicherheitstechnische Forschungen durch« (1) – so die hessische Landesregierung 2009. An immer mehr deutschen Hochschulen werden im Auftrag von Verteidigungsministerium und Rüstungskonzernen Erkenntnisse für den Krieg gewonnen. Sowohl Anzahl der Forschungsprojekte wie finanzielle Zuwendungen erhöhen sich zunehmend. Die Forschungen dienen nicht allein der technischen Aufrüstung, etwa der Erforschung neuer Waffen, Aufklärungssysteme oder Wehrmedizin. Zwar nehmen diese naturwissenschaftlichen Forschungen den größten Anteil an der Militärforschung ein, was nicht zuletzt an der hochtechnisierten Kriegsführung der Industriestaaten liegt. Doch auch die Sozialwissenschaften tätigen militaristische Studien: Dort wird etwa das soziale Milieu eines Einsatzgebietes nach Widerstandspotential und Besatzungsakzeptanz kartographiert oder analysiert, wie am effektivsten auf die langfristige Entwicklung von Akzeptanz während einer Besatzung eingewirkt werden kann.

In der Lehre ziviler Hochschulen finden sich ebenfalls immer mehr militärische Inhalte – in Potsdam sogar ein expliziter Militärstudiengang (2).

Innere und äußere Sicherheit – ist das nicht das Gleiche?

Die Ursache des gesteigerten Militarismus liegt in den Verwertungsproblemen des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt (3). Diese werden durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft. Doch begreift der Weltmarkt wie die Produktion des Kapitals ebenso das Inland mit ein, und entsprechend ist die Antwort des Staates auf Verwertungsprobleme nicht aufs Ausland beschränkt. Wenn es im Ausland darum geht, die Verwertung des deutschen Kapitals gegen seine Konkurrenten oder andere, gegebenenfalls auch nichtkapitalistische Interessen zu erzwingen, so ist, um die »soziale Integrität« im Innern zu wahren, verschärfte Repression notwendig.

Ebenfalls in der Folge immer krisenhafterer und umso aggressiverer Kapitalkreisläufe werden die Lohnarbeitenden in ihren Lebensbedingungen unter Druck gesetzt, zum einen weil die Kapitale den Ausbeutungsgrad erhöhen und ihre Ausgaben in Lohn verringern müssen, zum andern, weil dem Sozialstaat die Mittel zur Aufrechterhaltung einer zureichenden Versorgung fehlen. Eine Trennung von Militär und Polizei ist also letztlich künstlich, beide Male geht es um professionelle bewaffnete Gewalt zur Wahrung staatlicher Interessen. Von daher ist auch die innere Sicherheit nur ein anderer Ausdruck für denselben Gegenstand wie die Kriegsführung im Ausland. Daher gehört an der Hochschule zur Kriegsforschung unmittelbar auch die Sicherheitsforschung, die Entwicklung von Sicherheitstechnik ebenso wie Sozialprognosen für Wirtschaftsentwicklung und Analysen zu Widerstandspotentialen sogenannter Randgruppen.

Am 1. September 2010 startete in über 30 Städten eine Plakat-und Postkartenkampagne, mit der anlässlich des Kunduz-Massakers vom 4.9.2009 der zivilen Opfer von Kriegen gedacht werden soll. Gleichzeitig dokumentiert die Serie Aktivitäten von Friedensaktivisten, die sich gegen Krieg und Militarisierung engagieren. Die Kampagne fordert dazu auf, sich der Logik des Krieges aktiv entgegenzustellen. Mehr: www.bundeswehr-wegtreten.org

Militarisierung der Gesellschaft

Vorbereitung der Gesellschaft auf Kriegseinsätze bedeutet daher ihre institutionelle und ideologische Durchdringung mit militärischen Strukturen: An den Schulen gewöhnen Jugendoffiziere (4) Kinder an die Uniform und einen militärisch agierenden Staat. Im Einsatz gestorbene Soldaten werden mit unüberbietbarem Zynismus als »gefallene Helden der deutschen Nation« gefeiert. Immer häufiger werden militärische Auftritte öffentlich und damit als Staatsakt durchgeführt, sei es für öffentliche Gelöbnisse oder zur Verabschiedung des Bundespräsidenten Horst Köhler. Immer mehr private Unternehmen sind in den Kriegseinsatz einbezogen und von ihm abhängig. Im Rahmen des Schaumburger Modells werden in zivilen Unternehmen Jugendliche als technisches Personal und als zukünftige Zeitsoldaten für die Bundeswehr ausgebildet. Die Feldpost der Bundeswehr wird von Mitarbeitern der zivilen deutschen Post AG bearbeitet und ausgeliefert. Durch die Verzahnung mit großen zivilen Hilfsorganisationen über Heimatschutzkommandos erweitert die Bundeswehr ihren Aktionsraum und löst hier wie auch bei ihren sich häufenden Einsätzen im Innern strukturelle Grenzen zwischen Staatsapparaten auf.

Es lässt sich aus alldem festhalten: Die Koordinierungswege zwischen sehr unterschiedlichen sozialen Strukturen und der Bundeswehr werden gebahnt und etabliert, es entstehen personelle Verbindungen und wechselseitige Kenntnisse der Funktion der Apparate – in letzter Instanz stehen all diese Strukturen zur Verfügung der Bundeswehr und damit der staatlichen Repressionsgewalt im Einsatz nach innen und außen. Ebenso wird ideologisch der Weg bereitet, die Bundeswehr als Repräsentant des Staates selbstverständlich gemacht und damit auch wieder, aus der Sicht des treuen Untertans, der Gedanke von der Stärke des eigenen Staats.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass »ideologische Militarisierung« nicht nur geplant wird, sondern in krisenhaften Zeiten sich auch eigenständig entwickelt: Wenn die Verhältnisse unsicherer werden, die eigene Existenz permanent bedroht ist und dem aus eigener Kraft nichts entgegengesetzt werden kann, dann kann es scheinen, dass nur der Zusammenschluss in der Stärke eines nationalen Staats noch Sicherheit geben kann. Schicksalsdenken, Rassismus, Bedürfnisse nach Gewalt und Zerstörung können dann sehr plötzlich um sich greifen. In der nationalistischen Identifikation mit dem Staat passen solche Bewusstseinsstrukturen wunderbar zum Stolz auf erfolgreiche Bundeswehreinsätze.

Antimilitarismus an der Hochschule ist Klassenkampf

Der Kampf gegen Militarismus an der Hochschule bildet deshalb einen Teil einer notwendigen gesellschaftsweiten antimilitaristischen Bewegung. Es geht nicht darum, die Hochschule als Hort der Wissenschaft, wie es die Ideologie will, rein zu erhalten von militärischen Interessen Der Kampf gegen Militarismus an der Hochschule ist ein Kampf gegen die zunehmende Akzeptanz von staatlicher Gewalt nach innen und außen und gegen Forschungskapazitäten für zunehmend raffiniertere und zerstörerischere Wehrtechnik. Er ist Teil des Widerstands gegen Herrschaft, Ausbeutung und die strukturelle und zunehmende Enteignung unserer sowieso prekären Lebensbedingungen. Als Widerstand gegen die Intensivierung des Repressionsapparates der herrschenden Klasse ist er Klassenkampf.

Die herrschenden Gedanken sind stets die Gedanken der herrschenden Hochschule (5).

Allerdings ist die Zunahme militaristischer Lehre und Forschung in den Hochschulen besonders problematisch für die Entwicklung des politischen Geistes. Denn dort wird die Klasse der Intellektuellen, werden die Meinungsgeber/innen der Gesellschaft produziert. Die meisten Journalisten/innen, Politiker/innen, Juristen/innen und Schriftsteller/innen verbringen mehrere Jahre an der Universität, und nach ihrer sozialen Stellung artikulieren sie einerseits Stimmungen und Bewusstseinslagen in systematischer Form, können andererseits aber ebenso darauf einwirken.

Militaristisches Denken besteht nicht nur in konkreter Argumentation für militärische Einsätze, wie sie z.B. in der Formel von der Humanitären Intervention entwickelt wurde, oder in der allgemeinen Legitimation von Herrschaft und einem staatlichen Gewaltmonopol. Vielmehr entsteht, wenn Militarismus und Repression als gesellschaftlicher Bezugspunkt von Wissenschaft normal werden, auch eine neue chauvinistische Form des Denkens. Die ist freilich ebenso durch allgemeine Tendenzen des Geistes und nicht allein durch Militärforschung bedingt. Aber indem im Zweck auf den militärischen Einsatz hin geforscht und gedacht wird, und das heißt unter Absehung von den Bedürfnissen von Menschen, unter Absehung von vertragsförmigen Lösungsmöglichkeiten von Interessensgegensätzen, sowie der grundsätzlichen Infragestellung der sozialen Grundlagen derselben, dann entwickelt sich ein technischer, instrumenteller Geist, für den der Militarismus nur ein besonders effektives Mittel neben anderen ist. Eine wahrscheinlich noch stärkere Wirkung in dieselbe Richtung geht von der Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft (Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative, Studiengebühren usw.) aus, in der Denken sukzessive auf die formale Reproduktion sinnentleerter Erkenntnis reduziert wird und eben damit der pure Nutzen einziger gesellschaftlicher Bezugspunkt wird. Die gegenwärtige Gesamttendenz ist daher ein antidemokratischer und reaktionärer Geist.

Zu recht hieß es in einem Grußwort zu unserer Veranstaltung am 30. Juni: »Die Hochschulen dürfen nicht wieder zum Hort der Reaktion werden!« Wird dort Aufklärung und demokratisches Bewusstsein schon in der Form des Denkens zerstört und umfangreich über Gewalt als vernünftiges Mittel nachgedacht, bis hin zur Mobilisierung eines kompletten staatlichen Militärapparates gegen »den Feind«, dann wird die Verankerung rechter Strukturen in den Hochschulen (schon jetzt sichtbar in der Auseinandersetzung mit den Burschenschaftlern in den Erstsemestereinführungen, die dort versuchen, ihr reaktionäres und patriarchales Gedankengut in erster Linie an den Mann zu bringen) auch politisch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Foto: Archiv

Deckblatt Broschüre »Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen!«

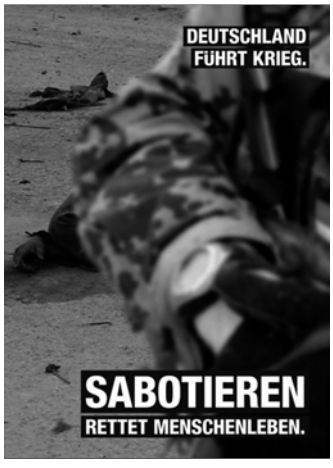
Antifaschismus heißt daher auch Antimilitarismus, und nicht nur an der Hochschule: Die politische Notwendigkeit des Faschismus entsteht dort, wo der Militarismus nicht mehr dazu ausreicht, die Kapitalverwertung stabil zu halten. Aber der allgemeine Militarismus der Gesellschaft, wie er jetzt bevorsteht, seine soziale und ideologische Zersetzung der bürgerlichen Demokratie, bereiten den Boden, dass, was am Faschismus politisch notwendig sein mag, auch Wirklichkeit werden kann.

Auf unserer Veranstaltung zum Thema am 30. Juni 2010 zeigte die deutliche Resonanz, wie verbreitet die Erkenntnis dieser Zusammenhänge ist und wie allgemein die Ablehnung des Militarismus ist. Als konkrete Politik haben wir von der Veranstaltung ausgehend eine Kampagne für eine Zivilklausel an der Uni Frankfurt begonnen; mit einer solchen Zivilklausel wären Lehre und Forschung juristisch an ausschließlich zivile Zwecke gebunden. Im Rahmen dieser Kampagne veranstalteten wir auch am 20. November die Tagung »Kriegsforschung oder Zivilklausel?«, in der es ganztägig um Kritik an Militarismus und Kriegsforschung und konkrete Planungen für die Durchsetzung der Zivilklausel ging.●

Website der GEW-Studierendengruppe Frankfurt zur Antimilitarismus-Kampagne, mit vielen Materialien: http://antimilffm.blogsport.de

1) Hessischer Landtag, Drucksache 18/146.
2) Detaillierte Informationen hierzu in dem Beitrag von Peer Heinelt in der Broschüre.
3) Auch diesen Zusammenhang führt Peer Heinelt in der Broschüre näher aus.
4) Hier sei auf Karola Stötzels Beitrag über die Bundeswehr an den Schulen in unserer Broschüre verwiesen.
5) Das ist eine Entwendung aus Marx' »Deutscher Ideologie« (im Original steht anstelle von Universität Klasse) und ist natürlich nicht ganz ernst gemeint.

(*) http://antimilffm.blogsport.de/images/BroschreMilitarismus14.11.2010_02web.pdf



KRITIK AM »TAFEL«-SYSTEM

»Tafel präsentiert sich als Premium-Marke«

»Was wäre, wenn das scheinbare Gutmenschen-System der »Tafeln« nicht Bilanzgewinnen und Image-Werbung von Lebensmittel-Konzernen diente, sondern Arbeitsplätze für seine »Kunden« schaffen würde?«, fragte Hartz4-Plattform-Sprecherin Brigitte Vallenthin im Gespräch mit dem »Sozialticker« (www.sozialticker.com).

»Wenn es die Politik mit ihrer Ankündigung des »Förderns« tatsächlich ernst meinte, so würde Sozialministerin von der Leyen mit allen finanziellen und logistischen Mitteln »fördern«, um die Tafeln von Werbe-Plattformen für die Wirtschaft in eigenverantwortlich bewirtschaftete Unternehmen mit Arbeitsplätzen für ihre »Kunden« umzuwandeln. Was spräche eigentlich dagegen,« fragte die Arbeitslosen-Sprecherin weiter, »wie beim »Grünen Punkt« (wo Wiederverwertbares aus dem Hausmüll wirtschaftlich genutzt wird), auch den Grundgedanken der Tafeln (die Nutzbarmachung von Lebensmitteln aus dem Überproduktions-Müll der Lebensmittel-Industrie) mit existenzsichernden Arbeitsplätzen für Arbeitslose zu betreiben? Wenn schon gute Taten, dann könnte die Wirtschaft doch einen Beitrag dazu leisten, dass sie nicht nur in ihren eigenen Bilanz-Gewinnen ankommen, sondern vor allem bei denen, für die sie vorgeben, Gutes tun zu wollen.«

Der Jahresbericht der Tafeln für 2009, unter dem Motto »Geben und Nehmen« (1), strotzt von denselben Realitätsferne und demselben Mangel an Einfühlungsvermögen der damaligen Schirmherrin, Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, wie sie jetzt in ihrem neuen Amt als Bundesarbeitsministerin bei der Ermittlung der Regelsätze zu erkennen gibt. Seitenweise Hochglanz-Fotos von »glücklichen« Tafel-Besuchern und Mitarbeitern, deren schwere tatsächliche Lebenssituationen keine einzige Zeile wert sind. Das Ganze stellt sich dar als eine einzige Werbebroschüre für METRO, Mercedes-Benz, Viessmann & Co..

Die Tafel präsentiert sich als »Premium-Marke«, wie Rainer Witt, Werbefachmann aus Freiburg, im November 2010 beim interdisziplinären Fachsymposium »Tafeln @ Co.« feststellte, zu dem der Soziologe Prof. Dr. Stefan Selke an die Hochschule Furtwangen eingeladen hatte (www.tafelforum.de). Für Witt stellt sich daraus die Frage, »ob damit die soziale Realität adäquat dargestellt wird?«. Und er kommt zu dem Schluss: Das Ziel der Tafel-Marken-Strategie seien nicht die »Kunden« (Arbeitslose, Alleinerziehende, Obdachlose, Rentner und mehr), das seien ausschließlich die Spender. Die Spenderliste auf der Internetseite des Tafel-Bundesverbandes liest sich dann auch wie das Who-is-Who der marktdominierenden Lebensmittel-Wirtschaft von A wie Aldi bis U wie Unilever.

Folgerichtig beginnt der Jahresbericht auch nicht mit Bekenntnissen zu Solidarität, sondern mit Wachstums-Erfolgsmeldungen:

»Beitritt der 800. Tafel, 500. Mercedes-Benz Transporter, sechs Bundesverdienstkreuze ... Auch 2009 war ein Jahr voller Ereignisse ...« Und weiter: »Einer der finanziellen Hauptsponsoren, die METRO Group, übernimmt seit 2006 einen Großteil der Kosten für die Geschäftsstelle: Gehälter, Miete, Büroausstattung etc.« Auch die Sozialverbände hat die Premium-Marke Tafel in ihrem Kommunikations-Konzept: »Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. ... ist Mitglied verschiedener anderer Verbände ... Zum jetzigen Zeitpunkt existieren Mitgliedschaften im Gesamtverband »Der Paritätische«, in der »Nationalen Armutskonferenz« und im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.«

Und obendrein: »Die Spender und Sponsoren werden mit ihren Leistungen vorgestellt, Pressevertreter finden Hintergrundinformationen ... Dadurch konnte die Anzahl der Fördermitglieder und der Privatspenden deutlich gesteigert werden.«

Da gelangt man dann per Klick auf die Firmen-Logos zu deren »selbstlosen« Gutmenschen-Taten. Bei Lidl beispielsweise ist es nicht das Unternehmen, das diese tut, sondern sind es die Kunden am Pfandrückgabe-Automaten, wo sie per Knopfdruck ihr Pfandgeld an die Tafeln schicken können. REWE ist u.a. Sponsor der Caterings für Mitglieder-Versammlungen des Tafel-Bundesverbandes sowie der PR-Aktion »lange Tafel«, bei der sich alljährlich Politiker bis hin zum Bundespräsidenten als Gutmenschen darstellen können.

Darüber hinaus lassen sie sich neuerdings auch an der Kasse bezahlen, was an Eigenmarken-Lebensmittelspende an die Tafeln gehen soll – unter dem Motto »Kauf eins mehr für die Tafeln.« Dazu gibt's im Internet denn auch gleich einen aufdringlichen Rewe-EigenmarkenWerbefilm (2). Und zahlreiche andere Branchen sind bereits in das Tafel-System integriert – beispielsweise TNT, die gerade ein bundesweites Verteiler-Netz aufbauen.

»Für die Menschen, die der Hunger in die Tafeln treibt,« stellt Brigitte Vallenthin gegenüber dem »Sozialticker« fest, »braucht es keine HochglanzWerbebroschüren. Denen wäre mehr geholfen, wenn die Gutmenschen»Spender« wenigstens einen Teil der eingesparten Bio-Müll-Entsorgungskosten, Image-Werbe-Gelder sowie Steuerersparnisse für die Umwandlung der Tafeln in die Selbstverantwortung der Betroffenen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen »spenden« würden. Bei weit über 800 Tafeln mit mindestens 1 Million Kunden wäre dies auch ein politisches Signal, das Arbeitslosen-Statistiken nicht wie gehabt schönt, sondern tatsächlich verbessert.«●

Presseerklärung der Hartz4-Plattform
Quelle: www.artikel-eins.com/Ausgaben/2010_122.pdf

1) www.tafel.de/fileadmin/pdf/Publikationen/BDT_JB09.pdf
2) www.rewe.de/index.php?id=rewe-deutsche-tafeln

KLAGE GEGEN DIE MACHER DES DOKU-FILMS »WATER MAKES MONEY«

Konzern mit Schluckauf

Als im Oktober letzten Jahres der Film »Water makes money« von Herdolor Lorenz und Leslie Franke in die Kinos kam – hauptsächlich durch eine Graswurzelanstrengung des interessierten Publikums (siehe Tröpfchen für Tröpfchen Qualität (1)) – da war Ärger mit den Firmen vorprogrammiert, die in diesem Film kritisiert werden.

Der Weltwasserrat – die selbst ernannten Herren über die Welt des Wassers im Dienste von Veolia und Suez — Filmszene »Water Makes Money«

Von Marcus Hammerschmitt ● Veolia (2), einer der beiden Mischkonzerne mit dem Schwerpunkt Wasser, will es sich nun nicht nehmen lassen, diesen Ärger auch zu bereiten. Wegen »Verleumdung« sollen die Dokumentarfilmer in Frankreich dran sein; laut Auskunft von watermakesmoney.org (3) sind die Vorbereitungen zur juristischen Repression schon weit gediehen, und selbst ein Rechtshilfeersuchen, das polizeiliche Ermittlungen auch in Deutschland möglich

Anzeige

plante Ausstrahlung der Dokumentation auf ARTE (22.3.2011, 20.15 Uhr) ist wegen der Aktivitäten des Konzerns nicht mehr gesichert.

Zusätzlich bedeutet die Kampfeslust eines mit enormen Mitteln und massiver juristischer Schützenhilfe versehenen Weltkonzerns für Lorenz und Franke ein erhebliches finanzielles Risiko. Sollte er sich auf irgendeiner juristischen Ebene mit seinem Vorwurf der »Verleumdung« durchsetzen, wäre aber nicht nur ganz konkret die Arbeit der beiden Dokumentarfilmer gefährdet, sondern die Pressefreiheit im Bereich der unglaublichen Vorgänge um »Public Private Partnerships«.

Selbst wenn man sich nicht allen politischen Einschätzungen von Lorenz und Franke anschließen mag, so ist doch allein schon die dokumentarische Qualität des Films selbst aller Ehren wert. Der Unterstützungskreis ruft weiterhin zu Spenden für das Projekt auf, um die geschaffene Gegenöffentlichkeit nicht von Veolia plattwalzen zu lassen.●

Aus telepolis, 14.1.2011
www.heise.de/tp/blogs/6/149075

Water Makes Money
Ein Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Eine Koproduktion der »Kernfilm«, mit La Mare aux Canards und Achille du Genestoux, in Zusammenarbeit mit AQUATTAC und ZDF/ARTE, gefördert von der Filmförderung Hamburg-Schleswig-Holstein.

Links:
1) www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33411/1.html
2) www.veolia.com/
3) www.watermakesmoney.com/

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

69 fünf mal die 2

Dreißig Jahre Ermittlungsausschuss (EA) Berlin

Vom Ermittlungsausschuss (EA) werden seit 30 Jahren politisch engagierte Menschen vor, während und nach Demonstrationen betreut und beraten.

Nach der Straßenschlacht am Fraenkelufer am 12. Dezember 1980, bei dem das Haus am Fraenkelufer 48 von Berliner HausbesetzerInnen gegen die Räumung durch die Polizei verteidigt wurde, gründete sich der Berliner EA. Bei den Auseinandersetzungen zwischen BesetzerInnen und Polizei wurden über 100 Menschen festgenommen. AnwältInnen und Angehörige der Autonomen Szene waren sich einig, dass die Arbeit koordiniert werden muss, um den Betroffenen gezielt zu helfen und sie bei der Auseinandersetzung mit Polizei und Gerichten zu unterstützen. Im Mehringhof, direkt neben dem von Netzwerk Selbsthilfe, bezog der EA sein Büro. Die Gruppe entwickelte eine Arbeitsweise, nach der heute noch gearbeitet wird. Von Generation zu Generation werden die Erfahrungen weiter gegeben.

Während Demonstrationen ist der EA telefonisch erreichbar. Menschen, die Festnahmen oder Polizeiübergriffe beobachtet haben, geben die Daten und Umstände der Vorfälle an den EA weiter. Der EA informiert daraufhin kooperierende AnwältInnen. Diese nehmen dann Kontakt zu den Gefangenen auf. Je nach Verfahren und Vorwurf können Menschen in der Gefangenensammelstelle betreut oder vor den Haftrichter begleitet werden.

Oft werden im Anschluss von Festnahmen bei Demonstrationen ZeugInnenaufrufe gestartet, um die Arbeit der AnwältInnen zu unterstützen. Das Büro unterstützt zudem Leute, die selbst eine Demo organisieren wollen. In der wöchentlich stattfindenden Sprechstunde gibt es Antworten auf Fragen, die auftauchen, sobald es Post vom Staat in Form von Vorladungen, Strafbefehlen u.ä. aufgrund von politischem Engagement gibt.

NETZWERK
der politische Förderfonds

Aktuell wird die Initiative »Unzensiert Lesen« (s. CONTRASTE Nr. 315, Seite 11) vom Ermittlungsausschuss unterstützt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit 2009 gegen drei Berliner Buchhandlungen und einen Gemischtwarenladen. Bisher wurden diese mehrfach polizeilich durchsucht. Beschlagnahmt wurden diverse Flugblätter und Zeitschriften. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat nun Anklage erhoben. Der Vorwurf: die Auslage gewisser Publikationen stelle eine öffentliche Anleitung zu Straftaten und einen Verstoß gegen das Waffengesetz dar. Dies gefährdet alle BuchhändlerInnen. Sollen also diese zukünftig für die Inhalte der Schriften haftbar gemacht werden, die sie vertreiben? Für die BuchhändlerInnen bedeutete dies nicht nur eine enorme rechtliche Verunsicherung, sie wären permanent von Kriminalisierung bedroht.●

Sprechstunde des EA immer Dienstags von 20-22 Uhr zu allen Fragen rund um Repression.
Internetseite: http://ea-berlin.net &
http://unzensiert-lesen.de

Spenden direkt an den Ermittlungsausschuss:
Netzwerk Selbsthilfe e.V., Berliner Volksbank,
BLZ 100 900 00, Kontonummer: 740 388 70 18

Andreas Nowak

Netzwerk Selbsthilfe e.V, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

CSA/FREIHÖFE

Der Buschberghof – ein Hof der Zukunft

Viele Menschen haben teilweise oder gänzlich den Bezug dazu verloren, wo ihr täglich Brot herkommt, wie es entsteht, wer es produziert usw. Die Selbstversorgergemeinschaft Buschberghof arbeitet diesem Trend entgegen mit einem Gesamtkonzept, das 2009 durch den Förderpreis Ökologischer Landbau als »ökologisch vorbildlich und ökonomisch tragfähig« gewürdigt wurde.

Von Eva Cypionka, Verden/Aller ● Der Buschberghof, 40 km östlich von Hamburg, ist mit seiner Gründung als Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1988 nicht nur der älteste nach CSA-Methoden arbeitende Landwirtschaftsbetrieb in Deutschland, sondern auch Vorbild und Anlaufpunkt für Neugründungen.

Schon seit 1954 wird biologisch-dynamisch gewirtschaftet, seit 1968 befindet sich der Hof in gemeinnütziger Trägerschaft der *Landbauforschungsgesellschaft Fuhlenhagen*. Um sich vollständig vom Markt abzukoppeln und im Anbau unabhängig zu machen, wird 1988 die Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Die ersten Mitglieder finden sich in einem bereits bestehenden Milchkreis, weitere kommen dazu. Es wird nicht auf Gewinnerzielung hingearbeitet, sondern es geht allein um die Versorgung der an der Gemeinschaft beteiligten Personen und Haushalte. Pro Person stehen dabei 1/4 ha (=1Morgen) Land als Lebensgrundlage zur Verfügung. Die Vorteile dieses Modells liegen auf der Hand: Statt der Vermarktung können die LandwirtInnen sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen – dem Landwirtschaften. Zudem ist der Zwischenhandel ausgeschaltet – was Kosten spart.

Die Wirtschaftsgemeinschaft besteht als GbR (=Gesellschaft bürgerlichen Rechts), eine Rechtsform, die durch ihre Gestaltungsoffenheit am besten die Freiheit und Freiwilligkeit widerspiegelt (allerdings um den Preis der fehlenden Haftungsbeschränkung). Wie die zur gleichen Zeit in den USA entstandenen CSAs »The Temple-Wilton Community Farm« und »The Great Barrington CSA« stützen sich die Gründer der Wirtschaftsgemeinschaft Buschberghof auf die Lehren Rudolf Steiners zum assoziativen Wirtschaften.

Trauger Groh, der gemeinhin als der Vater aller CSAs gilt, war Ende der 60er Jahre Landwirt auf dem Buschberghof. Die Entwicklung der CSAs als seiner Vision einer Landwirtschaft der Zukunft folgte allerdings erst später.

Heute versorgt der Buschberghof ca. 320 Menschen, bzw. 92 Familien mit Lebensmitteln. Das Prinzip ist denkbar simpel: Die VerbraucherInnen sorgen für die Deckung der laufenden Kosten und bekommen dafür alles, was der Hof an Lebensmitteln produziert. Es wird eine Vollversorgung mit pflanzlichen und tierischen Produkten angestrebt, dementsprechend vielfältig ist die Palette: Neben Gemüse, Kohl, Kartoffeln, Möhren, Fleisch und Eiern gibt es auch selbstgebackenes Brot, Milch und Milchprodukte wie Butter, Quark, Joghurt oder Käse aus der hofeigenen Meierei. Die verarbeiteten Lebensmittel werden auf Bestellung geliefert, um einen Überschuss zu vermeiden. Alles andere wird in selbstorganisierten Lieferfahrten an lokale Depots verteilt, aus denen sich vier bis fünf Haushalte nach Bedarf bedienen. Alle Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft nehmen soviel sie brauchen, ungeachtet der Höhe der Summe, die er oder sie an Jahresbeitrag zahlt.

Der Buschberghof Foto: www.buschberghof.de

Auf jährlichen Versammlungen wird von den Landwirten der Etat für das folgende Jahr vorgestellt und für die Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft ein verbindlicher Jahresbeitrag ausgehandelt. Der Betrag, den jeder Haushalt zu bezahlen hat, ist nicht von vornherein festgesetzt. Es gibt zwar Richtwerte, aber grundsätzlich soll niemand wegen mangelnder finanzieller Ressourcen außen vor bleiben müssen. Die Findung der individuellen Beiträge ist ein Prozess, der verlangt, sich mit dem Hof und dem Wert, den dieser Hof für jede und jeden hat, auseinander zu setzen. Es geht darum, den Dingen ihren Wert zurückzugeben, indem man sie vom Diktat des Marktpreises befreit. Daneben steht der Wunsch, sich gesund zu ernähren, nur geringe Transportkosten zu verursachen, eine gute Sache zu unterstützen und nicht zuletzt den Kindern die Möglichkeit zu geben, zu erleben, wo ihr Essen herkommt. Durch regelmäßige Treffen und Feiern, wie die zum 1. Mai und Erntedank, entsteht eine feste Gemeinschaft.

Wolfgang Stränz, Kassenwart seit der Gründung der Gemeinschaft, wird nicht müde, Interessierten und neuen Hofinitiativen mit seiner Erfahrung und seinem Know-how zur Seite zu stehen. Sein Wunsch für die nächsten zehn Jahre: Es sollen möglichst viele weitere Betriebe dieser Art entstehen! Auch um das wachsende Interesse zu befriedigen, denn für den Buschberghof gibt es schon eine Warteliste!●

Weitere Informationen zum Buschberghof:
www.buschberghof.de
Kurzer Film über den Buschberghof auf der Seite des Förderpreises:
www.foerderpreisoekologischerlandbau.de/fileadmin/user_upload/Filme_2009/MP4_Fuhlenhagen.mp4
Groh, T. und Mc Fadden, S.: Farms of Tomorrow – Community Supported Farms – Farm Supported Communities, Biodynamic Farming and Gardening Association, Inc., Kimberton.1990

In CONTRASTE Nr. 313 vom Oktober 2010 stellte Rolf Künnemann das Konzept CSA/Freihöfe vor und berichtete von einer entstehenden bundesweiten Initiative zur Gründung von Gemeinschaftshöfen: »Wir sind alle Bäuerinnen und Bauern« (Seite 5).

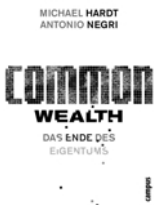
REZENSION: »COMMON WEALTH«

Erkämpft das Gemeinsame

Von Antonio Negri und Michael Hardt liegt nach dem viel gefeierten Buch »Empire« und dem Folgeband »Multitude« auch das dritte Werk ihrer großen gesellschaftskritischen Trilogie auf Deutsch vor.

Von Angelo Maiolino, Zürich ● Der erste Band von Antonio Negri und Michael Hardt lieferte eine kritische Gegenwartsdiagnose des globalen wirtschaftspolitischen Systems (Empire), der zweite konzentrierte sich auf die darin lebenden Menschen, die in der vernetzten und freien Vielheit (Multitude) den Gegenspieler zum Empire bilden.

Aber in wessen Namen soll das »Empire« von dieser »Multitude« revolutioniert werden? Der Titel des dritten Bands ist zugleich Antwort und Programm. Im Gemeinsamen (Common Wealth: Gemeinwohl, gemeinsamer Reichtum) sehen Hardt und Negri Mittel und Zweck der Befreiung. Hinter diesem politisch-philosophischen Programm steht ein gewandeltes Verhältnis von Kapital und Arbeit – sowie ein Vokabular, das dieses genauer zu fassen sucht.



So wie im Lauf des 19. Jahrhunderts zuletzt auch die Landwirtschaft industrialisiert wurde, folgen heute alle Lebensbereiche zunehmend dem Muster der immateriellen Arbeit. Die Produktion weitet sich auf das gesamte Leben aus und wird, mit einem von Michel Foucault entlehnten Begriff, biopolitisch. Diese Formel besagt nichts anderes, als dass Produktion und Eigentum zunehmend alle gemeinsamen Ressourcen unserer Lebenswelt umfassen: von der Natur über die kulturellen und sozialen Güter bis hin zu produktiven Tätigkeiten, die außerhalb des klassischen Lohnverhältnisses stehen – immaterielle Güter, die gemeinsam produziert, aber vom Kapital vereinnahmt werden.

Dagegen schlagen die Autoren eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vor, die auf dem Gemeinsamen beruht. Der heutige biopolitische Kapitalismus geht zwar mit dieser Ordnung schwanger, verhindert aber ihre Geburt durch permanente Expropriation (Enteignung der Produktionsmittel durch wirtschaftliche oder politische Gewalt).

Das neue Gesicht des Kapitals

Wie das? Das Neue an diesem Kapitalismus ist, dass seine Ressourcen keiner Knappheit unterworfen sind. Wissen etwa verbraucht sich nicht, wenn man es teilt, vielmehr vermehrt es sich durch soziale Kontakte und Kooperation. Will das Kapital weiterhin Profit erzielen, muss es innovative Produkte auf den Markt bringen und zugleich die dafür notwendige kreative, weil gemeinsame Arbeitskraft kontrollieren und ausbeuten.

Aber gerade hier liegt das Dilemma: Je mehr das Kapital diese Produktion überwachen will, desto weniger kreative Innovationen gibt es und desto weniger Profit wird erzielt. Hardt und Negri denken hierbei an die IT-Branche, die Kreativindustrie oder die Entwicklung neuer Medikamente.

Das Einzige, was dem Kapital übrig bleibt, ist die »Expropriation des Gemeinsamen«. Es muss also mit hohem finanziellem Aufwand die Barriere des Privateigentums einsetzen und sich so die gemeinsam erarbeiteten Innovationen einverleiben. Das erklärt auch die gegenwärtige Dominanz des Finanzkapitals. Wer aber innovative Produkte weiterentwickeln will, sei es in der Software- oder der Pharmaindustrie, tut gut daran, die Ressourcen und somit das gespeicherte Wissen nicht zu privatisieren, sondern allen ProduzentInnen als Gemeinsames zur Verfügung zu stellen. Der Neoliberalismus entpuppt sich somit als eine Form des politisch legitimierten und durch hohen finanziellen Aufwand ermöglichten Diebstahls des öffentlichen und gemeinsamen Guts. Sein Ziel: nicht die Produktion, sondern die Expropriation.

Um dieser Entwicklung beizukommen, setzen die Autoren auf die Demokratie der Multitude, die als Selbstregierung – jenseits des Staats und der privaten ökonomischen Macht – die Produktion gemeinsam und selbstbestimmt organisiert. Darin liegt auch das Potenzial politischer Selbstregierung. Im eigenen Interesse muss die Multitude partizipative Demokratie auf allen Ebenen anstreben. Nur dadurch lässt sich kreative und gemeinsame Produktion stabilisieren, die Reichtum für alle schafft. Das eigene Interesse liegt dann darin, mit anderen gemeinsam und nach selber festgelegten Regeln zu arbeiten und zu produzieren.

Mythologische Züge

Verfügungsgewalt und Autonomie, sei es über die Produktion oder über die selber gewählten Lebensentwürfe, gewinnt die Multitude jedoch nur, wenn sie den Expropriateur wiederum expropriiert. Es geht also darum, die biopolitische Produktion dem Enteignungsprozess des Kapitals zu entziehen und in neue, selbstverwaltete Räume des Gemeinsamen einzuspeisen. Darin liegt für Hardt und Negri der freiheitsversprechende »Exodus« aus der Wüste des Neoliberalismus.

Wie in »Empire« und »Multitude« ist auch in »Common Wealth« die Diagnose des gegenwärtigen Kapitalismus, seiner Machtzonen, Taktiken und seines Einflusses auf das Leben vielseitig und fruchtbar. Darüber hinaus ist sie reich an brillanten Bezügen zu Marx, Spinoza, Foucault oder den Postcolonial, Black und Queer Studies, die auf die heutige Situation schlüssig umgemünzt werden. Aber die Analyse der Widerstandsräume und der Multitude, die an diesen Orten aktiv werden soll, ist vielfach bloß postulierend. Ab und an nimmt sie gar mythologische Züge an. Zudem ist nicht einsichtig, wie die Multitude politisch aktiv werden soll, wenn Formen von politischer Vertretung oder gegenhegemoniale Projekte von den Autoren als Hindernis jeder Befreiungspolitik betrachtet werden. Trotzdem bleibt »Common Wealth« für die linke Theoriedebatte eine bereichernde Lektüre – auch wenn man nicht alle theoretischen Höhenflüge mitmacht.●

Aus WOZ, die Wochenzeitung, vom 16.12.2010

Antonio Negri und Michael Hardt: »Common Wealth. Das Ende des Eigentums«. Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn. Campus, Frankfurt am Main 2010, 437 S., 34,90 EUR

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

PGP IN DER PRAXIS, TEIL 1: SCHLÜSSEL UND IHRE VERWALTUNG, SIGNIEREN

Verschlüsseln mit Stil

Erfreulicherweise wächst auch in der radikalen Linken das Bewusstsein, dass unverschlüsselte E-Mail nicht weit entfernt ist vom Plakatieren der enthaltenen Ausführungen. Abhilfe ist eigentlich nicht schwer: Die meisten Mailprogramme erlauben mittlerweile die Nutzung des Verschlüsselungsprogramms PGP bzw. seiner freien Implementation GnuPG. Wie üblich liegt der Teufel aber im Detail. Dieser Artikel will einige dieser Details klären.

Um kurz die Grundlagen zu erwähnen: PGP funktioniert ein wenig wie eine große Wand von Briefkästen – stellt euch ein gigantisches Hochhaus vor. Jeder Briefkasten hat eine Klappe, die in etwa dem öffentlichen Schlüssel entspricht, und einen Briefkastenschlüssel; das ist der geheime Schlüssel von PGP.

Wer die Klappe findet, kann Dinge in den Briefkasten werfen, und analog reicht der öffentliche Schlüssel, um Mail »an« eineN EmpfängerIn zu verschlüsseln. An etwas im Briefkasten kommt nur heran, wer den Briefkastenschüssel (also den geheimen Schlüssel von PGP) hat. Genauso wie ein Brief weg ist, wenn er hinter der Klappe verschwunden ist, könnt ihr eine nicht an euch verschlüsselte Mail auch dann nicht mehr entschlüsseln, wenn ihr sie vorher selbst verschlüsselt habt (1).

Foto: Archiv

Die Briefkastenmetapher erklärt recht schön, warum eure MailpartnerInnen euren öffentlichen Schlüssel nur brauchen, wenn sie euch was schicken wollen, nicht aber, um eure Mails zu lesen. Da weiter nur der geheime Schlüssel durch die Passphrase geschützt ist, braucht ihr sie zum Verschlüsseln auch nicht einzugeben, wohl aber beim Entschlüsseln.

Viele Menschen verbreiten derzeit ihren Schlüssel per Mail oder auf Webseiten. Das ist nicht zwingend verkehrt, zumal Mailprogramme meist recht komfortable Funktionen zum Importieren von Schlüsseln aus Mails bieten. Thunderbird mit Enigmail (das nennen wir im folgenden TE; wir empfehlen TE für Menschen, die keine guten Gründe haben, was anderes zu verwenden und verlinken von unserer Webseite auf ein Archiv, mit dem man TE für Windows auf einen USB-Stick bekommt) macht das automatisch, wenn er in einer Mail Schlüssel sieht – und wo es nicht automatisch geht, hilft meist ein Doppelklick auf Schlüssel in Anhängen. Wenn gar nichts anderes hilft, kann mensch schließlich den ganzen Block mit den wirren Zeichen inklusive der Begrenzungszeilen (»BEGIN PGP...« und sein Gegenstück) auswählen, in die Schlüsselverwaltung wechseln und nach einem Rechtsklick »Schlüssel aus Zwischenablage importieren« oder ähnlich auswählen. Das geht auch mit Schlüsseln auf Webseiten so.

Anzeige

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:
Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./Fax: 0431/7 51 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Jetzt auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Die Keyserver

Auf Dauer ist es etwas lästig, immer zunächst Schlüssel rumschicken zu müssen, bevor mensch sicher kommunizieren kann. Deshalb gibt es die Keyserver. Das sind Rechner im Netz, die Schlüssel empfangen und verteilen. Schnittstellen dazu bieten praktisch alle Mailprogramme in ihrer Schlüsselverwaltung. Es gibt aber auch eigene Programme zur Schlüsselverwaltung, die unabhängig von Mailprogrammen funktionieren. Unser Tipp in dem Ressort ist gpa (2).

Um einen Schlüssel vom Keyserver zu holen, könnt ihr z.B. in TE im OpenPGP-Menü »Key Management« wählen. In dem dann erscheinenden Fenster, der Schlüsselverwaltung, gibt es ein »Key Server«-Menü, in dem dann auch »Search for Key« steht. Ihr könnt nach weitgehend beliebigen Teilen von Adressen und Namen suchen und werdet in der Regel eine Liste von Schlüsseln zurückbekommen. Wählt den oder die Schlüssel aus, die ihr haben wollt, fast fertig. Probiert es mal mit »datenschutzgruppe« aus.

Es ist weitgehend egal, welchen Keyserver ihr verwendet; die verschiedenen Keyserver gleichen sich untereinander ab. Wenn ihr gar keinen kennt und eure Schlüsselverwaltung keine mitbringt (unwahrscheinlich), tuts in der Regel pgp.mit.edu.

Weil die Keyserver die Verwendung von PGP deutlich erleichtern, empfehlen wir ihre Benutzung, also auch, dass ihr euren Schlüssel hochladet; das ist nicht schwer, in TEs Schlüsselverwaltung z.B. reicht es, den eigenen Schlüssel zu wählen und Keyserver/Upload public keys zu machen. Aber Vorsicht: Die Keyserver vergessen nichts, einmal hochgeladene Schlüssel können nicht wieder entfernt werden. Ladet euren Schlüssel also nur hoch, wenn ihr den zugehörigen geheimen Schlüssel nicht verschmeißt und die Passphrase nicht vergesst.

Unglücke dieser Art, aber bei Gruppenadressen vielleicht auch das plötzliche Verschwinden des/der Zuständigen, können erklären, warum für manche Leute mehrere Schlüssel in den Keyservern stehen – meist ist der neueste Schlüssel dann die beste Wahl.

Es gibt aber auch gute Gründe für nicht mehr verwendete Schlüssel. Sie könnten etwa von vorneherein nur für eine begrenzte Zeit erzeugt (vgl. unten), im schlimmsten Fall gar »kompromittiert« worden sein. Im Jargon der Kryptonerds bedeutet das: Schlüssel samt Passphrase sind in die falschen Hände gefallen. Um dann nicht unterzugehen, braucht ihr ein »Rückrufzertifikat«, das ihr bei der Erstellung eures Schlüssels miterzeugt haben solltet. Wenn ihr es verloren habt, könnt ihr z.B. in der Schlüsselverwaltung von TE ein neues erzeugen, indem ihr euren Schlüssel auswählt und unter »Generate« »Revocation Certificate« ausführt.

Hebt das Zertifikat gut auf, vielleicht bei vertrauenswürdigen GenossInnen. Wird es (von irgendwem) auf einen Keyserver geladen, wird euer Schlüssel ungültig, was bedeutet, dass sich gute Mailprogramme weigern, damit zu verschlüsseln. Ein Vorteil der Verwendung von Keyservern ist, dass sich solche Rückrufzertifikate leicht verbreiten lassen (TE hat dazu »Refresh all public keys« im Keyserver-Menü seiner Schlüsselverwaltung). Ohne Keyserver müsste das Rückrufzertifikat ähnlich verbreitet werden wie vorher der Schlüssel, und das ist mal mindestens unbequem.

Nicht verschwiegen sei aber, dass Mailadressen auf Keyservern mehr oder weniger öffentlich sind (was ja Sinn der Sache ist). Es sollen schon Spammer versucht haben, sich aus diesem Adresspool zu bedienen. Im Vergleich z.B. zur Veröffentlichung auf Webseiten ziehen Adressen auf Keyservern aber nicht viel Spam oder vergleichbar lästige Aufmerksamkeit.

Digitale Signatur

Die Mathematik hinter »asymmetrischer« Verschlüsselung, die hinter PGP steht, erlaubt etwas, das die Briefkastenmetapher nicht hergibt: die digitale Unterschrift. Die Idee ist, aus einem Dokument und eurem »geheimen« Schlüssel eine Zahl auszurechnen. Wer euren öffentlichen Schlüssel hat, kann nachrechnen, ob diese Zahl, die Unterschrift eben, stimmt, kann sie aber selbst nicht berechnen. In Summe ist das eine ideale Unterschrift: Ihre Gegenwart zeigt sicher, dass ein bestimmter geheimer Schlüssel am Werk war (was in der Realität natürlich verschiedene Dinge bedeuten kann), und jedeR kann das nachprüfen, ohne sie aber »durchpausen« zu können.

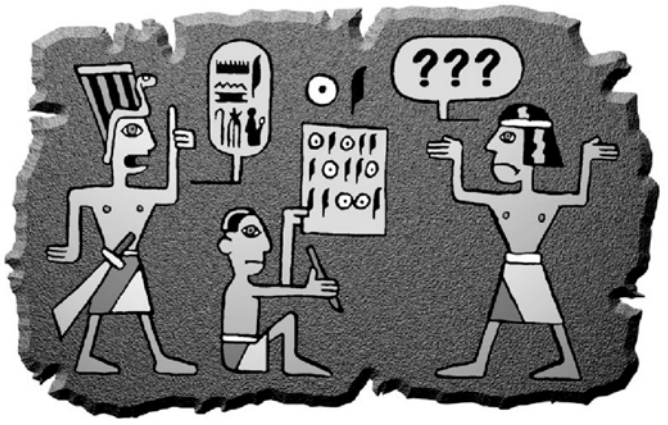


Foto: Archiv

Mailclients bieten euch in dem Menü, in dem ihr die Verschlüsselung auswählt, in der Regel auch an, die Mail zu »signieren«, was genau diese Unterschrift meint. Wenn ihr signiert, geht das nur mit eurem privaten Schlüssel, und deshalb fragt euch das Mailprogramm beim Verschicken signierter Mails auch beim Abschicken nach eurer Passphrase.

Nun wäre es sicher eine bessere Welt, wenn Banken PGP-Unterschriften für Überweisungen verlangen würden, und schon gar, wenn das haarsträubende »Bürgerportal« der Regierung auf PGP beruhen würde. In unseren Kreisen gibt es für die Signatur aber normalerweise keinen zwingenden Grund, *wenn* die Gegenseite mal lernt, dass Absender von Mails leichter zu fälschen sind als ein Lächeln *und* sie die Kreativität aufbringt, diesen Umstand zum Stiften von Konfusion auszunutzen (»Was? Der Bundesvorstand der Roten Hilfe macht eine Erklärung zu Gaza? Lass sehen!«), *dann* müsste mensch da nochmal anders drüber nachdenken.

Wirklich schaden dürfte die Signatur aber in aller Regel auch nicht, es sei denn, es ginge euch um das, was die Geheimdienste »Deniability« nennen, der Möglichkeit nämlich, die AutorInnenschaft einer Mail abstreiten zu können. Durch die Vorratsdatenspeicherung (und angesichts des gegenwärtig eher bescheidenen Widerstands ist wohl davon auszugehen, dass sie wieder kommen wird) lassen sich allerdings ohne weitere Tricks verschickte Mails erschütternd einfach noch lange im Nachhinein zurückverfolgen, so dass mensch auch ohne Signatur letztlich allenfalls MitbewohnerInnen belasten könnte, und das ist kein empfehlenswerter Ausgang.

Schließlich setzt die Prüfung der Unterschrift voraus, dass der Schlüssel auch wirklich verlässlich der unterschreibenden Person zugeordnet ist. Dieses Problem ist tatsächlich schwierig und wird Thema des zweiten Teils dieses Artikels sein. Dabei werden die Unterschriften dann ihren Starauftritt haben.

Die Schlüssel

Wenn ihr das hier lest, habt ihr vermutlich längst euren Schlüssel erzeugt. Für den Fall, dass ihr irgendwann mal einen neuen Schlüssel braucht (oder einen weiteren) oder anderen Leuten bei der Erzeugung helft, sind zwei Fragen zu beantworten.

Erstens ist das die Frage nach der Schlüssellänge. Dabei gilt, dass längere Schlüssel (also mit »mehr Bits«) schwerer zu knacken sind. Für das, was in PGP eingebaut ist, könnten 1024 Bits für Organisationen mit viel Zeit und Geld allmählich in den Bereich des Knackbaren kommen. Andererseits brauchen längere Schlüssel mehr Rechenzeit im Alltagsbetrieb. Auf Rechnern aus dem dritten Jahrtausend ist das aber nicht mehr wirklich zu bemerken. Wenn ihr also euren Schlüssel nicht gerade auf eurem Uralt-Mobiltelefon verwenden wollt, nehmt einfach 4096 Bit-Schlüssel und vergesst die ganze Sache.

Zweitens ist da noch die Frage, ob der Schlüssel irgendwann »ablaufen«, er also nach einer bestimmten Zeit automatisch ungültig werden soll. In der reinen Lehre ist es fast immer eine gute Idee, Schlüssel dann und wann zu wechseln, vor allem, wenn sie zur Verschlüsselung großer Datenmengen verwendet werden. PGP-Schlüssel verschlüsseln aber normalerweise nur recht überschaubare Datenmengen (nämlich im Groben ein paar hundert Bits pro verschickter Mail). Dazu kommt, dass ein »reibungsloser« Übergang von einem ablaufenden auf einen neuen Schlüssel nicht ganz einfach ist, insbesondere, wenn ihr im Web of Trust (vgl. Teil 2 in der nächsten Ausgabe) seid. In dem Sinn ist unsere Empfehlung: Lasst eure Schlüssel für immer gültig sein. Mit einem Rückrufzertifikat könnt ihr den Schlüssel immer noch ablaufen lassen, aber dann zu einem Zeitpunkt, an dem es für euch bequem ist.

Ausklang

PGP wurde in der Steinzeit entwickelt (also den achtziger Jahren), noch bevor Mails Anhänge haben konnten. Damals hat der PGP-Autor Phil Zimmermann ein System erdacht, mit dem die konfusen Bytes, in die ein normaler Text verschlüsselt wird, in Mails, die konfuse Bytes nicht leiden können, transportiert werden können. Dieses »alte« System, manchmal unter »inline« firmierend, hat etliche Nachteile, unter anderem, dass es schwer ist, Umlaute darin ohne Verwürfelungen zu transportieren, und auch, dass es nicht gut mit wirklichen Anhängen zusammengeht.

Deshalb wurde auch schon vor vielen Jahren etwas ersonnen, das sich PGP/Mime nennt. Wenn es irgendwie geht, solltet ihr das verwenden, wenn ihr eure Mails verschickt (TE fragt euch beim Absenden, und im Expertenmodus (3) könnt ihr auch Regeln einrichten, die das für bestimmte EmpfängerInnen automatisch auswählen). Im Groben gibt es überhaupt nur einen Grund, PGP/Mime *nicht* zu verwenden: Webmail, die nichts von PGP versteht. Und wenn ihr so einen Webmailer verwendet, solltet ihr schnell wechseln. Aus unserem Spektrum gibts PGP-Webmail beispielsweise bei riseup.net und immerda.ch.

Beim nächsten Mal beantworten wir dann die große Frage nach dem Vertrauen unter GenossInnen.●

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg

datenschutzgruppe@rote-hilfe.de
PGP Fingerprint: a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a
www.datenschmutz.de

1) In den meisten Mailprogrammen merkt ihr das nicht unbedingt, weil diese ungefragt jede Mail, die ihr verschlüsselt, auch noch gleich für euch verschlüsseln, also quasi eine Kopie in euren eigenen Briefkasten werfen. Es gibt Menschen, die dieses Verhalten blöd finden, weshalb es in der Regel abschaltbar ist, bei Thunderbird/Enigmail etwa im Expertenmodus in den Einstellungen zu »Sending« als »add my own key to the recipients list«.

2) www.gnupg.org/gpa.html

3) Der »Expertenmodus« ist nicht nur für ExpertInnen interessant. Um ihn anzuschalten, wählt im OpenPGP-Menü »QAPreferences« und kreuzt »Display expert settings« an; damit bekommt ihr tolle Reiterlein in den Einstellungen und mehr Einträge im OpenPGP-Menü.

ÜBERBLICK

FREIE RADIOS

Freies Radio hören

Die Anzahl der Beiträge auf der 2001 gestarteten Online-Austauschplattform der Freien Radios www.freie-radios.net geht gerade auf die 40.000 zu. Einzelne Interviews und ganze Sendungen stehen hier kostenlos zum Anhören und Herunterladen zur Verfügung. Ein wertvolles Archiv sozialer Bewegungen und medialer Gegenöffentlichkeit ist aus dem solidarischen Prinzip des Sendeaustausches Freier Radios entstanden. Die Beiträge stehen dauerhaft und unter freien Lizenzen zur Verfügung.

Von Stefan Tenner, Radio CORAX, Halle ● Ausschnitt eines Tages: Interview mit dem Erwerbslosenforum von *coloRadio* aus Dresden, Hintergrundbericht vom Chaos Communication Congress in Berlin zu INDECT – einem neuen europäischen Überwachungsprojekt, *Radio LORA* aus München hat einen Kommentar zu Wirtschaftsthemen einer Forschungsgruppe zum nachhaltigen Produzieren und Konsumieren veröffentlicht, während es in einem Interview von *Radio Z* aus Nürnberg um die Menschenrechte in Honduras geht und *Radio CORAX* in Halle den 15. Todestag Heiner Müllers zum Anlass nimmt, seine Rezeption in den USA zu erforschen. Täglich erscheinen hier rund zehn neue Einträge. Hinzu kommt vier mal pro Woche *zip-FM*, das Nachrichtenmagazin Freier Radios *(siehe Seite 8)*.

Wer neugierig geworden ist, dem verschafft ein Klick weiter auf www.freie-radios.de die Übersicht, wo die derzeit 30 Freien Radios überall in der BRD auf UKW senden. Gähnende Leere in der Mitte der Landkarte in Niedersachsen, im nördlichen Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen oder Brandenburg. Hier gibt es entweder tatsächlich keine, nur wenige oder ganz andere Modelle nichtkommerziellen Hörfunks. Das können Ausbildungsradios oder Offene Kanäle sein. An einigen Standorten in Thüringen sind Offene Kanäle mittlerweile weniger von ihrer Entstehungsgeschichte als strukturell mit Freien Radios vergleichbar. Deutlich wird auch das Nord-Süd- und auch ein Ost-West-Gefälle. Die meisten Freien Radios senden in Baden-Württemberg und Hessen und den südlichsten Bundesländern Ostdeutschlands. Mehr Informationen zu den Stationen gibt es von hier aus zu den Webseiten oder Livestreams der Radios.

Was alle gemeinsam bieten, ist der offene Zugang zum Medium Radio, vor allem für gesellschaftlich und medial marginalisierte Gruppen. Sie werden kollektiv verwaltet und sind gemeinnützig. Oft sind basisdemokratisch verfasste Radiovereine Träger der Sendelizenzen, die offene Redaktions- und Entscheidungsstrukturen haben. Die Radios senden keine kommerzielle Werbung und arbeiten ehrenamtlich. Sie senden lokal, das bedeutet aber nicht, nur über Themen aus der eigenen Stadt berichten zu müssen. Ganz im Gegenteil. Und sie sind nicht vordergründig Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz, sondern in erster Linie Programmveranstalter neben öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Sendern.

Freies Radio vor Ort

Bei *Radio CORAX* in Halle gehen schon um 7 Uhr die Mikrofone an. Die erste Livesendung des Tages startet mit aktuellen Infos. Alternative Nachrichtenquellen und Ereignisse bestimmen die Auswahl. Die Texte werden auch anderen Freien Radios zur Verfügung gestellt oder übernommen. Organisiert wird das News-Net-Work online, als gemeinsame Plattform einiger Freier Radios, die seit vergangenem Jahr existiert. Das Morgenmagazin ist ein dreistündiges Liveprogramm mit aktuellen Beiträgen, Interviews, festen Rubriken und Musik abseits des Mainstream. Radiokunst und Experimentelles finden ebenso Platz. Die ersten Gäste werden per Telefon zugeschaltet oder kommen möglichst gleich ins Studio, das im Zentrum der Stadt liegt.

CORAX-Morgenmagazin vom Marktplatz in Halle

Das Radio will kein Dienstleister sein, kein erwartbarer Service, sondern steht und fällt mit dem Engagement der HörerInnen, die hier eben gleichzeitig RadiomacherInnen sind. Tag für Tag geht es darum, Kommunikation zu organisieren und Partizipation zu er-

Fortsetzung auf Seite 8

SACHSEN

Wie Alternativmedien finanziell ausgetrocknet werden

Die Freien Radios in Sachsen gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Denn seit einem Jahr müssen sie ihre Übertragungskosten selbst tragen. Die zuständige Landesmedienanstalt verweigert trotz üppigem Budget eine Förderung und beruft sich auf die Gesetzeslage. Die schwarz-gelbe Regierung sieht keinen Handlungsbedarf.

Von Andreas March, Radio Blau, Leipzig ● Seit Anfang der neunziger Jahre senden in Sachsen die drei Freien Radios *coloRadio* (Dresden), *Radio T* (Chemnitz) und *Radio Blau* (Leipzig). Sie wurden von Menschen gegründet, denen der freie und unmittelbare Zugang zu einem Massenmedium jahrzehntelang verwehrt war. Dabei sind die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Radio in Sachsen denkbar schlecht. Anders als beispielsweise im benachbarten Sachsen-Anhalt fehlte bislang der politische Wille, um den rechtlichen Status der Bürgermedien eindeutig zu klären. Deshalb werden sie und vor allem ihre Finanzierung immer wieder in Frage gestellt.

Denn der sächsische Gesetzgeber setzt – ähnlich wie in Bayern – auf die Vermittlung journalistischer und medienpädagogischer Kompetenz durch sogenannte Ausbildungs- und Erprobungskanäle (SAEK). Hauptanteilseignerin der Trägergesellschaft ist die Sächsische Landesmedienanstalt (SLM). Die privaten Betreiber der SAEK-Studios werden von der SLM 2011 mit 1,5 Millionen Euro gefördert. Da die NutzerInnen der SAEK allerdings – anders als die NutzerInnen der Freien Radios – keinerlei Mitbestimmungsrecht an der grundsätzlichen Ausrichtung und weiter reichenden Programmfragen haben, sind die SAEK aus Sicht der Freien Radios keine Bürgermedien. Zu hören sind sie ohnehin nicht auf UKW, sondern lediglich im Internet.

Die drei sächsischen Freien Radios sendeten zunächst je vier Stunden pro Woche. Mittlerweile haben alle drei Sender erfolgreich durchgesetzt, dass die Sendezeit auf 49 Stunden pro Woche erweitert wird. Durch den dadurch in Leipzig und Dresden notwendigen Wechsel auf schwächere Frequenzen sind die beiden Freien Radios allerdings in einigen Teilen der Stadt gar nicht oder sehr schlecht zu hören. Die technischen Verbreitungskosten wurden bis Ende 2009 von einem privaten Programmanbieter übernommen, mit dem sich die Freien Radios die Frequenzen teilen. Dieses deutschlandweit einmalige »Sächsische Modell« hatte die SLM 2004 initiiert. Als Mantelprogramm wurde *Apollo Radio* lizenziert, finanziert von den anderen sächsischen Privatradios, einzig um außersächsische Konkurrenz vom Werbemarkt fernzuhalten: Medienpolitik als Standortpolitik.

»Radioballett« vor der Sächsischen Landesmedienanstalt am 26.10.2009

Als Ende 2009 die Kooperationsvereinbarungen auslliefen, erklärte sich die SLM für den Fortbestand des Modells nicht zuständig. Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Konditionen (Sendezeit und Laufzeit) einer Anschlussvereinbarung kam es zu keiner Einigung zwischen *Apollo Radio* und den Freien Radios. Die Übertragungskosten in Höhe von 40.000 Euro jährlich werden seitdem den Freien Radios in Rechnung gestellt – das Ende für die drei Radios, die sich bislang hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen, Nutzungsgebühren und Spenden finanzierten. In anderen Bundesländern werden die technischen Verbreitungskosten von den Landesmedienanstalten übernommen. In Sachsen werden die Bürgermedien dagegen den privat-kommerziellen Radios gleichgestellt und die uneindeutige Rechtslage wird von der SLM dahingehend interpretiert, dass eine Förderung durch die Landesmedienanstalt ausgeschlossen ist – bei einem jährlichen Haushalt in Höhe von rund 7 Millionen Euro! Wie jedoch ein laut Lizenz nichtkommerzielles Radio ohne Werbung im Programm die Kosten in Höhe von mehreren Tausend Euro jährlich aufbringen soll, darüber schweigt sich die SLM aus.

Die SLM interessierte sich ohnehin erst für die drohende Abschaltung, als sich die VertreterInnen der Radios selbst zu einer Sitzung einluden. Eine Kundgebung mit Radioballett vor der SLM sorgte für die nötige Einsicht bei der unabhängigen Medienbehörde. Zuvor hatten die Radios bereits ihre UnterstützerInnen dazu aufgerufen, Prostestpost an die SLM zu schicken, bzw. einen offenen Brief zu unterzeichnen. Mehrere hundert Sympathisanten/innen unterstützen mit ihrer Unterschrift die Forderung der Freien Radios an die SLM nach einer dauerhaften und vollständigen Förderung der Sende- und Leitungskosten. Der Deutsche Journalisten-Verband forderte den Gesetzgeber auf, »endlich eine dauerhaft saubere Finanzierungsregelung für die nichtkommerziellen Rundfunkanbieter zu schaffen«, und der DGB Sachsen, »im Interesse einer breit aufgestellten und bunten Medienlandschaft unverzüglich eine Lösung für die Freien Radios (zu) ermöglichen«.

Die Proteste prallten jedoch an der SLM ab. Auch die schwarz-gelbe Staatsregierung und die Regierungsfraktionen im sächsischen Landtag sahen keinen Handlungsbedarf. Einzig die demokratischen Oppositionsparteien starteten eine gemeinsame Initiative, um das Mediengesetz zu ändern – bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag ein aussichtsloses Unterfangen. Hätten sich die Städte Leipzig, Dresden (mit Einschränkungen) und Chemnitz nicht bereit erklärt, die Kosten für das Jahr 2010 zu übernehmen, würden die Radios heute vermutlich nicht mehr senden.

Der Existenzdruck, dem die Radios Ende 2009 ausgesetzt waren, belastete auch die Strukturen über die Maßen. Zum einen musste die politische Auseinandersetzung geführt werden – eine zusätzlich zum täglichen Sendebetrieb zu bewältigende Aufgabe. Zum anderen mussten neue SendungsmacherInnen, die durch die plötzliche Öffentlichkeit auf die Radios aufmerksam geworden waren, mit den internen Gepflogenheiten der Radios vertraut gemacht und integriert werden. Viele der NeunutzerInnen legen eine Konsumentenmentalität an den Tag, die von den größtenteils durch unentgeltliche Arbeit aufrechterhaltenen selbstverwalteten Strukturen nicht geleistet werden können, bzw. ihrer Idee nach gar nicht geleistet werden sollen.

Fraglich ist, ob das Mobilisierungspotential von Ende 2009/Anfang 2010 Jahr für Jahr aufs Neue abgerufen werden kann. Bereits ein Jahr später, Ende 2010, zeigten sich erste Ermüdungserscheinungen. Viele NutzerInnen gehen davon aus, dass Gespräche mit politischen EntscheidungsträgerInnen sehr viel zielführender sind als öffentlichkeitswirksame Kampagnen. Dabei war gerade der breite öffentliche Protest mit dafür verantwortlich, dass sich wenigstens in den Stadtparlamenten politische Mehrheiten für eine Förderung der Freien Radios gefunden haben.

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG ÜBERBLICK

FREIE RADIOS

möglichen. Thematisch geht es heute in der Sendung um Brasiliens neue Präsidentin, Veranstaltungsempfehlungen für den Abend in Halle und das neue restriktive Mediengesetz in Ungarn und die drohenden Sanktionen der dortigen Medienbehörde gegen das Freie Radio Tilos in Budapest. Mit Ungarn und einem anderen

Soliaktion einer Öko-Bierbrauerei für freie Radios in Sachsen

Freien Radio in Budapest arbeitet CORAX aktuell in einem interkulturellen Radioprojekt zusammen, gemeinsam mit Freien Radios aus Österreich, der Schweiz und Irland.

Zwischendurch wird in der Sendung Musik vorgestellt, die sonst im Äther kaum oder keinen Platz findet. Anschließend ab 10 Uhr beginnen einstündige Magazinsendungen. Entweder zu Umwelt oder Literatur, auch Muttersprachliches in derzeit acht Sprachen ist dabei. Die Vielfalt der anschließenden Musiksendungen ist ebenso groß. Auch hier ist wieder viel Handverlesenes dabei, bevor dann um 13 Uhr das zweistündige Mittagsmagazin beginnt. Vorbereitet wird das alles von der tagesaktuellen Redaktion, die wochentäglich jeweils sechs Stunden Liveprogramm organisiert. Größe und Zusammensetzung schwankt hier immer mal wieder. Je nach Zeitressourcen, die die Menschen mitbringen können. Manche stecken ihre gesamte Freizeit ins Radio, andere kommen stundenweise oder bereiten Themen schon von zu Hause aus vor.

Das Tagesaktuelle nimmt auch räumlich den meisten Platz ein. Große Fenster geben direkt von der Straße einen Einblick in den Redaktionsraum. Junge Leute sitzen an den Rechnern. Das Programm entsteht gemeinschaftlich und ohne Chefredaktion in der Redaktionskonferenz noch ganz direkt miteinander, immer mehr mittlerweile auch virtuell. Chat, Wiki und Telefon gehören zu den täglichen Werkzeugen. Das Tagesaktuelle bei *CORAX* ist gleichzeitig Ausbildungsort für neue Interessierte, die das Radiomachen lernen möchten, aber auch Schnittselle für alle anderen Redaktionen der etwa 150 aktiven SendungsmacherInnen. Neben regelmäßigen Einstiegsworkshops lernt es sich hier beim Sprung ins kalte Wasser gleich mit Verantwortung und On Air ohnehin am schnellsten.

Hier entscheidet auch eine monatliche Redaktionskonferenz über neue Sendungen, diskutiert inhaltliche Kritik oder entscheidet Programmänderungen. Die tagesaktuellen Magazinsendungen morgens, mittags und abends sind der Versuch, der Vereinzelung der Redaktionen entgegenzuwirken und einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, in den sich alle einbringen können. Um das große Pensum und die Aktualität gewährleisten zu können, gibt es im Tagesprogramm inzwischen eine Arbeitsteilung zwischen Redaktion und Moderatorenteam. Eine bezahlte Koordinatorenstelle für die Tagesredaktion wurde eingerichtet. Bis auf die Geschäftsführung, Öffentlichkeitsarbeit, Technikkoordination, Projektkoordination und diverse Arbeitsfördermaßnahmen, FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) und gelegentliche Projektstellen läuft alles unbezahlt.

In einigen Freien Radios gibt es regulär oder auch temporär bei geförderten Projekten mittlerweile Aufwandsentschädigungen für die redaktionelle Arbeit. 2006 wurde dieses strittige Thema in einem größeren Rahmen in Nürnberg bei *Radio Z* diskutiert, denn in der Charta Freier Radios wird bezahlte redaktionelle Arbeit ausgeschlossen. Entlohnung birge die Gefahr neuer Hierarchien und Abhängigkeiten oder diene einem Selbstzweck, freie Radioarbeit sei politische und damit unbezahlte Arbeit wurde bei der Diskussion vorgebracht. Andererseits gebe es im Freien Radio kaum die klassische Arbeitsteilung und eine Redaktion im Freien Radio setze ohnehin weniger Themen um als vielmehr Diskussionen zu organisieren. Entlohnung sei nicht per se schlecht und Förderungen eröffnen trotz aller Gefahren auch viele neue Ressourcen, waren damals einige der Gegenargumente. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Am 11. März 2011 gibt es wieder die Gelegenheit dazu, bei einem Workshop auf der *Linken Medienakademie* in Berlin zum Thema: »Ökonomische Abhängigkeit vs. Freie Medienarbeit« zu diskutieren.

Aktionsberichterstattung & Repressionen

Seit Monaten laufen die Vorbereitungen. Wenn sich am 13. Februar in Dresden ein breites Bündnis gegen einen der größten Naziaufmärsche Europas stellt, werden auch viele RadioaktivistInnen Freier Radios vor Ort sein. Die Livesendungen mit Hintergründen und den Infos direkt von den Blockaden werden gleichzeitig in Dresden und anderen Städten in den Freien Radios übertragen. Hier zeigt sich, was alternatives Radio zu einer Gegenöffentlichkeit beitragen kann, ähnlich wie bei Castor-Transporten, den Protesten gegen internationale Wirtschafts- und Klimagipfel oder die Großdemos gegen die Vorratsdatenspeicherung.

So gab es 2007 während des G8-Gipfels in Heiligendamm eine selbstorganisierte Berichterstattung, zu der sich freie RadiomacherInnen aus aller Welt zusammengefunden hatten, um in zahlreichen Sprachen ein kontinuierliches alternatives Programm zur Übernahme für freie Radiostationen anzubieten. Ein deutschsprachiges 24-Stunden-Programm per Livestream wurde so zeitweilig von mehr als einem Dutzend Freier Radios übernommen und wieder ausgestrahlt. Dass diese Arbeit Solidarität braucht, zeigte sich auch bei der Berichterstattung zum UN-Klimagipfel COP15 in Kopenhagen 2009. Zwei Redakteure, die für den *Bundesverband Freier Radios* (BFR) vor Ort waren, wurden während ihrer Arbeit festgenommen, zwei von ihnen kamen mehr als eine Woche in Untersuchungshaft. Der BFR verurteilte diese massive Einschränkung der Pressefreiheit scharf und forderte die umgehende Freilassung der beiden Kolleginnen.

Radiostandort während des Klimagipfels COP15 in Kopenhagen 2009

Ein anderes Beispiel für willkürliche Einschüchterungen und Einschränkung der Pressefreiheit spielte sich Ende 2003 in Hamburg beim *Freien Sendekombinat* (FSK) ab. Bei der Hamburger Polizei ist der Sender für seine kritische Recherche und Berichterstattung bekannt. Mit massiver Polizeipräsenz wurden damals Redaktionsräume durchsucht und Unterlagen mitgenommen. Den anwesenden Redakteuren wurde verboten, während der Durchsuchung darüber zu be-

Fortsetzung nächste Seite

Radio aufräumen

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Die drei sächsischen Freien Radios gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Denn Anfang 2011 steht noch immer nicht fest, wer in diesem Jahr die Übertragungskosten zahlt. Im Moment senden die Radios, solange sie Geld auf ihren Konten haben. Förderzusagen liegen weder von den Städten noch von der SLM vor. Langfristig müssen die Freien Radios auf jeden Fall weiter den Dialog mit der SLM über die Zukunft der Bürgermedien in Sachsen suchen. Der Zeitpunkt ist gut. Nie hatten Bürgermedien mächtigere politische Fürsprecher: Das Europäische Parlament beispielsweise erklärte, dass Bürgermedien wie Offene Kanäle oder Nichtkommerzielle Lokalradios BürgerInnen auf die Anforderungen der Informationsgesellschaft vorbereiten und forderte eine einheitliche Klärung des rechtlichen Status. Zuletzt hat sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann für eine Grundfinanzierung der Bürgermedien durch die Landesmedienanstalten ausgesprochen.

Nicht zuletzt dürfen die Kommunen – trotz angespannter finanzieller Kassenlage – nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Gerade die Stadt Leipzig hat – anders als Dresden und Chemnitz – *Radio Blau*, das Freie Radio in Leipzig, bisher sehr stiefmütterlich behandelt und immer wieder eine Förderung abgelehnt, obwohl *Radio Blau* seit mittlerweile 15 Jahren Bestandteil der örtlichen Soziokultur ist. Die Unterstützung sollte sich jedoch nicht in finanzieller Förderung erschöpfen, vielmehr sollten die Städte die Freien Radios auch in der politischen Auseinandersetzung für eine eindeutige gesetzliche Regelung unterstützen.

Mittlerweile sind alle drei Radios mit unterschiedlichen Spendenkampagnen an die Öffentlichkeit gegangen, um Zeit zu gewinnen. Zwar vertreten sie nach wie vor den Standpunkt, dass Freie Radios als sozial-integrative und lokalpublizistische Institutionen eine gesellschaftspolitische Leistung erbringen, die öffentlich gefördert werden muss. Bis der sächsische Gesetzgeber zu dieser Einsicht gelangt, müssen die Freien Radios ihre Finanzierung wohl selbst gewährleisten.●

Informationen zur aktuellen Situation der drei sächsischen Freien Radios gibt es unter http://radio.fueralle.org

POLITISCHES NACHRICHTENMAGAZIN ZUM MITMACHEN

zip-fm

Von Andreas Klug, Radio Dreyeckland, Freiburg ● »Und nun ohne Umschweife zur Sache« – Was am 1. Juli 2002 ein kleiner Schnipsel in einem eher provisorischen Sendungs-Intro sein sollte hat sich mittlerweile ganz gut festgesetzt im Ohr der HörerInnen, als Eröffnung eines schon fast in die Jahre gekommenen Nachrichtenmagazins. Vielleicht taugt es auch als Motto des Magazins »zip-fm«? Das Kürzel steht für »Zusammenarbeit der Info- und Politikredaktionen freier Medien«, wobei die Zusammenarbeit im wesentlichen via Internet funktioniert.

Die deutschsprachigen Redaktionsgruppen arbeiten in Husum oder Wien, in Berlin oder Freiburg, jeweils Dienstag bis Freitag in einer der gut ein Dutzend Städte. Das Konzept: An einem Ort wird die halbstündige Sendung zusammengestellt, moderiert und als sendefertige mp3-Audiodatei auf einen Server hochgeladen, die einzelnen rund sechsminütigen Beiträge kommen von den Freien Radios aus dem deutschsprachigen Raum. Um spätestens 16 Uhr ist die Sendung jeweils fertig, die gut zehn Freien Radios, die zip-fm senden, müssen die Datei nur noch runterladen und ins Programm übernehmen. Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch die Zahl derjenigen, die zip-fm gewissermaßen »privat« via Internet hören, meist als Podcast.

Die MitarbeiterInnen der ersten Jahre entsinnen sich noch der bangen Frage: »Habe ich morgen genug Beiträge und Themen für meine Sendung?« Diese Seite des gemeinsamen, dezentralen Schaffens ist mittlerweile eher unkritisch geworden. Gewiss gibt es Stoßseufzer, dass schon wieder niemand den kurzprägnanten, hintergründigen und aktuellen Beitrag zur eigentlich berichtenswerten Demo gestern Abend gemacht hat.

Das Nadelöhr bei zip-fm besteht jedoch an anderer Stelle: Für manche Wochentage gibt es feste Gruppen, die sich intern absprechen. Tage wie der Dienstag gelten als gesichert. An anderen Tagen wechseln sich Verantwortliche aus mehreren Städten nach einem festgelegten Schema ab. Auch das läuft meist recht rund. Bis auf jene Tage eben, die vakant sind: Dann startet das Krisenmanagement, der Hilferuf in der Mailingliste: »Tag X ist noch offen, wer kann einspringen?« So was ist zwar bisweilen »nervig«, dennoch klappt auch das meist erstaunlich gut. Zwar fielen schon vereinzelt Sendungen aus, aber zip-fm lebt als eine der sehr beliebten und vielleicht meist gehörten Sendungen der Freien Radios munter weiter.

Dennoch auch an dieser Stelle die Botschaft: zip-fm sucht immer wieder politisch interessierte MitarbeiterInnen, die sich vorstellen können, beispielsweise einmal pro Monat eine Sendung redaktionell zusammenzustellen, zu moderieren und hochzuladen. Für Neulinge ist dabei die Radio-Technik das Geringste – stellen langjährige MitarbeiterInnen immer wieder fest. Radio machen ist lernbar. Wichtig ist vielmehr, dass die Redaktionsmitglieder die aktuellen politischen Diskussionen kennen und Lust haben, sich in überregionalen Zusammenhängen zu organisieren.

Dafür bietet zip-fm Mitarbeit in einer sympathischen Redaktion, die sich meist zweimal pro Jahr richtig persönlich trifft, für Neulinge gibt es jeweils feste AnsprechpartnerInnen, die bei den ersten Sendungen mit Rat und Tat zur Seite stehen. »Ihr klingt so professionell« wird uns bisweilen gesagt. Mag sein, aber interessanterweise klingen die Sendungen unserer »Neuen« auch nicht anders. Vielleicht ist's ja das Konzept, das gut klingt?●

Die Sendungen stehen jeweils auf www.freie-radios.net, weitere Hintergründe sowie ein Kontaktformular auf www.zip-fm.net

FORTSETZUNG VON SEITE 8

FREIE RADIOS

richten. Anschließend durchsuchte die Polizei auch noch ohne Genehmigung die Wohnung eines FSK-Redakteurs, der drei Jahre später zu einer »Verwarnung unter Strafvorbehalt« verurteilt wurde. All das, um die Herausgabe des Mitschnitts eines bereits ausgestrahlten unautorisierten Gesprächs mit dem Polizei-Pressesprecher zu erreichen. Statt des regulären Amtsweges über die zuständige Medienanstalt wurde mit einem massiven und einschüchternden Auftreten durch die Polizei reagiert. Erst vor wenigen Tagen, Anfang Januar 2011, hat der Sender erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, das das Vorgehen der Polizei als verfassunsgwidrig einstufte.

Rundfunkregulierung

Der ständige Kampf um Anerkennung zieht sich durch die Geschichte aller Freien Radios. Schon als 1977 aus der Anti-Atomkraft-Bewegung das damalige Piratenradio »*Radio Dreyeckland*« in Freiburg entstand, folgten viele Jahre der Auseinandersetzungen mit Justiz und Behörden. Die Hartnäckigkeit hat sich gelohnt und war für viele folgende Radioinitiativen Vorbild. Im Zuge der Liberalisierung des Rundfunks zunächst für rein privat-kommerzielle Interessen und schließlich mit Zulassung eines ersten nichtkommerziellen Offenen Kanals 1984, wurde Radio Dreyeckland 1988 als erstes Freies Radio lizensiert. Ob Freie Radios oder Offene Kanäle oder andere Modelle danach entstanden, hing von vielen Faktoren ab. Einige waren auch dadurch motiviert, Freie Radios verhindern zu wollen. Der Streit über das geeignete Modell und darüber, wer über Strukturen und Vorgaben entscheiden darf, zieht sich bis heute durch die Debatten.

Der Zugang zum Rundfunk wird in Deutschland ohnehin restriktiv gehandhabt. Freie Radios sind kein Geschenk, sie mussten erstritten werden. Lizenzen und finanzielle Unterstützung wurden vielerorts in mühsamen und langwierigen Prozessen der Medienregulierung abgerungen. Die Solidarität vieler UnterstützerInnen Freier Radios ist nach wie vor der entscheidendste Motor, um in der hochregulierten Rundfunklandschaft bestehen zu können.

1989 wurde eine der bewegendsten Zeiten für die Freien Radios hierzulande eingeläutet. Viele der heute sendenden Freien Radios erhielten Anfang der 1990er Jahre ihre erste Lizenz. Mittlerweile haben sich 30 Sender und Initiativen im *Bundesverband Freier Radios* zusammengeschlossen. In den Mailinglisten, bei regelmäßigen Treffen oder im *Rundbrief Freier Radios* geht es dann auch vorrangig um die unterschiedliche Situation in den Bundesländern. Denn die 14 derzeit in Deutschland geltenden Landesmediengesetze bieten nichtkommerziellen Medien keine Chancengleichheit. Die Bedingungen, unter denen zugangsoffener Hörfunk existiert, hängen ganz stark vom Sendestandort ab. Die Sendezeiten, Förderungen und medienrechtliche Absicherung unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland teilweise erheblich. Hinzu kommen andere Modelle nichtkommerziellen Rundfunks, die teils sogar zu den Freien Radios in direkter Konkurrenz stehen.

RadioRevolten in Halle 2006

Lötworkshop auf der Straße. Aktion von PI-Radio in Berlin 2008

Als Gegenmodell zum Freien Radio existieren beispielsweise im nichtkommerziellen Hörfunk Offene Kanäle, die oft von der Medienregulierung etabliert wurden, teilweise direkt von Medienanstalten betrieben werden und meist auch großzügige Förderungen erhalten. Im Gegensatz zum Freien Radio steht hier die sogenannte Medienkompetenzförderung im Vordergrund und weniger die Orientierung als Programmveranstalter. Damit entfallen meist auch gemeinsam formulierte Kriterien an das eigene Programm, etwa einem publizitischen Anspruch, Förderung von Subkultur und Minderheiten und damit auch Formen der Selbstorganisation. Während Freies Radio kollektiv organisiert und verantwortet wird, liegt die Verantwortung im klassischen Offenen Kanal beim Einzelen, als Nutzer einer technischen Infrastruktur. Mittlerweile gibt es aber auch hier zwischen den Offenen Kanälen große Unterschiede.

Andere Formen sind Bürgerradios, etwa nach dem niedersächsischen Modell, das auf publizistische Ergänzung abzielt. In Nordrhein-Westfalen wurden wiederum Radiowerkstätten für den Bürgerfunk eingerichtet. Der wurde aber 2007 drastisch eingeschränkt und faktisch abgeschafft. Fremde Sprachen oder Hörerfreundliche Sendezeiten sind hier mittlerweile passé. In Sachsen und Bayern setzt die Medienpolitik auf die Förderung von Aus-, Fortbildungs- und Erprobungskanälen anstatt Freie Radios gesetzlich zu verankern und zu fördern.

In Baden-Württemberg sind es sogenannte Lernradios, die zwischen Freien Radios und der Medienanstalt wiederholt zu juristischen Auseinandersetzungen geführt haben. Nicht zu vergessen schließlich die Cam-

Fortsetzung auf Seite 10

DAS FREIE RADIO ALS ALTERNATIVE

The End of Radio?

Kennen Sie den »denkbar großartigsten Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens«? – Dass Bertolt Brecht damit vor über 75 Jahren in einem Aufsatz tatsächlich das Radio meinte, mutet beim »durchhörbaren Rotzebrei« (Thomas Blum, Jungle World 47/08), der einem dort täglich um die Ohren gehauen wird, fast schon wie ein schlechter Scherz an.

Radiokollektiv FUTUR II ● Die logische Konsequenz des Service-Gedankens im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist das kleinste zumutbare gemeinsame Vielfache: Musik, die durch den Alltag dudelt und – quasi zusätzlich – Informationen über das Wetter, den Verkehr und das tagesaktuelle Geschehen, möglichst kompakt und schnell verdaulich präsentiert. Warum soll auch ausgerechnet in den von uns allen bezahlten Großunternehmen Radio und Fernsehen das Wort Effizienz keine Rolle spielen? Was erwarten wir denn?

Was also heißt jetzt beispielsweise ambitioniertes Radioprogramm? Das wird sich in Zukunft – wenn überhaupt – nur noch im Internet finden, das jedenfalls ist die derzeitige Argumentation. Aber es gibt profunde Skepsis aus der Szene der freien Radios. Sie sind die Nachfolger jener Piratensender, die einst verbotenerweise Frequenzen besetzten. Radios, deren Credo eine Gegenöffentlichkeit war, direkte Kommunikation über bislang Ungesagtes – das Ganze möglichst auch in neuer Form dargeboten. Das waren hohe Ziele, die theoretisch mit einem Ansatz von Hans Magnus Enzensberger unterfüttert wurden: »Jeder Empfänger ist ein potentieller Sender.« Und: »Emanzipatorische Mediennutzung braucht kollektive Produktion anstatt der Herstellung durch Spezialisten.« Dazu gesellten sich Oskar Negt und Alexander Kluge. Sie sprachen schon 1972 in ihrem Werk Öffentlichkeit und Erfahrung davon, mit freien Radios »neue lebendige Verständigungsmöglichkeiten« zu schaffen, den »stummen Zwang der Verhältnisse« zu durchbrechen und damit die »begrifflichen wie sprachlichen Ausdrucksmittel des Protestes« zu erweitern. Gegenöffentlichkeit durch Radio wurde selten klarer formuliert.

Heute sind die ehemals gegen Atomkraft gerichteten Piraten-Sender zum sozialen Ort geworden, an dem von Karriere träumende Techno-DJs mit dem Marx-Engels-Lesekreis aufeinandertreffen, wo Migrantengruppen mit ihrer Community kommunizieren, Antifas gegen Nazi-Demonstrationen mobilisieren, unentdeckte Künstler die Hörer mit ihren neuesten Werken terrorisieren und Fußballfans ihre Wetten öffentlich abschließen (...).« Daran hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Warum also hier noch einmal dieses Fass voller Wunschträume aufmachen, wo es doch eigentlich gerade um den Wegfall ganz realer schon existierender guter Radio-Formate geht?

Freie Radios sind zu allererst real existierender Freiraum in Zeiten kapitalistischer Zeichenhohheit. Damit wird freies Radio zu einem wichtigen Ort von Fragestellungen: Es sind Projekte, die auf dem Feld öffentlicher Diskussion agieren. Sicher, die Praxis in den freien Radios hat mit diesem Anspruch oft wenig zu tun. Wenn hier Fragen aufgeworfen werden, sind die Antworten meist schon mitgedacht. Das alles könnte zu dem ernüchternden Urteil führen, dass der herrschende Diskurs durch die Teilnahme der freien Radios affirmiert wird. Das Ziel, durch Irritationen zu stören und neue Formen der Kommunikation jenseits dieses Diskurses zu entwickeln, erreichen freie Radios in den seltensten Fällen. Jetzt sollte hier aber ja doch vor allem die Chance der freien Radios beschworen werden. Also dann doch ans Eingemachte.

Freiraum und hierarchiefreie Mediennutzung heißt Selbstorganisation, Konsenz-Prinzip und Basisdemokratie. Bislang scheitert dieser Anspruch schon oft allein deshalb, weil die Radios nicht im luftleeren Raum senden. Sie sind einer direkten Konkurrenzsituation zu den anderen Anbietern auf UKW ausgesetzt, sie senden 24 Stunden am Tag, das heißt wenigstens eine Organisation alternativen Musikzuganges, es heißt Mobilisierung von mündig handelnden Menschen, sich mit den Besonderheiten technisch vermittelter Kommunikation auseinanderzusetzen, es heißt nicht zuletzt die technische Absicherung all dieser Bemühungen im Sinne eines zuverlässigen Senders – wie gesagt, mit extrem begrenzten Ressourcen. Wie kann trotzdem eine relevante wahrzunehmende Alternative der Radio-Kommunikation hergestellt werden? Die Hoffnung, die Gesellschaft durch das Senden anderer Inhalte zu mobilisieren, womöglich zu verändern, greift sicher zu kurz.

Es sollte eher um die Kraft des Mediums als soziale Praxis gehen. Das selbstverständliche Benutzen des Mediums durch ganz verschiedene Akteure der Gesellschaft kann andere Nutzungsformen hervorbringen. Teilöffentlichkeiten sind hier ebenso interessant wie das Radio als Werkzeug, in die gesellschaftliche Praxis einzugreifen. Menschen auf dem Markt oder im Neubauviertel greifen in eine Diskussion mit politischen Oberhäuptern der Stadt ein, Antifa-Demos werden logistisch durch den Sender gesteuert, Überwachungsmechanismen in radiophon gesteuerten Aktionen sichtbar gemacht.

Bei relevanter Jetzt-Zeitigkeit von authentischer Kommunikation in einer Stadt oder zu einem Thema bekommt die älteste Funktion des Radios neue Kraft – die Selbstvergewisserung: Ich bin. Ich bin jetzt da und ich spiele gewissermaßen mit, und sei es auch nur als Potenz des persönlichen Alltags. All diese Überlegungen konkurrieren direkt mit einer Realität, in der das Radio sich zunehmend als Ort von Angeboten etabliert, die uns nicht selten ratlos zurück lassen. Fragen kann man schließlich auch anderswo stellen – im Kreise der Familie zum Beispiel. Doch bestimmte komplexe Fragestellungen können dort eben nicht beantwortet oder diskutiert werden. Also braucht es doch die öffentliche Diskussion. Öffentlicher Raum allerdings ist rar geworden.

Vorbei die Zeit der stundenlangen Diskussionen am Brunnen, vorbei die Zeit der offenen Fragestellungen im Radio (gab es sie je?). Das Radio verweigert seine Potenz als öffentlicher Raum – Verlautbarung statt Gespräch. Kommunikation hingegen zielt per se auf Veränderung – Veränderung von Zuständen, Haltungen, Verhältnissen. Es gilt also, den Impuls aufzunehmen, der seit Jahren aus einem ganz chaotischen Feld selbstverwalteter Öffentlichkeit in die etablierte Radiolandschaft hineinfunkt: Freie Radios. Diese müssen sich als Ort von Fragestellungen begreifen, mehr noch, ihre Legitimation rührt daher: Ohne Bezahlung agierende Kommunikationspartner haben eine andere Motivation als Verlautbarung, sie agieren auf einem Feld des Mankos – dem Feld öffentlicher Diskussion und öffentlicher Fragestellungen. Die Zukunft des Radios wird abhängen von der Kommunikationsbereitschaft der Gestaltenden. Der Fokus muss vom Service-Gedanken hin zu einer Möglichkeit offener Fragestellungen verschoben werden. Denn: Das Radio ist öffentlicher Raum, ist der Brunnen auf dem Dorfplatz, der Ort fokussierter Diskussion. Und das ist nur herzustellen unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure, unabhängig von deren Fähigkeit, Antworten zu geben. Die Zukunft des Radios wird bestimmt sein von einer Kultur der Fragen – und freie Radios müssen diese stellen.●

Gekürzte Version aus Testcard Nr. 19

FORTSETZUNG VON SEITE 9

FREIE RADIOS

pus- und Uniradios in vielen Städten. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz oder Brandenburg wird sogar komplett auf nichtkommerzielles Radio verzichtet. So vielfältig, aber gleichzeitig auch uneinheitlich organisiert kein europäisches Land seine nichtkommerziellen Radios, deren Gesamtzahl bei etwa 100 liegt.

Situation in den Bundesländern

Nach wie vor fehlt in Deutschland eine einheitliche Anerkennung von Bürger- und Alternativmedien als eigenständiger dritter Mediensektor. Vor allem fehlen Garantien für eine gleichberechtigte Vergabe gut empfangbarer Vollfrequenzen und eine angemessene öffentliche Förderung. Was kürzlich im argentinischen Mediengesetz mit einem garantierten Zugang für Community Media für mindestens ein Drittel der Frequenzen festgeschrieben wurde, mutet hierzulande utopisch an. Freie Radios sind also mehr als 30 Jahre nach der ersten Sendung von *Radio Dreyeckland* in Freiburg noch immer keine Selbstverständlichkeit.

Zu einer der weitestgehenden Liberalisierungen kam es hingegen 2005 in Großbritannien, als der Zugang zu lokalen und sublokalen, also z. B. nur in einem Stadtteil empfangbaren Frequenzen mit limitierter Sendeleistung freigegeben wurde und seitdem mehr als 200 Community Radios eine Lizenz als Low Power FM Station erhielten. Die öffentlich-rechtliche BBC und Community Radios haben mittlerweile gemeinsame Absprachen getroffen und ein »Memorandum of Understanding« verabschiedet. Allerdings fehlt bislang auch in Großbritannien der politische Wille, den »Community Media Fund« zur Finanzierung der Sender angemessen auszustatten, und nur eine Minderheit der neu entstandenen Sender versteht sich als emanzipatorisches oder gegenöffentliches Projekt.

Vorreiter für die Low Power FM Bewegung waren vor allem die USA, die jedoch bei der politischen Durchsetzung des »Local Community Radio Act« von Großbritannien überholt wurden. Nach einem zehnjährigen Lobby-Marathon zahlreicher Organisationen und UnterstützerInnen und nach mehreren Anläufen hat erst im Dezember 2010 der US-Senat und im Januar 2011 US-Präsident Obama das Gesetz unterzeichnet. Damit ist jetzt der Weg frei für Tausende neue nichtkommerzielle lokale Radiostationen in den USA, neben den dort bereits seit Jahrzehnten bestehenden Community Radios. Nichtkommerzielle Organisationen dürfen nun in ihrem Ort UKW-Sender mit einer Leistung bis maximal 100 Watt betreiben. Für eine durchschnittliche Stadt reicht das aber kaum aus.

In Deutschland dagegen herrscht seit Jahren Stagnation. Seit 2005 ging lediglich in Mecklenburg-Vorpommern ein neues Freies Radio dauerhaft auf Sendung, das aber auch erst nach fünfjähriger Probezeit Anfang 2011 lizenzrechtlich voll anerkannt wurde. Im Nachbarland Niedersachsen verlor erstmals ein Freies Radio seine Lizenz. Die Landesmedienanstalt NLM weigerte sich 2007, *Radio Flora* in Hannover nach 16 Jahren die UKW-Lizenz zu verlängern. »Unter dem Vorwand mangelnder Akzeptanz des Programms wird ein selbstorganisierter, zugangsoffener und demokratisch strukturierter Programmveranstalter vom Äther genommen.«, kritisierte der *Bundesverband Freier Radios* die Entscheidung. Dokumentiert würde damit, »dass im niedersächsischen Modell des Bürgerfunks gesellschaftskritische Stimmen und offener Zugang für gesellschaftlich Benachteiligte, souveräner Medienzugang für Minderheiten und Subkulturen nicht erwünscht sind«. Auch in Sachsen müssen die Freien Radios in Dresden, Leipzig und Chemnitz schon seid mehr als einem Jahr um ihre Existenz kämpfen. Welchen Wert haben ihre noch bis 2014 geltenden Lizenzen, wenn es gleichzeitig keine gesetzlich verankerte finanzielle Förderung gibt? *(siehe Seite 9)*

Noch schwieriger sieht es in Berlin aus. Und das trotz einer breiten Subkultur- und DJ-Szene und dem interkulturellen Miteinander, das die Stadt so prägt. Im wohl spannendsten Radioangebot der Republik findet sich diese Vielfalt bisher nicht wieder. Die Medienanstalt betreibt zwar nach wie vor ein eigenes Radio als Offenen Kanal. Ein Freies Radio ersetzt das auch hier nicht. Seit fast 20 Jahren bemühen sich Berliner und Brandenburger Radioinitativen um eine Änderung des Mediengesetzes und eine Lizenz für ein Freies Radio. Die einzige Möglichkeit für sie selbstverwaltet und unabhängig auf UKW in Berlin zu senden, waren bisher meist auf einen Monat zeitlich befristete Radiozulassungen. Seit vielen Jahren ist es zur Tradition geworden so auf Sendung zu gehen und Projekte wie Juniradio, Herbstradio oder Radio Einheit zu veranstalten. Verschärft hatte sich die Situation zusätzlich mit der Abschaltung des öffentlich-rechtlichen *Radio Multikulti* Ende 2008.

Immerhin hat sich im vergangenen Jahr erst mal wieder etwas getan. Seit Frühjahr 2010 nutzt die Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb) die ungenügenden rechtlichen Rahmenbedingungen immerhin etwas weiter aus und koordiniert mit der *»88vier«* eine Art Sendekombinat. Hier sendet jetzt zunächst für ein Jahr lang der Offene Kanal in einem Umfeld von sechs Radiogruppen wie *Pi Radio*, *reboot.fm* oder *multicult.fm*. Koordiniert wird das Ganze von der Medienanstalt und und wird von den Initiativen eines Freien Radios sehr skeptisch begleitet. Denn auch hier herrscht weiterhin keine Chancengleicheit zum Offenen Kanal. »Von der Ermächtigung, allgemein nichtkommerziellen Rundfunk zu fördern, hat der Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg keinen Gebrauch gemacht«, wies auch die Medienanstalt in der Ausschreibung für die *»88vier«* auf eines der Dilemma hin. Der Berliner Senat hatte zwar schon 2005 einer Änderung des Mediengesetzes für die Förderung und Anerkennung Freier Radios zugestimmt, scheiterte aber an der Regierung in Brandenburg. Seit 2009 dort SPD und LINKE erstmals gemeinsam regieren, sind die Hoffnungen wieder etwas gestiegen, dass nun auch das letzte ostdeutsche Bundesland Freies Radio zulässt.

Lokalradio International. Kunstprojekt von Pony Pedro während der RadioRevolten 2006 in Halle

Was »Freies Radio« bedeutet

Dass das Potential Freier Radios weit über ein alternatives, publizistisch relevantes Medium im Lokalen hinausgeht, zeigen auch immer wieder künstlerische und politische Radio-Interventionen im öffentlichen Raum. Die Gruppe *LIGNA* vom *FSK* mit ihrem mittlerweile vielfach kopierten Radioballett beispielsweise zeigt das immer wieder anschaulich. 2006 während der RadioREVOLTEN, dem Festival der Zukunft des Radios bei *Radio CORAX* in Halle, gab es einen Monat lang Dutzende dieser Experimente und Interventionen, um das Medium und seine heutigen Möglichkeiten auszuloten. Auf dem Marktplatz in Halle wurde so jeden Abend ein unscheinbarer Bauwagen zum Studio umfunktioniert und Nacht für Nacht zum surrealen Ort dort stattfindender zufälliger und inzenierter Geschichten.Wenn das Radio sich tatsächlich in die Öffentlichkeit begibt und quasi von überall seine Sendungen ausstrahlt und damit auch die Hörerinnen und Hörer konfrontiert, verschwimmen klassische Rezeptionsgewohnheiten. Auch 2011 wird es in Halle Projekte zu mobilem Radio geben.

Zudem sind Freie Radios seit Jahren auch per Internetstream weltweit empfangbar. Auch die Produktion ist längst digitalisiert, die redaktionelle Vorbereitung der Sendung, die Recherche, das Ankündigen des Programmablaufs und die Archivierung sind ohne Internet nicht mehr denkbar. Dank freier Software und eigenen Entwicklungen haben die Freien Radios mittlerweile viele praktikable, kostengünstige Lösungen zur kollaborativen Arbeit im Web entwickelt. Auch in sozialen Online-Netzwerken sind mittlerweile viele Radios aktiv. Allein bei den Protesten der Freien Radios in Sachsen schlossen sich spontan mehrere hundert Menschen online zusammen, um die Abschaltung von Radio Blau in Leipzig zu verhindern. Tausende unterzeichneten schließlich die E-Petitionen zum Erhalt des Senders – mit einigem Erfolg *(siehe Artikel »Freie Radios in Sachsen« Seite 7)*.

Die klassische Verbreitung des Freien Radios ist aber nach wie vor analog. Schon 2001 lehnte der *Bundesverband Freier Radios* die von Medienanstalten und Politik forcierte Technologie DAB (Digital Audio Broadcasting) ab, die bei der lokalen Verbreitung erhebliche Verschlechterungen bedeuten würde. Neben höheren Gebühren für die lokale Verbreitung, würden auch Änderungen der bisherigen Sendegebiete und zusätzliche Abhängigkeiten von den Betreibern dieser neue Sendernetze entstehen. Garantien für den Erhalt des lokalen Rundfunks und Maßnahmen gegen die technischen und strukturellen Benachteiligungen von DAB sind bisher nicht vorgesehen. Die Kritik von damals hat nichts an Aktualität verloren. DAB konnte sich auch trotz etlicher Millionen Euro Gebührengelder kaum durchsetzen. Mitte Dezember 2010 wurde eine letzte Chance gestartet und die Einführung für bundesweites Digitalradio ab 2011 zwischen privatkommerziellen und dem Deutschlandradio vereinbart. Die in einigen Bundesländern bereits geplante Abschaltung von UKW für 2010 wurde mittlerweile auf 2015 verschoben. Derzeit wird eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes diskutiert, das dieses Datum jetzt gleich auf 2025 verschieben will.

Wie es auch immer ausgeht, Radio findet künftig auf vielen technischen Wegen statt. In absehbarer Zeit wird es zu einer Neuordnung der Rundfunk- und Frequenzlandschaft kommen, von der lokale Veranstalter am meisten bedroht sein dürften. In der BRD ist ohnehin lokaler Rundfunk nur gering entwickelt. Freie Radios verlangen deshalb einen gleichwertigen und fairen Zugang zu digitalen Lizenzen und das nicht nur auf lokaler Ebene. 2008 forderte der *Bundesverband Freier Radios* erstmals auch die Beteiligung an bundesweiten digitalen Lizenzen, verbunden mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung aus Rundfunkgebühren.

Wie sehen also die Perspektiven Freier Radios aus? Thomas Kupfer schrieb dazu in einem Vortrag für die Konferenz des Freien Radio in Oberösterreich (FRO)zur Ars Electronica in Linz 2008: »Lokale Community Radios sind nur noch eine von mehreren Optionen der freien Radioarbeit. Communities können sich ebenso als 'Community of Interest' überregional vermitteln und herausbilden. [...] Ein Miteinander von lokalen Community Radios und bundesweiten digitalen publizistischen Angeboten könnte die Zukunft Freier Radios sein.« Der 2009 plötzlich verstorbene Radioaktivist Kupfer war einst Mitbegründer der Initiative für eine Vereinigte Linke, später dann langjähriger Geschäftsführer von *Radio CORAX* in Halle sowie Mitbegründer des *Community Media Forum Europe* (CMFE).

In einer Debatte über die Definition und die strategische Ausrichtung Freier Radios stellte er auch fest, dass Zugangsoffenheit allein keine Domäne der Linken mehr ist. So seien auch im Freien Radio »linke und linksalternative Positionen, letztlich aber politische Perspektiven und politisches Engagement überhaupt, eher in der Minderheit.« Um diese wieder zurückzugewinnen, sei es notwendig, eigene Plattformen, Assoziationen und Initiativen zu entwickeln, die nicht nur die Veranstalter zusammenbringen, »sondern individuelle Akteure – unabhängig davon, ob sie in einem Freien Radio, einem Offenen Kanal oder temporär als Radiokünstler, Piraten oder als Produzenten für öffentlich-rechtliche Anstalten on air sind. Vor allem aber unabhängig davon, ob sie überhaupt on air sind oder möglicherweise ihre alternative Radiopraxis ausschließlich mit dem Medium Internet verbinden«, so Kupfer.●

LINKS

Infos:
- www.freie-radios.de, Informationen zu den Radios des BFR
- http://zukunftswerkstatt-buergermedien.de Diskussionen & Texte zur Zukunft von Bürger- und Alternativmedien
- http://freie-radios.de/bfr/digitalisierung.htm Digitalisierung des Rundfunk aus Sicht des BFR

Veranstaltungen:
- www.civilmedia.eu, CivilMedia in Salzburg, UN-Conference zu Community Medien, vom 14.-16. April 2011
- http://aff-bawue.org, RadioCamp am Bodensee, vom 1.-5. Juni 2011 mit zahlreichen Workshops

Europa:
- www.cmfe.eu Community, Media Forum Europe
- http://europe.amarc.org, Weltverband Freier Radios – Europäische Sektion

Podcasts:
- www.freie-radios.net, Austauschplattform mit Sendungen und Beiträgen
- http://cba.fro.at, Austauschplattform Freier Radios in Österreich
- www.zip-fm.de, Nachrichtenmagazin Freier Radios
- http://dynamoeffect.org, Radiokampagne für eine klimagerechte Gesellschaft
- www.kopfstoss.fm, Überregionale Fußballredaktion
- www.interaudio.org, Interkultureller Hörfunk / Osteuropa-Archiv / Lehrmaterial

BEGRIFFE

Nichtkommerzieller Rundfunk
Medien, die weder privat-kommerziell noch öffentlich-rechtlich sind und auch als Bürger- und Alternativmedien bezeichnet werden.

Freies Radio
Form des nichtkommerziellen Rundfunks eines gemeinschaftlich betriebenen, meist alternativen, selbstorganisierten Radiosenders.

Offener Kanal
Nichtkommerzielle TV- oder Radiosender, bei der NutzerInnen freien Zugang zur technischen Infrastruktur haben und die vorrangig dem Erwerb von Medienkompetenz dienen.

Community Radio
Internationale Bezeichnung für nichtkommerziellen Gemeinschaftsfunk, der neben dem öffentlich-rechtlichen und dem privat-kommerziellen existiert, z. B. als Freies Radio, teils auch als Offener Kanal. Als nichtkommerzielle, unabhängige Medien handeln Community Radios im Sinne öffentlicher Interessen und sind dabei im Besitz bzw. unter Kontrolle derjenigen, an den sie sich wenden.

Digitalradio
Bezeichnet den terrestrischen Empfang von Hörfunk in digitaler Form. In Deutschland wurden die technischen Verfahren DAB und DAB+ eingeführt, die den analogen UKW ergänzen oder ersetzen sollen. Ein weiteres Verfahren zur Digitalisierung der Mittelwelle-, Lang- und Kurzwelle ist DRM. Der neueste Standard DRM+ soll auch die Digitalsierung von UKW ermöglichen, wird aber gerade erst getestet. Ein weiterer Standard ist DVB-T, der hauptsächlich in Ballungsräumen der Verbreitung von digitalem TV dient, aber ebenfalls Radio übertragen kann.

Sende- und Leitungskosten
Das sind für Radio- oder TV-Station die technischen Übertragungskosten vom Sender zur Antenne.

Funklizenz
Sendeerlaubnis, die der Sender von der Landesmedienanstalt erteilt bekommt.

Landesmedienanstalt
Medienaufsichtsbehörde, die Lizenzen vergibt, den privat-kommerziellen Rundfunk kontrolliert (z.B. Jugendschutz, Meinungsvielfalt) und Medienkompetenz fördert, indem sie z. B. die sogenannten Bürgermedien fördert und Offene Kanäle betreibt oder Freie Radios unterstützt. Derzeit gibt es in Deutschland 14 Landesmedienanstalten.

Podcast
Produzierte Radiosendungen, die im Internet veröffentlicht und heruntergeladen bzw. abonniert werden können.

Livestream
Meint hier die Übertragung von Radio ins Internet. Lokale Radios können damit auch weltweit gehört werden.

AUFRUF FÜR EIN LAIEN-VERTEIDIGERiNNEN-NETZWERK

Emanzipation befördern

Politische AktivistInnen vor Gericht sind eher selten ... viele landen da nicht, weil die Angst davor sie schon von einem widerständigen Leben abhält. Sich nie erwischen zu lassen und keine Spuren zu hinterlassen, hilft nur beschränkt, denn erstens reduziert es die mögliche Aktionswirkung und zweitens braucht der staatliche Verfolgungsapparat die konkreten Handlungen nicht, um Menschen zu schikanieren.

Von Jörg Bergstedt ● Viele AktivistInnen sehen sich mit frei erfundenen und/oder äußert platten Vorwürfen überzogen – von Widerstand gegen die Staatsgewalt über Beleidigung bis Hausfriedensbruch. Das lässt sich schnell ausdenken.

Dieser Aufruf soll die Selbstermächtigung stärken: Einmal der AkteurInnen selbst, aber dann auch als vernetzte Kooperation der gegenseitigen Hilfe. Ziel ist, Prozesse zur Einschüchterung politischer AktivistInnen offensiv zu gestalten und zu verhindern, dass wie am Fließband durchgeurteilt werden kann.

Vorrang Selbstermächtigung

Wichtiges Ziel ist, möglichst viele oder sogar alle Beteiligten zur Selbstverteidigung zu ermächtigen. Das schließt gegenseitige Hilfe nicht aus, sondern macht sie sogar einfacher, weil wer sich selbst verteidigen kann vor Polizei und Gericht, wird auch anderen leichter helfen können.

Grundlage ist daher die Vermittlung von Basiswissen zur Selbstverteidigung bei Polizei und Gericht. Es soll Ziel des LaienverteidigerInnen-Netzwerkes sein, Beratung (direkt oder in Form von Schriften, Internetseiten usw.) und Trainings anzubieten. Möglichst oft und viel.

Laien-VerteidigerInnen sind keine Ersatz-Anwälte, denen eingeschüchterte oder denkfaule Angeklagte die Arbeit rüberschieben können mit dem Vorteil, dass es nichts kostet. Die politischen AkteurInnen, also vor allem die angeklagte(n) Person(en), das unterstützende Publikum usw. sind die Quelle der inhaltlichen Vermittlung. EinE LaienverteidigerIn kann die Handlungsmöglichkeiten erweitern und selbst eigene Impulse einbringen, aber sollte niemals die angeklagte Person in den Hintergrund drängen, wie es beim AnwältIn-MandantIn-Verhältnis leider üblich ist und auch von Rechtshilfegruppen oft propagiert wird. Emanzipation bedeutet die Ermächtigung von Menschen zum selbständigen Handeln. Laien-Verteidigung soll Emanzipation befördern.

VerteidigerInnentätigkeit

Wer das Grundtraining zur Selbstverteidigung besucht und mindestens einen Gerichtsprozess miterlebt hat, ist eingeladen, das eigene Wissen weiterzuentwickeln und weiterzugeben – als Laien-VerteidigerIn. Dafür soll es spezielle Schulungen als Aufbaukurse auf das Grundtraining, zudem aber auch laufenden Austausch und gegenseitige Unterstützung für diese Tätigkeit geben. Es ist zu erwarten, dass Spezialisierungen in Einzelthemen entstehen, so dass der gegenseitige Kontakt bei konkreten Prozessen nützlich ist. Daher sollten sich die Laien-VerteidigerInnen untereinander erreichen können und wissen, wer sich wo auskennt. Eine Koordinierung ist auch nötig, wenn AktivistInnen die Unterstützung suchen.●

Einladung zum Start in den Osterferien

Ich schlage einen Start mit einem Dreierpack vor und lade dazu in die Projektwerkstatt nach Saasen sein (es ist aber auch möglich, nur einen oder zwei Teile zu besuchen):

6.–8. Mai (Beginn: Freitag, 20 Uhr): Grundtraining offensive Prozessführung.
Für alle, die sich selbst verteidigen wollen, und auch für die, die darauf aufbauend mehr mitmischen wollen. Für EinsteigerInnen geeignet.
(9. Mai: Gerichtsprozesse angucken in Gießen).
10.–12. Mai (Beginn: Dienstag, 20 Uhr): Vernetzungs- und Planungstreffen zum Aufbau eines LaienverteidigerInnennetzwerkes. Konzeption der Schulungen für LaienverteidigerInnen.
13.–15. Mai (Beginn: Freitag, 20 Uhr): Erste Schulung für LaienverteidigerInnen.
Voraussetzung: Grundtraining (also das vom 6.-8.5. oder irgendein anderes Prozesstraining), Besuch eines Gerichtsprozesses (am 9. möglich), Wissensstand die Broschüre »Gerichtsverfahren« bzw. Antirepressionsreader.
Ort: Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen (Infos, Anfahrtsbeschreibung usw.: www.projektwerkstatt.de/ saasen).

Aus schlechten Erfahrungen der letzten Jahre wünsche ich mir für das Vernetzungstreffen und die LaienverteidigerInnenschule Menschen, die sich auch vorstellen können, aktiv und organisiert mitzuwirken. Wer ein soziales Einzelereignis oder neue Lebensabschnittsgefährtinnen sucht, tue das bitte woanders!

Kontakt: Jörg Bergstedt, bis 22.3.2011 c/o JVA, Gutfleischstr. 6, 35390 Gießen.
Alle paar Tage lese ich: joerg@projektwerkstatt.de

HEIDELBERG:

Skandal um LKA-Spitzel

In unserer Ausgabe vom Januar 2011 berichteten wir über die Enttarnung eines verdeckt arbeitenden Ermittlers des Landeskriminalamtes (LKA) in Heidelberg.

Antifaschistische Initiative Heidelberg ● Der LKA-Mann Simon Bromma hatte sich unter dem Decknamen Simon Brenner etwa ein Jahr lang in verschiedenen linken Gruppierungen engagiert und zeigte Interesse für nahezu alle denkbaren Felder linker Politik. Nach seiner Enttarnung üben sich das Innenministerium, das LKA und die Polizeidirektion Heidelberg weiterhin im Vertuschen. Der Heidelberger Staatsschutz hatte selbst den Einsatz des verdeckten Ermittlers angeordnet.

In einer Antwort auf eine Anfrage der grünen Landtagsfraktion hat Innenminister Heribert Rech nur das zugegeben, was ohnehin bereits durch die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) öffentlich gemacht und belegt wurde. In Bezug auf alle weiteren Fragen hüllt sich das Innenministerium weiterhin in Schweigen. Offensichtlich wird jedoch, dass die Polizeidirektion Heidelberg sehr viel stärker in den Skandal verwickelt ist als bisher zugegeben.

Nach Angaben des Innenministeriums hat die Polizeidirektion Heidelberg selbst den Einsatz des verdeckten Ermittlers angeordnet, der über ein Jahr unter falschem Namen die gesamte linke Szene Heidelbergs bis hinein in intimste Lebensbereiche ausgespäht hat. Die floskelhafte Begründung, der Einsatz sei erfolgt zur »vorbeugender Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung« ist offensichtlich nur ein völlig lächerlicher Vorwand.

Es gibt und gab in Heidelberg keine Gruppen, die solche Straftaten durchgeführt oder geplant hätten. Zu erklären bleibt für Innenministerium, LKA und Polizeidirektion Heidelberg weiterhin, welche angeblich geplanten Straftaten die Bespitzelung eines ganzen politischen Milieus mit geheimdienstlichen Mitteln rechtfertigen sollen. Offen ist weiterhin, in wie vielen Fällen Simon Bromma sich selbst als Agent Provocateur an Straftaten beteiligt oder andere dazu animiert hat und mit welcher rechtlichen Legitimation er mit gefälschter Identität im Ausland (beispielsweise in Brüssel) aktiv war.

Der Einsatz des Polizeispitzels Bromma war für jede und jeden erkennbar rechtswidrig und macht alle rechtsstaatlichen Ansprüche zur Makulatur. Die Stellungnahme Heribert Rechs lässt erkennen, dass er dennoch weiterhin hinter diesem skandalösen Spitzeleinsatz steht.

Ein Innenminister, der die Polizei als selbstherrlich agierende Instanz zur Bespitzelung, Einschüchterung und Kriminalisierung missliebiger oppositioneller Gruppen akzeptiert, ist untragbar.

Wir fordern die Polizeidirektion Heidelberg, das LKA und das Innenministerium Baden-Württemberg auf, unverzüglich alle Hintergründe des Einsatzes offenzulegen und politische und personelle Konsequenzen zu ziehen.●

Quelle: Pressemitteilung vom 17.01.2011
Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)

Links:
http://linksunten.indymedia.org/de/node/31404
www.rdl.de/index.php?option=com_tag&task=tag&tag=simon-brenner-alias-bromma

Anzeige

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Badelatschen gegen Auslandseinsätze und Repression

Juli 2009. Während Kriegsminister Jung im Berliner Paul-Löbe-Haus die Ausstellung »Bundeswehr im Einsatz« eröffnet, regnet es Flugblätter, rosa Badelatschen und unter dem Dach erscheint ein Banner (»Wir geloben, zu rauben und zu morden«). Das Amtsgericht Tiergarten befand nun, dass es sich dabei um einen Verstoß gegen die Bundestagshausordnung gehandelt habe, und verhängte gegen eine Aktivistin eine Geldstrafe von 200 Euro. Weitere 300 Euro kamen hinzu, weil die Angeklagte für einen ungewöhnlichen Einstieg sorgte. Die in Tarnfarbenuniform erschienene Angeklagte übernahm das Kommando im Verhandlungssaal und ließ die ZuschauerInnen des Prozesses exerzieren. Mit den Kommandos »Aufstehen!«, »Hinsetzen!«, »Rechts rum!«, »Links rum!« wollte sie Ordnung in den Gerichtssaal bringen. Als sie das Publikum aufforderte, zu »zielen!«, wurde es diesem zu viel und die erschienene Öffentlichkeit beantwortete den militärischen Drill mit rosa Badelatschen, die in Richtung der Angeklagten flogen.
Mehr Infos (z.B. die ausführliche Prozesserklärung) unter www.bamm.de

Die letzten Nato-Gefangenen entlassen

Die letzten beiden Gefangenen, die beim NATO-Gipfel 2009 in Straßburg inhaftiert wurden, sind aus dem Gefängnis entlassen worden. Am 10.09.2010 kam Tom aus der Haft frei. Zehn Tage später, am 20.09.2010, folgte ihm dann auch Nikita. Die beiden Rostocker wurden der Brandstiftung an einer Zollstation in Strasbourg für schuldig befunden. Das *Tribunal de Grande Instance* verurteilte die beiden zu jeweils vier Jahren Haft, davon ein Jahr auf Bewährung. Der Grund für die vorzeitige Freilassung ist die in Frankreich angewandte Halbstrafenregelung. Die Soligruppe veröffentlichte die Freilassung erst im Dezember. Dafür sei ein »im Nachhinein übertrieben erscheinender Persönlichkeitsschutz« verantwortlich. Mehr Infos: http://breakout.blogsport.de/

Klage nach Wasserwerfereinsatz abgewiesen

2007, Rostock, G8-Gipfel. Ein Mann erblindet nach einem Wasserwerfereinsatz auf einem Auge. Er verklagt das Land Mecklenburg-Vorpommern auf 30.000 Euro Schmerzensgeld. Das Landgericht Rostock ging kreativ mit der Klage um: Anstatt zur Sache zu urteilen, verwies das Gericht auf den Umstand, dass die den Wasserwerfer bedienenden Polizisten aus Nordrhein-Westfalen kämen, und daher dieses Bundesland als Dienstherr zu beklagen sei. Der Anwalt des Klägers legte Rechtsmittel gegen das Urteil ein.

Inhaftierte nach den Chimki-Vorfällen vorläufig frei

Chimki ist eine Stadt in Russland, durch deren Wälder eine Autobahn nach Moskau gebaut werden soll. Im Wald gibt es ein Camp von ÖkoaktivistInnen, die gegen das Projekt protestieren. Nachdem dieses Camp von einem faschistischen Mob angegriffen wurde, eskalierte eine Soli-Demo am Rathaus der Stadt, weil sich sehr viele Menschen anschlossen, um ihren Ärger über die Regierung freien Lauf zu lassen. Machtlose Polizeieinheiten mussten tatenlos mitansehen, wie das unbesetzte, geschlossenen Gebäude mit Graffiti und Steinen angegriffen wurde. Am nächsten Tag wurde das gesamte Camp und polizeibekannte AktivistInnen aus Moskau verhaftet. Zwei AktivistInnen wurden mit konstruierten Anklagen die Verantwortung für die Demonstration zugeschoben. Ihnen drohen bis zu 7 Jahre Haft. Mittlerweile sind beide wieder frei, die Anklage besteht allerdings immer noch.

Gentechnik-Gefangener veröffentlicht Buch

Der zur Zeit im offenen Vollzug der JVA Gießen einsitzende Anti-Gentech-Aktivist Jörg Bergstedt lässt sich auch in der Haft nicht mundtot machen. Im Seitenhieb-Verlag erschien Ende Dezember sein Buch »Monsanto auf Deutsch«, in dem er die Verfilzungen und Seilschaften zwischen GMO-Forschung, den Geldgebern und den Kontrollstellen aufzeigt. Damit ist es nicht gelungen, diesen Kritiker der Gentechnik mundtot zu machen.

Razzia gegen linken Radio-Sender rechtswidrig

Am 25. November 2003 verschafften sich zwei Hundertschaften Polizei, Staatsanwaltschaft und Staatsschutz Zutritt zu den Räumen des lokalen Radiosenders Freies Sender Kombinat (FSK). Anlass für die Durchsuchung war ein Telefon-Interview, das ein FSK-Redakteur ein paar Wochen zuvor mit einem Polizeipressesprecher geführt und ohne dessen ausdrückliches Einverständnis aufgezeichnet und gesendet hatte. Dienen sollte der überfallartige Besuch der Einsatzkräfte angeblich allein der Beweissicherung: Man suchte den Tonträger, auf dem das Interview aufgezeichnet worden war. Der FSK reichte beim Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde ein. Das Gericht entschied 7 Jahre später, dass die Durchsuchung der Räume des Radiosenders und die Sicherstellung von Redaktionsunterlagen einen Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit darstellten und verfassungswidrig waren (Aktenzeichen 1BvR 1739/04 und 1BvR 2020/04).

150 Tagessätze nach DGB-Demo

Am 1. Mai 2010 hatten in Karlsruhe im Anschluss an eine DGB-Demonstration etwa 700 Menschen unter dem Motto: »Kämpfen in der Krise – Kapitalismus überwinden« gegen die Ursachen und Folgen der kapitalistischen Krise mit ihren weltweiten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen demonstriert. Die Demonstration wurde von Beginn an ohne jeglichen Anlass in ein enges Polizeispalier genommen und laufend alle Teilnehmenden abgefilmt. Daher hielten die VersammlungsteilnehmerInnen an, um mit der Polizei über die ungehinderte Ausübung ihres Rechts auf Versammlungsfreiheit zu verhandeln. Ein Teilnehmer wurde vom Amtsgericht Karlsruhe zu 150 Tagessätzen wegen angeblicher Nötigung verurteilt, weil er die anderen TeilnehmerInnen aufgefordert haben soll, stehen zu bleiben, bis die Polizeimaßnahme beendet sei. Wegen des weiteren Vorwurfs der Beleidigung wurde er freigesprochen. Der Angeklagte hat bereits angekündigt, dass er Rechtsmittel einlegen wird.

DK: Verhaftung bei Klimaprotest rechtswidrig

Am 16. Dezember 2010 verkündete das Amtsgericht Kopenhagen das Urteil im Prozess gegen die Maßnahmen der Polizei während der Demo am 12. Dezember 2009. Die präventiven Gewahrsamnahmen der rund 900 Menschen auf der Amagerbrogade, während der Klimademonstration seien widerrechtlich und verstießen gegen die Menschenrechte. Deswegen müsse nun eine Entschädigung von 5.000 bis 9.000 Dkr (entspricht ca. 671-1204 Euro) Schmerzensgeld an die Betroffenen gezahlt werden. Mit 100.000 TeilnehmerInnen war die Demonstration die größte Protestversammlung, die während des Klimagipfels stattfand. Die Polizei verkündete in der Presse, dass sie das Urteil anfechten werde. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft bekannt gegeben, dass sie auch gegen das Urteil im Verfahren gegen die SprecherInnen von *Climate Justice Action* Widerspruch einlegen werde. Diese waren am 25. November wegen »Aufruf zu Gewalt gegen Einsatzbeamte« zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden und der Staatsanwaltschaft passt die Bewährung nicht.●

Hauke Thoreo

ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Betriebsfortführungen in Belegschaftshand

Wenn Belegschaften die Fortführung ihres Unternehmens in Selbstverwaltung anstreben, etwa bei drohender Insolvenz, oder wenn ein Verkauf oder eine Nachfolgeregelung ansteht, müssen Verhandlungen geführt und die wirtschaftlichen und juristischen Fragen gelöst werden. Dabei kommen häufig auch die Gewerkschaften ins Spiel: Betriebsräte sind am Prozess beteiligt, die Einzelgewerkschaft oder Vertreter des DGB werden beratend tätig. Auch wenn es historisch immer das erklärte Ziel der Gewerkschaftsbewegung war, für die Interessen der Lohnabhängigen zu kämpfen, haben wir es in Fällen von Fortführungen von Unternehmen in Belegschaftshand mit Situationen zu tun, in denen Gewerkschaftspolitik und Interessen der MitarbeiterInnen eines Unternehmens (zunächst) nicht ohne weiteres miteinander in Einklang stehen müssen.

Von Hartwig Daniels, Mainz ● Vor dem Hintergrund des Machtmissbrauchs besonders durch die großen Konzerne in der NS-Zeit wurden vom Gründungskongress des DGB 1949 wirtschaftspolitische Grundsätze festgelegt:

1. Volkswirtschaftliche Rahmenplanung,
2. Sozialisierung von Schlüsselindustrien und
3. Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten eines Unternehmens.

Im Verlauf der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit verloren diese Ziele an Zustimmung und dem Kapital gelang es, alte Machtpositionen im Wesentlichen zu restaurieren. Es ist daher lediglich die erweiterte Mitbestimmung als ein stabilisierendes Instrument in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit geblieben, eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft oder die Sozialisierung von Unternehmen spielen bis heute keine Rolle mehr. Und das unzureichende Instrument der Mitbestimmung, das ohnehin nur für einen Teil der Unternehmen vorgeschrieben ist, wird heute mehr denn je massiv politisch infrage gestellt.

Rollenkonflikte und Selbstverständnis der Gewerkschaften

In ihrer Rolle als Verhandlungspartner des Kapitals, als Tarifpartner, sind die Gewerkschaften systemisch an das Kapital gebunden, sie sind Bestandteil des kapitalistischen Herrschaftssystems. Diese Bindung wird spätestens dann zum Problem, wenn eine Belegschaftsinitiative tatsächlich ihren Betrieb übernehmen will und die Chance dazu hat. Die Kapitalseite würde quasi entfallen. Mit der Unterstützung von Belegschaftsübernahmen könnten sich der Betriebsrat und die Gewerkschaften vermeintlich überflüssig machen.

Gesellschaftliche Interessen treten trotz gesellschaftspolitischen Mandats zurück, wenn es um Arbeitsplätze geht. Der Vorsitzende der IG BCE in Hessen, Volker Weber, begrüßte kürzlich nachdrücklich den Ausbau des Kohlegroßkraftwerks Staudinger, begründete dies mit einer »vernünftigen Industriepolitik«, der »Sicherung des Standorts Hessen« und führte zur weiteren Begründung alle vom Betreiber über Jahre wiederholten Argumente zugunsten dieser rückwärtsgewandten Großtechnologie an. Die »vernünftige Industriepolitik« sichert oder schafft aber nicht nur Arbeitsplätze, sie ist vor allem die Politik der Konzerne und diese passt schlecht zum Gedanken der Übernahme von Unternehmen durch ihre Belegschaften. IG BCE und E.ON sitzen hier in einem Boot – zumindest auf der Chefetage. Flächentarife (Branchentarifverträge) haben Auswirkungen auf Unternehmen, die nur z.T. im Besitz der MitarbeiterInnen sind. Die Spielräume bei Lohnspreizung, Arbeitszeitgestaltung und anderen Fragen der Arbeitsorganisation und betriebswirtschaftlicher Entscheidungen können massiv zu den Vereinbarungen der Branchentarifverträge in Konflikt geraten. Der Bedeutungsverlust von Flächentarifen oder ihre Durchlöcherung durch Öffnungsklauseln, stellt jedoch die Macht von Gewerkschaften in Tarifauseinandersetzungen und die Verhandlungsmacht von einzelnen Arbeitnehmern am Arbeitsplatz infrage.

Auch Mehrarbeit, unbezahlte Überstunden, Verzicht auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, die Bereitschaft untertarifliche Bezahlung (wenn auch nur befristet) zu akzeptieren, um zur Sanierung eines übernommenen Betriebs beizutragen, werden von Gewerkschaftsseite daher in der Regel nicht unterstützt, auch wenn der Betriebsrat diesen innerbetrieblichen, demokratisch zustande gekommenen Vereinbarungen zugestimmt hat (Beispiel Meissner AG).

Die individuelle Ebene muss letztlich auch bedacht werden. Die Gewerkschaften bieten vielen Menschen als MitarbeiterInnen in ihren Organisationen ein Auskommen. Hauptamtliche Betriebsräte, gewerkschaftliche VertreterInnen in der Sozial- und Arbeitsverwaltung, die 1.700 (geschätzt 2006) z.T. hochrangigen GewerkschaftsvertreterInnen in den Aufsichtsräten mitbestimmungspflichtiger Unternehmen, sie alle haben ein Interesse an ihrer wirtschaftlichen Existenzsicherung. Die Verteilung und Verflechtung von Macht, Prestige und Privilegien in der Zusammenarbeit von ArbeitnehmervertreterInnen und Kapitalseite haben zu etlichen, z.T. spektakulären Skandalen, an denen Spitzengewerkschafter beteiligt waren (VW, Mannesmann/Vodafone), geführt; eine Förderung von Betriebsübernahmen durch diesen Personenkreis ist nicht zu erwarten. Auch GewerkschafterInnen oder BetriebsrätInnen sind käuflich. Transnet-Chef Hansen wurde Mehdorns Arbeitsdirektor bei der Deutschen Bahn, sicherlich kein Einzelfall. Dennoch: Es gibt nicht »die Gewerkschaften«, es gibt Einzelgewerkschaften, verschiedene Ebenen, Regionalverbände und Abteilungen nach Arbeitsschwerpunkten, und es gibt sehr verschiedene Menschen, die sich mit unterschiedlichen Ideen, Zielen und Motiven innerhalb der Gewerkschaftsbewegung engagieren.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Praxis

Entsprechend sieht die Praxis auch differenzierter aus. Die Technologieberatungsstellen beim DGB (TBS) begleiten tiefgreifende Umstrukturierungen in Betrieben, so auch bei Fällen drohender Insolvenz oder in anderen wirtschaftlichen Entwicklungen oder Krisen, die Arbeitnehmeransprüche gefährden (Stichworte: tarifgerechte Beschäftigungssicherung und Mitbestimmung). In diesem Zusammenhang kommt es auch dazu, dass Belegschaftsinitiativen bei der geplanten Fortführung ihres Unternehmens beraten werden – so geschehen z.B. bei Karstadt in Kaiserslautern 2009/2010. Da sich bei den TBSen ein beträchtliches Erfahrungswissen ansammelt, könnte dort auch prinzipiell der Beratungsschwerpunkt »Belegschaftsfortführungen« ausgebaut werden. Es gibt weitere gewerkschaftsnahe Beratungseinrichtungen, wie die EWR, die ebenfalls in Krisenbetrieben tätig sind, Belegschaftsinitiativen beraten, und die auch Belegschaftsübernahmen vorbereiten helfen. In allen Fällen geht jedoch die Initiative von den Belegschaften bzw. ihren Vertretern aus. Und bei diesen überwiegt Skepsis oder Angst vor dem radikalen Schritt, die von Gewerkschaftsseite, wie den Betriebsräten häufig geteilt wird. Die Beratungstätigkeit der Gewerkschaften richtet sich jedoch vorrangig auf die Suche nach Investoren. Die Belegschaft soll ggf. zum Verzicht auf betriebliche Leistungen oder zu Lohnzugeständnissen bewegt werden und Risiken oder Verschlechterungen im Zusammenhang mit dem Eigentümerwechsel zustimmen. Zunehmend wird auch die Idee der Beteiligung der MitarbeiterInnen am Kapital der Firma ins Spiel gebracht, wobei wieder dem Gedanken der »gebündelten Interessenvertretung« gefolgt wird, nicht dem Leitbild einer demokratischen Mitentscheidung durch die Betriebsangehörigen, wie es das Ziel der Selbstverwaltung des Betriebs ist. Hier spielt es sicherlich auch eine Rolle, dass die Möglichkeiten, Bedingungen und die rechtliche Ausgestaltung der Betriebsfortführung durch die MitarbeiterInnen den Beteiligten zu wenig bekannt sind.

Alte Aufgaben bleiben bestehen, neue kommen hinzu

Betrachtet man die Rolle der Gewerkschaften, etwa in Lateinamerika, oder in Italien und den USA (s. CONTRASTE vom Dez. 2010), so zeigt sich, dass sich diese dort in die Entwicklung der Solidarischen Ökonomie z.T. stark eingebracht haben und auch Belegschaftsübernahmen unterstützen, vorbereiten und begleiten. Zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, mit Regierungsstellen, Verbänden oder Universitäten beraten und schulen sie auch bei Neugründungen von selbstverwalteten Projekten. Immer geht es darum, die Beteiligten zu qualifizieren, ihnen mögliche Formen der Organisation zu vermitteln, mit ihnen Probleme des Übergangs zu bewältigen, aber gleichzeitig auch darum, sie zu ermutigen und zu motivieren. Und sie haben auch in selbstverwalteten Betrieben später weiterhin Aufgaben. Gewerkschaften, insbesondere Betriebsräte, bringen Erfahrungswissen aus dem Unternehmensalltag, der Betriebsorganisation, der Bearbeitung von Konflikten und auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse aus speziellen Wirtschaftsbereichen und Branchen, sowie Kenntnisse des Marktes mit. Dies gilt auch für die Einbindung von Projekten in lokale Zusammenhänge. Sie können daher für den Übergang in die Selbstverwaltung (wie auch im Falle von Neugründungen) aus überbetrieblicher wie betrieblicher Sicht wichtige Unterstützung leisten.

Die traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften bestehen auf innerbetrieblicher wie gesellschaftspolitischer Ebene fort: In solchen selbstverwalteten Betrieben, die nicht – wie etwa Genossenschaften – zu 100% Belegschaftseigentum sind, muss es ohnehin weiterhin eine MitarbeiterInnenvertretung geben. Und Tarifpolitik wird es geben, solange es abhängige Beschäftigung gibt. Auch die Interessenvertretung auf der politischen Ebene wird in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft langfristig notwendig bleiben. Dabei ist es vorstellbar, dass die Gewerkschaftsbewegung im Rahmen einer weiteren Demokratisierung von Wirtschaft neue organisatorische Strukturen und Verfahren der Entscheidungsbildung mit entwickelt und trägt.

Aber auch in gänzlich selbstorganisierten Betrieben wird es weiterhin Aufgabenstellungen für MitarbeiterInnenvertretungen und ihre Organisationen geben. Die demokratische Organisation der Entscheidungen ist, z.B. im Rahmen der Selbstverwaltung ab einer gewissen (nicht eindeutig bestimmbaren) Betriebsgröße, nicht mehr in Form von Betriebsversammlungen zu leisten. Bei repräsentativen Entscheidungsstrukturen kann ein Betriebsrat sich um die Sicherung von Minderheiteninteressen oder die Verhinderung von Machtmissbrauch kümmern. In jedem Betrieb kann es zum Widerstreit von betriebswirtschaftlichen und strategischen Erwägungen der Unternehmenspolitik und sozialen, arbeitsplatzbezogenen MitarbeiterInneninteressen kommen. Ebenso kann es zu Differenzen bei Sachfragen aufgrund unterschiedlicher Informationsstände oder fachlicher Voraussetzungen zwischen einzelnen Gruppen im Betrieb kommen. An diesen Spannungen sind bereits selbstverwaltete Unternehmen gescheitert und haben sich in konventionelle Rechtsformen umgewandelt (etwa die Lehrerkooperative Frankfurt mit 330 MitarbeiterInnen). Eine Mediationsinstanz zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung, bzw. zwischen Belegschaftsgruppen, kann daher nützlich sein, auch wenn alle Beteiligten Miteigentümer sind.

Die aktive Pflege einer »Kultur der Selbstverwaltung«, die Integration neuer Betriebsangehöriger und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen sind Aspekte, die über Erfolg oder Untergang entscheiden können. Ein Beispiel: Bei der zu 65 % in MitarbeiterInnenbesitz befindlichen Meissner AG in Hessen hat der Betriebsrat u.a. die Aufgabe, MitarbeiterInnen, die neu eingestellt werden, mit der betrieblichen Kultur der Selbstverwaltung vertraut zu machen und sie zu ermutigen, Miteigentümer des Unternehmens zu werden. Dort hat man erkannt, dass der Fortbestand der Firma als selbstverwaltetes Projekt auf diese Weise kontinuierlich abgesichert werden muss.

Fazit

Als Vertreter der Interessen abhängig Beschäftigter könnten die Gewerkschaften im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen daran mitarbeiten, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zur Demokratisierung und Vergesellschaftung von Unternehmen durch die Belegschaften zu verbessern. In der Zukunft würde Ihnen auch weiterhin die wichtige Aufgabe zufallen, die volkswirtschaftlichen Strukturen und Abstimmungsprozesse mit zu organisieren und weiter zu entwickeln. Gleichzeitig bleibt ihre Bedeutung in den Unternehmen erhalten, wenn auch mit zusätzlichen Aufgaben und einem geänderten Rollenverständnis.●

Wirtschaftsdemokratie

Es gibt nun in der Gewerkschaftsbewegung eine erneute Diskussion zum Thema Wirtschaftsdemokratie, die über das von der Mitbestimmungsdebatte geprägte Verständnis hinausgeht. Die traditionelle Gewerkschaftspolitik richtete sich an der repräsentativen Vertretung gebündelter Interessen aus. Zentrales Ziel war und ist dabei die Sicherung von Arbeitsplätzen, gesellschaftliche und ökologische Interessen bleiben nachgeordnet. Nun geht es jedoch um Mitbestimmungsrechte der Betroffenen am Arbeitsplatz, also eine basisdemokratisch ausgerichtete materielle Mit*entscheidung* über die Unternehmenspolitik. Dies betrifft nicht nur innerbetriebliche Entscheidungen, sondern auch den Bezug des Unternehmens zum kommunal- und regionalpolitischen Umfeld bis hin zu den Konsumenten.

Als dritter, neuer Aspekt dieser Diskussion um eine »neue Wirtschaftsdemokratie« werden externe Folgen der Wirtschaftstätigkeit eines Unternehmens auf Umwelt- und andere öffentliche Interessen einbezogen. Damit nähert sich die Diskussion Grundsätzen der Solidarischen Ökonomie an. Demokratisierung der Wirtschaft ist für sie mehr als ein Umbau von innerbetrieblichen Macht- und Entscheidungsstrukturen im Sinne von Mitbestimmungsmodellen und die Berücksichtigung einzelner betriebsexterner Interessen. Allerdings wird der Ausbau der Mitbestimmung auch als einer der wichtigsten Zwischenschritte zur Vergesellschaftung und demokratischen Selbstverwaltung der Unternehmen durch die Betriebsangehörigen gesehen. Eine möglichst direkte Beteiligung kann dabei nicht nur Machtverhältnisse aufweichen, sondern auch einen Erfahrungsraum zur Eigeninitiative und Selbstorganisation bieten und zum Handeln ermutigen (»Wenn wir dazu in der Lage sind, diese Dinge zu entscheiden, warum schmeißen wir den Laden nicht gleich selbst«). Entscheidend ist der emanzipatorische Anspruch. Doch zurück zur Frage nach den Positionen der Gewerkschaftsverbände.

FUNDUS EG, KÖLN

Geschäftsfelder nach Engagement und Fähigkeiten erschließen

Genossenschaft macht gesellschaftliche Teilhabe möglich

Zu Beginn der Idee zur Fundus – Genossenschaft im Stadtbezirk Chorweiler eG in Köln besuchten rund 42 Personen Anfang 2008 eine Ideenwerkstatt im Bürgerzentrum Chorweiler. Daraus ergab sich eine Projektgruppe mit 18 Personen mit dem Ziel Bedarfe zu erarbeiten und Geschäftsfelder zu entwickeln – das Ergebnis war das Geschäftskonzept. Am 24. Juni 2008 wurde schließlich die Fundus eG gegründet. Am 29.09.09 feierte die Genossenschaft die Eröffnung ihrer Geschäftsräume.

Katja Neumann, Red. Genossenschaften ● Ziel der Fundus eG ist es, einen sozialen Betrieb für den Stadtbezirk Chorweiler aufzubauen, in dem Waren aus dem Gebrauchtwarenbereich angeboten werden und gleichzeitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Fundus eG in verschiedenen Bereichen zu qualifizieren. Geplant und umgesetzt werden zudem verschiedene Dienstleistungen wie z.B. Beratung bei technischen Geräten oder Administratorservice. Zukünftig soll auch ein Service für Haushaltsauflösungen angeboten werden.

Ladenlokal als Mittelpunkt

Ende Juni 2009 erhielt Fundus eG die Zusage für Räume in der Zörgiebelstraße 12 in Köln-Seeberg. Die Anmietung erfolgte zum 01.08.2009. Die Räume waren in einem desolaten Zustand und wurden mit Hilfe von Zug um Zug e.V., der Aachener Siedlungsgesellschaft und ehrenamtlicher Mitarbeit von Genossenschaftsmitgliedern von Grund auf renoviert: Wände wurden gestrichen, Löcher verputzt, Heizungsanlagen in Stand gesetzt und zusätzlich eine kleine Terrasse mit Garten angelegt. Eine Dekorateurin aus dem Stadtbezirk gestaltet gemeinsam mit den Angestellten die Verkaufsfläche. Im März 2009 begann ein ehrenamtlicher Mitarbeiter mit technischen Dienstleistungen und hat sich bis dato einen kleinen Kundenstamm aufbauen können, der jedoch noch nicht für eine nachhaltige Finanzierung der Personalkosten ausreicht. Zum 15.09.09 wurden zwei Frauen aus dem Stadtbezirk, die aktiv an der Gründung beteiligt waren, in Vollzeit nach 16e eingestellt. Eine weitere Frau arbeitet Teilzeit auf 400 EUR-Basis. Sie war bereits in der Gründungsphase aktiv und ist bis zu diesem Zeitpunkt Empfängerin nach SGBII gewesen. Das Team wurde zudem sechs Monate von einer Praktikantin unterstützt.

Qualifizierung und Teilhabe

Mit der Unternehmensgründung und den daraus entstehenden Arbeitschancen ermöglicht Fundus eG Menschen aus dem Stadtbezirk Qualifizierung und gesellschaftliche Teilhabe durch längerfristige Beschäftigung. Derzeit wird mit Lohnkostenzuschüssen der ARGE und der Arbeitsagentur gearbeitet. Aufgrund des hohen Anteils an einkommensschwachen Bewohnern im Stadtteil erweist es sich auch in Zukunft für die Genossenschaft als schwierig, ohne Personalkostenzuschüsse auszukommen, wenn weiterhin gute Kleidung zu kleinen Preisen angeboten werden soll. Bisher befindet sich die Genossenschaft noch im Aus- und Aufbau verschiedener Geschäftsfelder und Projekte, wie z.B. »Bewohnerinnen als Expertinnen ihre Stadtteils« bei dem Frauen aus dem Stadtbezirk zu Stadtteilführerinnen ausgebildet wurden oder die Übernahme von haushaltsnahen Dienstleistungen für eine Wohnungsbaugesellschaft.

Experimente mit Geschäftsfeldern

Seit Mai 2010 bietet Fundus eG mit dem Bistro eine Einsatzstelle für einen gelernten Koch. Es gibt einen Mittagstisch, Kaffee und Kuchen – alles frisch. Zusätzlich übernimmt Fundus eG Cateringaufträge, wie z.B. ein Fingerfood Catering für 50 Personen bei einer Hochzeit oder Kartoffelsuppe für die Blumenbergkonferenz. Entsprechend konnte im September eine weitere Frau aus dem Stadtteil in einer geförderten Beschäftigung übernommen werden. Sie unterstützt sowohl im Bistro als auch im Verkauf.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können regelmäßig an verschiedenen Schulungsmaßnahmen teilnehmen (z.B. Hygieneunterweisung des Gesundheitsamtes, Buchhaltung, Seminar zum Thema »Interkulturelle Kompetenz«, Praktikum in einem Secondhand-Kaufhaus, wöchentliche Schulung im Bereich Dekoration und Preise).

Einfach und doch freundlich eingerichtet ist der Laden für Gebrauchtwaren der Fundus eG

Eingangsbereich des Fundus-Ladens Köln-Seeberg

Integration durch Gruppenerlebnisse

Gewählt wurde von den Initiatoren der Fundus eG die Rechtsform der Genossenschaft. Im Vordergrund steht dabei, wirtschaftlich zu arbeiten und Umsätze zu erzielen. Wichtig ist auch die Haftungsbegrenzung auf die Einlage. Für die Genossenschaft an sich sprach und spricht weiterhin, dass es sich dabei um ein demokratisches Modell handelt. Gleichzeitig sind aber stabile Leitungsfunktionen erforderlich. Diese wurden mittlerweile gefunden...

Um die Genossenschaft mit Leben zu füllen, ist es wichtig, ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und durch verschiedene Aktivitäten die Zusammenarbeit zu stärken. Auch hierfür gibt es eine Reihe von Aktivitäten, die teilweise auch Marketingcharakter aufweisen:

- Ausflüge zur Teambildung im Jahr 2009.
- Von April bis Mai 2010 führten alle Mitarbeiterinnen ein Praktikum in einem anderen Secondhandladen durch um Arbeitsabläufe, -struktur und -organisation kennenzulernen.
- Am 04. Mai 2010 feierte Fundus eG die Bistroeröffnung. Seitdem gibt es einen täglichen Mittagstisch.
- Am 29. September 2010 feierte Fundus eG das einjährige Bestehen des Ladenlokals.
- Beim Kunstmarkt am 7. November 2010 versorgte Fundus eG die Besucher mit Kaffee, Kuchen und kleinen Speisen.
- Am 7.12.2010 feierte Fundus eG den 2. Weihnachtsbasar.

Anstehende Aufgaben

Für die Zukunft will Fundus seine Kooperationsbeziehungen ausbauen. Dazu gehört auch, dass die Genossenschaft seit Ende 2010 Mitglied im Diakonischen Werk ist. Im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen die kontinuierlichen Bemühungen um den Erhalt von Neuwaren, sowohl bei Kleidung als auch im Bereich Haushaltswaren. Zudem ist ein Auto beantragt. Sollte dies genehmigt werden, kann die Angebotspalette um Entrümpelungen und einen Transportservice erweitert werden.●

Kontakt: Fundus – Genossenschaft im Stadtbezirk Chorweiler eG, Zörgiebelstr. 12, 50769 Köln,
Tel: (02 21) 16 90 09 01, info@fundus-koeln.org, www.fundus-koeln.org.

AUSTAUSCHTREFFEN

Gemeinsam mehr erreichen / Sozialgenossenschaften diskutierten ihre Konzepte in Freiburg

Vom 14. bis 16. Dezember 2010 fand in Freiburg erstmals ein Austauschtreffen von Sozial- und Selbsthilfegenossenschaften statt. Die teilnehmenden Genossenschaften stellten ein ausgezeichnetes Prisma des breiten Spektrums der Genossenschaften dar, die in diesem Bereich aktiv sind. Schwerpunkte lagen in den Bereichen Arbeitsplätze schaffen und Serviceleistungen für Senioren.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Für Deutschland können die heutigen Sozialgenossenschaften im Bereich der Schaffung neuer Arbeitsplätze und im Bereich der Serviceleistungen für Senioren als Pioniere und Vorreiter neuer genossenschaftlicher Ansätze gesehen werden. Während es in Italien mehrere Tausend solcher Genossenschaften gibt, liegt ihre Zahl in Deutschland unter fünfzig. Auch wenn sie bisher in der Bunderepublik noch ein Schattendasein führen, geben sie bereits heute wichtige Impulse dafür, wie Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, verstärktes bürgerschaftliches Engagement und Unterstützungsleistungen für Senioren auf den Weg gebracht werden können. Eingeladen hatte die SAGES eG Serviceagentur für Senioren und Familien (www.sages-eg.de) mit Sitz in Freiburg und die innova eG, Entwicklungspartnerschaft für Sozialgenossenschaften (www.innova-eg.de). Ziel des Treffen war es, die sehr unterschiedlichen Erfahrungen bei der Gewinnung von Eigenkapital und Finanzierungsmitteln, der Mitglieder- und Kundengewinnung und der innerbetrieblichen Organisation vom ehrenamtlichen Engagement bis hin zur Arbeitsdisziplin zusammenzutragen und für- und miteinander gute Lösungen zu entwickeln. Dies soll dazu beitragen, aus diesen Genossenschaftsansätzen, die oft in schwierigen Geschäftsfeldern tätig sind, stabile Unternehmen zu entwickeln.

Vielfältige Beispiele

Teilnehmende Genossenschaften waren u.a. Stadtteilgenossenschaft Gaarden. Sie betreibt ein Mehrgenerationenhaus in Kiel. Die Genossenschaft Haus & Garten eG ist anerkannter Integrationsbetrieb mit Sitz in Kirchzarten und vor allem für Gartenarbeiten und Baumfällaktionen ein guter Ansprechpartner. Die ARBEITZUERST eG aus Stuttgart versucht sich in dem schwierigen Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, indem die Arbeitslosen ihr eigenes Zeitarbeitsunternehmen aufbauen. Beim GenerationenCenter eG, Dortmund, geht es um einen Zusammenschluss von vielen kleinen Unternehmen, die ihre Leistungen auf die Zielgruppe Senioren konzentrieren. Die GEOS eG (Genos Elberfeld-Osterbaum) bietet in ihrem Stadtteil einfache Handwerks- und Dienstleistungen an, die von der Handwerkerrolle ausgenommen sind. Die Fundus Genossenschaft im Stadtbezirk Chorweiler eG, Köln, betreibt einen Gebrauchtwarenladen und die Weitblick eG ist ein Gründungszentrum für Frauen, das für diese verschiedene Serviceleistungen einschließlich Kinderbetreuung zur Verfügung stellt. Bei der SAGES eG, Serviceagentur für Senioren und Familien, stehen vor allem einfache Dienstleistungen im Vordergrund, durch die Senioren länger in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Abgestimmtes Handeln

Am Schluss der Veranstaltung wurde beschlossen:

- Vernetzen aller Teilnehmenden über die Mailingliste der innova eG.
- Eine Software finden oder entwickeln lassen, die Sozialgenossenschaften beim Fakturieren, bei der Lohnabrechnung, der Finanzbuchhaltung und bei der Kostenstellenrechnung hilft.
- Erstellen einer Kompetenzdatenbank zu den Kompetenzen der Teilnehmer.
- Nachfolgetreffen im Herbst 2011 zwecks Austausch und Vertiefung des Themas Community Organising.
- Lobbyarbeit: Erstellen eines Gleichstellungskatalogs für Sozialgenossenschaften im Hinblick auf bestehende Benachteiligungen.
- Mitgliedschaft beim Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, aufgrund dessen positiver Unterstützungsleistungen für Sozialgenossenschaften (www.zdk-hamburg.de).
- Mitgliedschaft beim Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., da wichtigste Lobbyarbeit für Genossenschaftsgedanken und Sozialgenossenschaften (www.genossenschaftsgedanke.de).
- Versuch Antragsstellungen im Rahmen von BIWAK abzusprechen zwecks Weiterentwicklung der Projekte mit Hilfe des Programms Soziale Stadt.

Für die teilnehmenden Genossenschaften war die Veranstaltung aufgrund einer Förderung des Zukunftsfonds Generali nicht mit Kosten verbunden. Als Ergebnis wird den Genossenschaften nicht nur eine ausführliche Dokumentation zur Verfügung gestellt. Vorgesehen ist eine ausführliche Broschüre mit Best-Practice-Beispielen, aus dem bestehende und zukünftige Genossenschaften zahlreiche Hilfen zur Verbesserung ihrer genossenschaftlichen Ansätze entnehmen können.●

Weitere Informationen über: innova eG, www.innova-eg.de, info@innova-eg.de.

Körper und Kapital

Seit dem Erscheinen des Buches »Empire« von Antonio Negri und Michael Hardt (2000, deutsch 2002) wird von einer »Renaissance des Operaismus« gesprochen. Diese aus den Kämpfen gegen die fordistische Fabrik im Italien der 1960er und 1970er Jahre herrührende Theorie hat sich bis heute weiterentwickelt und ausdifferenziert. Ihr Ausgangspunkt war der »Kampf gegen die Arbeit«, der sich später in den Kampf gegen die »Fabrikgesellschaft« ausweitete. Hier, und in der Figur der gesellschaftlichen ArbeiterIn der 1970er war schon angelegt, die Sphären jenseits der Fabrik zu untersuchen, auch dahin, inwieweit sie zur Kapitalakkumulation einerseits, wie auch für das Leben der Arbeitenden notwendig sind.

Robert Foltin beschreitet den schmalen Grat zwischen der Schaffung und Vermittlung neuen Wissens und der Popularisierung bereits Vorhandenem erfolgreich. Er mixt den post- und neo-operaistischen Ansatz von Negri/Hardt, Paolo Virno und anderen mit queeren und feministischen Sichtweisen. Parallel schließt er zusätzlich seine theoretischen Analysen mit den realen Kämpfen sozialer Bewegungen und einer Untersuchung der Transformation des Kapitalismus hin zum autoritären Neoliberalismus kurz. Der Schwerpunkt liegt gleichwohl auf Ideen und Konzepten, von denen Foltin eine Menge vorstellt und diskutiert, Kämpfe und Konflikte werden eher zur Illustration herangezogen. Sein Hauptaugenmerk gilt den »inneren« Verhältnissen in den Gesellschaften des globalen Nordens und den in ihnen lebenden Menschen, und weniger dem globalisierten Kapitalismus.

In der jetzigen Phase des biopolitischen Kapitalismus ist jedes dissidente Handeln gleichzeitig in Gefahr, als Trüffelschwein für neue Verwertungsinteressen des Kapitals zu dienen. Zum Beispiel wurden die Kämpfe um mehr Lohn und mehr Selbstbestimmung in neue Konzepte von Gruppenarbeit in der Fabrik oder prekarisierte Formen von Selbständigkeit transformiert. Foltin liest diese historischen Kämpfe nicht als Niederlagen oder Verfallsgeschichte. Er plädiert dafür, den Neoliberalismus auch als Reaktion auf Kämpfe von unten zu verstehen. Die Produktion und das Verständnis davon haben sich ebenso gewandelt, wie das von Subjektivität. Stichworte sind hier u.a. die steigende Bedeutung von immaterieller und affektiver Arbeit, eine Ökonomie, in der mittlerweile das aus Kooperation entstehende Wissen eine, wenn nicht die wichtigste Produktivkraft ist oder die Ökonomisierung der Kultur.

Wenn die sozialen Bewegungen den Kapitalismus hin zu mehr Kultur und Differenz verändert haben, dann geht es darum schneller zu sein, als die dem Kapital eingeschriebene Tendenz alle Bereiche des Lebens zur Ware zu machen. Eine an Praxis interessierte Gesellschaftskritik auf der Höhe der Zeit kommt deswegen an den von Foltin diskutierten Kritiken und Analysen nicht mehr vorbei, wenn sie mehr sein will, als die sozialdemokratisch-autoritäre Begleitung des Post-Neoliberalismus.

Foltins Buch ist eine kompakte, preiswerte und gut lesbare Einführung in diesen Theoriestrang und entwickelt ihn weiter. Heute müsse es, so seine Schlussthese, »wie 1968 um biopolitische Kämpfe gehen, um sexuell-kulturelle Revolten, die die sozialen Bedingungen des Alltags verändern«, denn »das kapitalistische System ist von der lebendigen Arbeit der Multitude abhängig«. Umgekehrt aber »braucht die Multitude das Kapital nicht«.●

Bernd Hüttner

Robert Foltin: Die Körper der Multitude. Von der sexuellen Revolution zum queer-feministischen Aufstand, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2010, 192 S., 12,80 EUR

Frauen auf dem Land

Annegret Braun berichtet in ihrem Buch über das Leben von Frauen auf dem Land in den letzten 100 bis 150 Jahren. Sie erzählt am Beispiel einzelner Biographien von Leben und Arbeit zwischen Feldarbeit und Melkschemel; aber auch von den beruflichen Perspektiven, den ersten Biobäuerinnen, der ländlichen Heiratspraxis, von selbstbewussten, modern und innovativ denkenden Bäuerinnen oder dem ländlichen Rundfunk, der von Frauen für Frauen produziert wurde.

Die Sehnsucht nach ländlicher Idylle ist derzeit nahezu allgegenwärtig; Landleben ist zum Trendthema geworden, das etwa in Zeitschriften wie der Ende 2005 gegründeten und enorm erfolgreichen Landlust (»die schönsten Seiten des Landlebens«) und ihren Imitaten affirmativ und verklärend behandelt wird. Brauns Buch kann sich diesem Trend und dieser Sichtweise nicht ganz verschließen, auch wenn zu merken ist, dass dieses Buch von einer Wissenschaftlerin geschrieben wurde, die aufzeigen will, wie sich das Landleben verändert hat.

Sicher ist es positiv, darüber zu schreiben, dass Landfrauen schon rund um die Uhr auf dem Feld, im Stall oder im Haus arbeiteten, als das Wort »Multitasking« noch nicht erfunden war, aber das bringt die enorme körperliche und psychische Belastung, die Schinderei der bäuerlichen Arbeit, zum Verschwinden. Sicher waren es häufig die Frauen, die die Technik auf dem Hof einführten, wie Braun es ein paar Mal im Kapitel über die Veränderungen der Arbeitswelt beschreibt, oder die sich in der ökologischen Landwirtschaft auskennen, die Initiative ergreifen oder, wie Margarete von Wrangell agrarwissenschaftliche Forschungen betreiben. Dies blendet aber aus, dass bis vor kurzer Zeit die allermeisten Landfrauen und Bäuerinnen in einem von männlicher Dominaz geprägten patriachalischen Umfeld agieren mussten – und es da wahrlich nicht leicht hatten.

»Frauen auf dem Land« bringt aus einer agrarkulturellen Perspektive betrachtet wenig neues, aber es erzählt von Frauen, die sich im ländlichen Milieu behauptet haben und immer noch behaupten. Das Buch ist mit 150 Abbildungen reichhaltig illustriert und sehr angenehm zu lesen. Die 1962 geborene Annegret Braun wuchs als Bauerntochter auf. Sie machte eine Ausbildung zur Krankenschwester und studierte später Volkskunde / Europäische Ethnologie. Sie schrieb ihre Doktorarbeit über den Frauenfunk des Bayerischen Rundfunks 1945-1968.●

Bernd Hüttner

Annegret Braun: Frauen auf dem Land. Eigenständige Landwirtinnen, stolze Sennerinnen, freiheitssuchende Sommerfrischlerinnen und viele andere; Elisabeth Sandmann Verlag, München 2010, 160 Seiten, 24,95 EUR

Gender & 1968 in Ost und West

Dieses Heft von L'HOMME ist eine Bereicherung für die Debatte um »1968«, da es etliche Aspekte aufgreift, die sonst nicht untersucht werden. Die von Ingrid Bauer und Hana Havelkova herausgegebene Ausgabe will »Fragen nach den Geschlechterordnungen der Protest- und Oppositionsbewegungen in verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas« nachgehen und greift damit weit über den oft nur additiven Umgang mit feministischen Fragestellungen innerhalb der historiographischen Debatte zu »1968« hinaus.

Die Hälfte des Heftes machen vier Aufsätze aus, die aus einer im Mai 2008 in Prag abgehaltenen internationalen Konferenz resultieren. Im ersten dieser Texte untersucht Claudia Kraft, inwiefern in den Reformbewegungen und dissidenten Zirkeln die Forderungen nach universalen, also für Männer und Frauen gleichermaßen geltenden Menschenrechten den Blick auf die Asymmetrien des Geschlechterverhältnisses versperrten. Hana Havelkova analysiert in einer Länderstudie die Geschlechter- und Frauendiskussion in der Tschechoslowakei im Vorfeld und in Folge des »Prager Frühlings«. Dessen Vorgeschichte war stark von einer technokratischen Modernisierung staatlicher Politik geprägt, alternative Diskurse entstanden erst später, unter anderem ausgelöst durch den Import westlicher feministischer Literatur. In den beiden ersten Aufsätzen wird sehr gut gezeigt, dass Privatheit in den staatssozialistischen Ländern als vor dem Staat zu schützender abgeschlossener und abgegrenzter Raum definiert wurde, während doch die »westliche« Frauenbewegung »das Private« erst politisieren, also auch öffentlich machen wollte. Hinzukommt die auf eine Reform des Sozialismus orientierende starke Betonung universaler Menschenrechte im oppositionellen Diskurs, die die Bedeutung des asymmetrischen Geschlechterverhältnisses tendenziell ausblendete.

Mineke Boschs Aufsatz thematisiert die Entwicklung in den Niederlanden, in denen das Jahr »1968« nicht durch besonders herausragende politische Konfrontationen geprägt war, und auch deshalb retrospektiv vor allem durch die Folie eines Generationenkonfliktes hindurch interpretiert wird. Busch dekonstruiert diese stark durch die damals beteiligten AkteurInnen geprägte Lesart. Konkret schildert sie, wie ein öffentlicher Kuss zwischen einem der wenigen damals offen homosexuell lebenden Männer und der Kulturministerin – der ersten Frau, die in den Niederlanden ein politisches Spitzenamt innehatte – starke Debatten auslöste.

Irene Bandhauer-Schöffmann widmet sich sodann der Frage, wie die Medien die Präsenz von Frauen in bewaffneten Organisationen in der Bundesrepublik kommentierten und konstruierten. Das dort entstandene Bild wertete die Teilnahme von Frauen am bewaffneten Kampf zwar als Emanzipationsstrategie, brachte dadurch aber auch die neu entstandene zweite Frauenbewegung in eine Verbindung mit dem »Terrorismus«. Die Anliegen der Frauenbewegung sollten diskriminiert werden. Wie die Frauenbewegung darauf reagierte und die Debatte um den Terrorismus führte, untersucht Branhauer-Schöffer anhand der vier Bewegungszeitschriften »Courage«, »Die schwarze Botin«, »EMMA« und der österreichischen »AUF«.

Den Band schließen kürzere Kommentare und Interviews zur Geschichte der 1968er Jahre in Holland, der Schweiz, Österreich und (West-)Deutschland ab. Sie illustrieren nachhaltig, dass sich analog zu den Spaltungen der auf 1968 folgenden Bewegungen, auch die Erinnerungspolitiken herrschaftsförmig und geschlechterspezifisch konfigurierten, was sich nur teilweise mit der Problematik der »ZeitzeugInnen als HistorikerInnen« erklären lässt, sondern auch damit, dass in Tradierungspraktiken immer auch Machtverhältnisse eingeschrieben sind. Ein Rezensionsessay zu vier autobiographischen Büchern von Beteiligten an den amerikanischen *weatherman* rundet das Heft ab.

Die Beiträge des lesenswerten Heftes vermitteln neues Wissen und neue Interpretationen, die aus der Flut an Literatur zum 68er-Jubiläum positiv herausstechen. Ihre kritischen Impulse und Fragen sollten bei der nun einsetzenden Historisierung der 1970er und 1980er Jahre beachtet, weiterentwickelt und vertieft werden.●

Bernd Hüttner

L'HOMME. Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Gender & 1968 (20. Jg. Heft 2), Böhlau Verlag, Wien 2009. 170 Seiten. 19,90 EUR

Klassismus

Kemper und Weinbach verstehen Klassismus als eine Diskriminierungs- und Unterdrückungsform analog zu anderen -ismen. Diese äußert sich auf institutioneller, kultureller und individueller Ebene. Klassismusanalysen hinterfragen die Herabsetzungen und Stereotypen, die mit dem sozialpolitischen Status einhergehen und dadurch gleichzeitig legitimiert werden.

Die AutorInnen referieren die Herkunft dieses in Deutschland bislang kaum benutzten Begriffes aus den USA, wo er aus den Kritiken der feministischen und der people of color-Bewegung entstanden ist. Im dritten Kapitel stellen sie ArbeiterInnenkulturen und Klassenbewusstsein vor. Die ArbeiterInnen oder weiter gefasst, alle die gesellschaftlich »unten« gehalten werden und/oder renitent sind, waren schon immer Ausschlüssen und Disziplinierungen ausgesetzt. Nach einem kurzen Streifzug in den Bereich der Psychotherapie, der zeigt, dass diese vor allem für die »oberen« Schichten gedacht ist, und auch vorrangig diese sie wahrnehmen, widmen sie sich weiteren konkreten Beispielen: Bildung, Arbeit, Wohnen, Familie und (sexuelle) Beziehungen. Hierzulande am dominantesten ist die Begabungsideologie, medial präsent ist die »Bildungsbenachteiligung«, aber auch der Elitenreproduktion, der Verteilung der Wohnorte oder dem Heiratsverhalten ist der Klassismus eingeschrieben. Nur angedeutet wird, wie bessere Bedingungen für die dringend notwendige Selbstermächtigung der klassistisch Unterdrückten geschaffen werden können, wenn ihnen die Selbstanerkennung und die Kompetenzen für Selbstorganisation systematisch vorenthalten werden.

Kemper und Weinbach haben ein lehrreiches Buch zu einem wichtigen Thema vorgelegt, das mit neueren Debatten zu queer und zu Intersektionalität kurzgeschlossen werden kann. Aus ihm kann viel über die Gesellschaft, ebenso wie über die eigene Biographie gelernt werden. Lesen!!●

Bernd Hüttner

Andreas Kemper/Heike Weinbach: Klassismus. Eine Einführung, Unrast Verlag, Münster 2009, 186 S., 13 EUR
Blog unter http://klassismus.blogspot.com

Justiz und Rote Armee Fraktion

Das *Forum Justizgeschichte e.V.* hat sich als Zusammenschluss kritischer AkteurInnen, die sich gegenüber und im konservativen Feld der Justiz positionieren, große Verdienste erworben. Das Forum widmet sich seit über zehn Jahren der Erforschung und Darstellung der deutschen Rechts- und Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts. Im Herbst 2006 hat es sich auf einer Tagung mit der Entstehung und der Geschichte der Roten Armee Fraktion (RAF) und den Wechselwirkungen zwischen RAF und Justiz beschäftigt.

Der erst jetzt erschienene Sammelband enthält einige Beiträge, die getrost überblättert werden können, da zum Beispiel die zwei Artikel von Wolfgang Kraushaar und Tobias Wunschik nur wiederholen, was von den beiden andernorts schon ausgiebig unter totalitarismustheoretischen und antikommunistischen Vorzeichen veröffentlicht wurde. Gisela Diewald-Kerkmann untersucht Erklärungsmuster, die in Justiz und Öffentlichkeit für die Teilnahme von Frauen am Terrorismus Verwendung fanden. Immerhin enthalten alle drei bis hierhin erwähnten Artikel einige statistische Daten zu den jeweils untersuchten Gegenständen. Andere wiederum, wie der Artikel von Andreas Funke zur Staats- und Verfassungsräson im Verhältnis zur Problematik der (versuchten) Freipressung von RAF-Gefangenen oder der Beitrag von Thomas Henne über das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichtes zur RAF argumentieren so juristisch, dass sie von NichtjuristInnen kaum zu verstehen sind.

Spannend sind die Beiträge, die sich konkreter mit dem Selbstverständnis und dem Handeln der Justiz befassen. Ingo Müller, ehemaliger Professor an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Hamburg und Mitglied des Vorstandes des Forum Justizgeschichte, untersucht, wie das nach den ersten Prozessen gegen Naziverbrecher liberalisierte Strafprozessrecht wieder zurückgeschnitten und vor allem die Rechte der VerteidigerInnen im Laufe der 1970er Jahre nach und nach eingeschränkt wurden. Kurt Groenewold, der als Anwalt selbst an mehreren Strafprozessen gegen Angehörige der RAF beteiligt war, berichtet über die institutionellen Repressionen und die mediale Hetze, der die AnwältInnen seinerzeit ausgesetzt waren. Hellmut Pollähne schildert detailliert und mit vielen Hinweisen auf Quellen aus der grauen Literatur über das von etlichen Widersprüchen und Differenzen gekennzeichnete Verhältnis der politischen Gefangenhilfsorganisation Rote Hilfe e.V. zur RAF und umgekehrt. Dieser kenntnisreiche Beitrag stammt aus dem Arbeitszusammenhang um Hartmut Rübner und Markus Mohr, der demnächst eine umfangreiche Publikation zur Geschichte der (neuen) Roten Hilfe von 1968 bis 1980 vorlegen wird. Jacco Pekelder stellt schließlich die öffentlichen und juridischen Reaktionen auf die RAF in den Niederlanden dar. Diese fanden 1978 ihren Höhepunkt, als drei Mitglieder der RAF nach Schießereien in niederländische Haft kamen und im Anschluss an Deutschland ausgeliefert wurden. Die geschichtspolitische Folie, vor der sich dieser Konflikt abspielte, war die der deutschen Besetzung der Niederlande über 30 Jahre zuvor: Die niederländische Linke interessierte sich auch schon vor 1977 stark für die Vorgänge in ihrem Nachbarland und engagierte sich partiell gegen die Repressionsmaßnahmen des »Modell Deutschland«.

Zusammenfassend finden sich zwar einige interessante Artikel in vorliegendem Band, zu kritisieren bleibt jedoch, dass seine Vielfalt fast schon an Beliebigkeit grenzt, zumal die in ihm vertretenen, teilweise zueinander konträren Positionen nicht reflektiert oder gar diskutiert werden.●

Bernd Hüttner

Volker Friedrich Drecktrah (Hg.): Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des »Deutschen Herbstes«; Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung: München 2010, 280 Seiten, 42,90 EUR

100 Ausgaben WATERKANT

Die meerespolitische Zeitschrift WATERKANT ist zum Jahresanfang mit ihrer 100. Ausgabe erschienen. »Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion« lautet seit 1986 das Motto des Magazins, das seinerzeit von der Meeresschutzorganisation »Aktionskonferenz Nordsee« (AKN) gegründet worden war. Nach der Auflösung der AKN Anfang 2009 wird die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift von einem eigenständigen Förderkreis herausgegeben. Es ging und geht uns, so Redakteur Burkhard Ilschner, »um Erhalt und Ausbau eines Forums für alle, die sich für wirksamen Schutz der sensiblen Meeresumwelt sowie für soziale und ökologische Küstenentwicklung einsetzen«.

Seit ihrer Gründung wird die WATERKANT von Autorinnen und Autoren getragen, die ohne Honorar arbeiten; auch Produktion und Vertrieb wären ohne unbezahlte Mithilfe vieler Unterstützerinnen und Unterstützer undenkbar.

»Wir sehen leider, dass küsten- und meerespolitische Themen – deren Ursachen und Wirkungen ja immer auch weit ins Binnenland reichen – noch immer nicht die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit finden, die sie verdienen«, erläutert Förderkreis-Vorstandsmitglied Volkmar Kayser: »Wir hoffen, mit der WATERKANT einen aktiven Beitrag zu Netzwerken sowie zur Zusammenarbeit lokaler und regionaler Initiativen auch in schwierigen Zeiten leisten zu können, denn nur der gemeinsame Einsatz vieler wird politisch wahrgenommen«.

Voraussetzung dafür war und ist eine breite wechselseitige Vernetzung mit anderen Initiativen und Medien, deren Themen und Beiträge die WATERKANT beleben und unverwechselbar machen: Die Kontakte, die sich in fast 25 Jahren geknüpft haben, schlagen sich im Heft positiv in Artikeln nieder: Sie reichen – um nur wenige ausgewählte Beispiele zu nennen – vom Wattenrat Ost-Friesland über den Hamburger Förderkreis »Rettet die Elbe« oder den Verbund der Initiativen gegen die geplante Küstenautobahn A 22 / 20 bis zur »Schutzstation Wattenmeer«. Aktuell unterstützt die WATERKANT auch die jüngst gegründete überregionale Arbeitsgruppe Meerespolitik im Forum Umwelt und Entwicklung (Berlin/Bonn) und die Kampagne »fair oceans« des Vereins für *Internationalismus und Kommunikation* (IntKom, Bremen).●

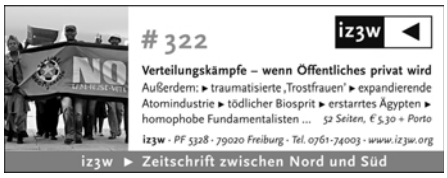
http://www.waterkant.info

Bernd Hüttner

PROJEKTE

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Ulrich Klemm
Francisco Ferrer
Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5.- Euro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5.– Euro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften
288 Seiten, 18,50 Euro
www.espero-versand.net
Oder jede gute Buchhandlung



GWR Nr. 355, Jan.: WikiLeaks. Der nackte Arsch der Demokratie oder die Unmündigkeit zur Wahrheit; Julian Assange, Schweden und die „wildgewordenen Feministinnen"; Andi Wolffs neuer Comic: Unter dem Schotter liegt der Strand; „Stuttgart 21 plus": „Schlichtung" als Herrschaftsinstrument mit alternativem Anstrich; Arundhati Roy; Die Inszenierung tendenziell totalitärer Entweder-Oder-Politik in *Der kommende Aufstand*; Anarchismus & queer, u.v.m., Probeabo: 5 Euro (3 Ex.), Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos bei: **GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -351, www.graswurzel.net**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 1.-3.4.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Einladung zum
(mehr Kollektive) Wochenende

»Kollektivität heißt, hier und jetzt ein Verhältnis zueinander herzustellen, in dem wir gemeinsam lernen, uns schulen, diskutieren, uns ausprobieren und verändern, unsere Bedürfnisse weiter entwickeln. (...)
Wir müssen ausprobieren, experimentieren, nicht resignieren, sondern »die Scheuklappen ablegen«, um im Kontext des weltweiten Aufbegehrens handlungsfähig zu werden. Unser Rückhalt erlaubt es uns auf die Suche zu gehen.« (wildcat no. 76, 2006)
Was ist dran an Kollektiven? Wieso, weshalb und warum wollen wir mehr Kollektive gründen? Welche Möglichkeiten ergeben sich dadurch und gibt es ein Leben nach Uni und Stechuhr?
Wir gehen auf die Suche um Arbeits- und Finanzkollektive zu treffen, die von ihren Erfahrungen berichten. Wir wollen über Utopien sprechen und Menschen einladen die in diese verstrickt waren. Vor allem möchten wir ein Wochenende lang Raum schaffen um über die konkrete Gründung von mehr Kollektiven in Köln zu sprechen, Ideen zu tauschen, rumzuspinnen und vielleicht das ein oder andere zu beginnen; denn wann, wenn nicht zwischen dem **18. und 20.2.2011** im AZ Köln?
Das vorläufige Programm:
Freitag, 18.2.2011, ab 19.30 Uhr
• Kölner Kollektive stellen sich vor, mit dem SSK Salierring, Baukollektiv (in vorb.), Rheinisches JornalistInnenBüro (in vorb.)
Samstag, 19.2.2011, ab 11 Uhr
• die SSK in den 80ern – AktivistInnen erzählen
• grenzenlos Gärten – neue kollektive Ideen in Kalk
• FrauenLesbenTransgenderKollektiv – Lilitza
• Geld in einen Topf! – Finanzkollektive
• Abends – Party
Sonntag, 20.2.2011, ab 12 Uhr
• Open Space
Mehr Infos:
Das AZ befindet sich in der Wiersbergstrasse 44 in Köln Kalk. Am einfachsten zu erreichen über die U-Bahn Station Kalk Kapelle mit den Linien 1 und 9.
http://unsersquat.blogsport.eu/kontakt
Die aktuelle Version des Programms findet ihr auf unserer Webseite unter
http://unsersquat.blogsport.eu/mehr-kollektive

GARTENBAU

Workcamp zum Frühlingsbeginn
in drei emanzipatorischen Gartenprojekten (Berlin, Verden und Egge). Wir freuen uns über alle helfenden Hände und laden dich herzlich ein!
Termin: 19.3.-5.4.2011
Mehr Infos:
gartenstart@gmx.de
http://offenergarten.blogsport.de/

Pflanz dir die Welt,
so bunt sie dir gefällt...!

Du willst dir eigenes Gemüse anbauen? Hast keine Lust mehr auf das Grau in deiner Nachbarschaft? Bioladen ist zu teuer? Du hast Spaß daran draußen zu sein, aber zuwenig Gründe? ... Dann fang doch an zu Gärtnern!
An diesem Wochenende soll es darum gehen, ein Grundwissen zu erlangen, wie du dir selbst dein eigenes Gemüse biologisch anbauen kannst. Es wird theoretisch und praktisch ein Rundumblick über die Gemüsesaison gegeben, mit allem was wichtig ist zu wissen, von der Bodenbearbeitung, Werkzeugkunde übers Säen, Pflanzen, Pflegen bis zum Ernten und Lagern, aber natürlich auch über die Besonderheiten des Bioanbaus.
Termin: 15.-17.4.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ATTAC

Jenseits des Wachstums?!
Kongress

Wirtschaftswachstum wird weltweit als universales Rezept gegen ökonomische Probleme jeglicher Art angepriesen. Angesichts des Klimawandels, unsicherer Arbeitsplätze, der Zerstörung der Umwelt, der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird deutlich, dass dieses alte Rezept nicht funktioniert. Attac will gemeinsam mit Bündnispartnern nach neuen Antworten für die drängenden Krisen unsere Zeit suchen – Antworten, die jenseits des Wachstumswahns liegen.

Vom **20.-22. Mai 2011** diskutieren in der TU in Berlin über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen darüber, wie eine »Postwachstumsökonomie«, eine Wirtschaft jenseits des Wachstums, aussehen könnte, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ohne Wachstum zu überwinden gibt und warum Umverteilung ein zentraler Bestandteil einer nicht wachsenden Wirtschaft sein muss. Neben Diskussionen in Podien, Foren und Workshops sind auch künstlerische Aktionen vorgesehen, die die Frage nach der Veränderbarkeit der Gesellschaft und unserer eigenen Wünsche auf eine andere Art thematisieren.
Zur Eröffnung werden Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta (Ecuador) über die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums sprechen.
Info:
www.jenseits-des-wachstums.de

»Anleitung zur Weltverbesserung.
Das machen wir doch mit links«
Konzert & Lesung

Vor mittlerweile elf Jahren trat Attac Deutschland zum Kampf gegen den Neoliberalismus an. »Globalisierung geht ganz anders – Menschen und Natur vor Profit!« heißt die Devise. Nicht Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Verschwendung, sondern soziale Rechte, Umweltstandards, Arbeits- und Menschenrechte sollen globalisiert werden. Wenn Attac etwas erreicht hat, dann zumindest, dass globalisierungskritische Themen mehr öffentlich diskutiert werden und dass der Neoliberalismus nicht mehr als alternativlos gilt.
Attac ist ein Netzwerk, dem ca. 200 Organisationen und über 20.000 Menschen angehören. An vielen Aktionen beteiligen sich auch Musiker. Besonders viele waren es beim G8-Gipfel 2007 in Rostock und Heiligendamm, und zum zehnjährigen Bestehen von Attac Anfang 2010 erschien die CD *Die Verhältnisse rocken* mit Aufnahmen von 15 Bands, die sich in ihren Songs gesellschaftskritisch äußern und/oder attac unterstützen.
Den Titel dieser CD hat das Festival Musik und Politik aufgegriffen und Musiker eingeladen, die eine Affinität zu Attac-Themen und -Aktionen haben. Das sind der Singer/Songwriter Stoppok, Dota Kehr, Leo Pari (in Italien besonders durch die Zusammenarbeit mit dem Komiker Beppe Grillo bekannt geworden), Rainer von Vielen und die Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot. Vor dem Konzert liest der österreichische Autor Robert Misik aus seinem Buch »Anleitung zur Weltverbesserung. Das machen wir doch mit links« und diskutiert darüber mit Jutta Sundermann (Attac) und Stefan Körbel.
Eine Veranstaltung der »Lied und soziale Bewegungen e.V.«, »GFAJ e.V.« in Zusammenarbeit mit »Helle Panke« e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Attac
Termin: 27.2.2011, 17 Uhr
Info: www.volksbuehne-berlin.de

TAGUNG

Eine neue Balance zwischen
Geld und Leben
Ethische und ökonomische Grundlagen humaner Gesellschaften

Der Titel verspricht viel. Einlösen wollen wir es durch ein Tagungskonzept, das sehr kompetenten Referenten genügend Raum lässt, um detaillierte Informationen ausführlich darzulegen und darüber hinaus ihre Handlungsmotive zu erläutern und mit uns zu diskutieren. Die Referenten unserer Tagung treten gemeinsam für eine soziale und ökologische Politik sowie eine stringente Regulierung der Finanzmärkte ein. Gleichzeitig arbeiten sie in ganz unterschiedlichen Bereichen und können uns so nicht nur eine große Bandbreite möglicher Alternativen vorstellen, sondern auch umfassend über die realen Chancen und Schwierigkeiten beim Einsatz für eine bessere Welt berichten.
Neben der Vermittlung von Wissen über die Funktionsweise der Finanzmärkte steht bei dieser Tagung also das mögliche Engagement der Bürger im Vordergrund. Eingeladen sind alle, die sich kompetent und engagiert mit den Gründen und Konsequenzen der Finanzkrise, den aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und realistischen Alternativen auseinandersetzen möchten.
Termin: 25.-27.2.2011, Bad Honnef
Information & Anmeldung:
www.ksi.de

JUNGE LINKE

Bevölkerungspolitik à la Sarrazin

Die Bevölkerung macht dem Staat ständig Probleme: Sie schrumpft, überaltert oder verdummt. Kein Wunder also, dass PolitikerInnen immer wieder damit beschäftigt sind, diese Probleme zu benennen und bevölkerungspolitische Maßnahmen dagegen zu ersinnen und umzusetzen. Dabei geht es ganz sicher um eines nicht: den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Doch worum geht es dann?
Diese Frage soll im Workshop beantwortet werden: Behandelt wird das Verhältnis des Staates zu seiner Bevölkerung und wie er versucht, diese mithilfe von verschiedenen Maßnahmen an seine Bedürfnisse anzupassen. Als Beispiel dient u.a. Thilo Sarrazin, der für sein Buch »Deutschland schafft sich ab« 2010 außerordentlich viel Applaus erhielt.
Termin: 19.2.2011, Hannover

Von Menschen und Tieren
Zur Kritik des politischen Veganismus

Veganismus ist ein Konsumstil, der den Gebrauch von Tierprodukten (also z.B. Fleisch, Milch, Eier, Wolle, Leder, ...) ablehnt. Seit etlichen Jahren gibt es nun in der Linken die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung. Für sie ist Veganismus nicht einfach eine individuelle Konsumentscheidung, sondern ihre zentrale politische Forderung an alle Menschen bzw. »die Gesellschaft«. Sie versteht Veganismus als notwendigen Teil der politischen Praxis, als eine Bedingung für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Neben moralischem Druck und dem Spiel mit Schuldgefühlen versuchen TheoretikerInnen der Bewegung ihre prinzipielle Ablehnung der Tierhaltung und -nutzung zu begründen und um diese Begründungen soll es auf dem Seminar gehen.
Die Theorien lassen sich grob in drei Richtungen zusammenfassen: Die einen meinen, Tiere sollten Grundrechte haben. Die nächsten meinen, es sei schon falsch überhaupt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Menschen und Tieren zu sehen. Und die letzten finden, dass die Forderung nach Abschaffung der Tiernutzung notwendig zur Kritik des Kapitalismus dazugehöre.
Wir können an einem Tag nicht alle Theorien darstellen und diskutieren, deshalb werden wir an einigen grundlegenden Problemen dieser Theorien unsere Kritik vorstellen und genug Platz lassen für Fragen und Thesen, die Ihr gern diskutieren wollt.
Termin: 26.2.2011, Hannover
Mehr Infos:
junge linke, Postfach 91 04 29,
30424 Hannover
info@junge-linke.org
www.junge-linke.org

UNZENSIERT LESEN

Am **Freitag, den 18.2.2011 um 9 Uhr** soll der Prozess gegen den Geschäftsführer des Buchladens oh21 im Raum 455 des Amtsgerichtes Tiergarten stattfinden. 2010 haben die Berliner Staatsschutzbehörden wiederholt die Buchläden M99, oh21 und Schwarze Risse (Kastanie + Mehringhof) durchsucht, Zeitschriften und Flugblätter beschlagnahmt, Computer entwendet und Strafverfahren eingeleitet. Im Falle der oh21 lautet die Anklage gegen den Geschäftsführer: »Aufruf zu Straftaten« (§130a StGB) und »Verstoß gegen das Waffengesetz«. Das ist neu, denn in früheren Verfahren wegen linker Publikationen wurde jeweils gegen »unbekannt« ermittelt, die »unbekannten Autoren«. Wie der §129a (»Bildung einer terroristischen Vereinigung«) ist auch der §130a ein sogenannter Ermittlungsparagraph, dessen Zweck vor allem genau darin besteht, die Staatsanwaltschaft zu ermächtigen, Läden, Computer und Wohnungen zu durchsuchen.
Linke Buchläden sind zentraler Teil linker Infrastruktur. Sie sind Schnittstellen zwischen breiter Öffentlichkeit, linken Strömungen und Subkulturen. Sie sollen mit solchen Verfahren unter Druck gesetzt werden, als vorgelagerte Zensurbehörde des Staates zu fungieren. Ein gewünschter Nebeneffekt ist sicher, dass so Berührungsängste geschürt werden.
Von diesem Kriminalisierungsversuch sollten sich daher ALLE betroffen fühlen, die Flugblätter, Plakate und Broschüren auch in Zukunft in Buchläden auslegen oder vorfinden möchten, alle, die die Läden als Kontaktadresse nutzen, die Bustickets nach Dresden oder ins Wendland kaufen möchten und all diejenigen, die linke Buchläden schätzen, weil sie dort in einem Bücherbestand stöbern können, der weitestgehend unabhängig von ökonomischen Kriterien zusammengestellt wird – und frei von staatlicher Zensurvorgabe!
Nun steht der erste Verhandlungstermin an: Am 18. Februar 2011 um 9.00 im Amtsgericht Tiergarten, Turmstr. 91, Raum 455. Kommt zahlreich und zeigt eure Solidarität mit den Buchläden!

ANARCHISMUS

1. Anarchistische Buchmesse
Vom **9. bis 10.4.2011** in Mannheim im Jugendkulturzentrum Forum.
Mehr Info:
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de

»Rebellen-Heil«
Fritz Scherer – Vagabund, Wanderer, Hüttenwart, Anarchist

Eine Buchvorstellung
Fritz Scherer (1902-1988) war kein großer Agitator, er gehörte nicht zu den großen Theoretikern der anarchistischen Bewegung. Er war ein, wie es heute heißt, Aktivist. Sein Traum war die herrschaftslose Gesellschaft und dafür kämpfte er Zeit seines Lebens.
Sobald der gebürtige Berliner volljährig war, trat er aus der Kirche aus und in die FAUD ein. Hier war er Kassierer und kassierte unter anderem bei Erich Mühsam. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre zog es ihn auf die Landstraße zusammen mit Millionen Kunden und Vagabunden. Als 1929 der Vagabundenkongress in Stuttgart stattfand, war er natürlich zugegen. Etwa zur gleichen Zeit erfuhr er durch GenossInnen von der Bakuninhütte bei Meiningen. Die Bakuninhütte verkörperte für ihn mehr als alles andere seine Idee: Liebe zur Natur, proletarische Schaffenskraft, Freiheit und Anarchie. Hier war er Hüttenwart und rettete u.a. das Hüttenbuch vor den Nationalsozialisten. Zwar wurde Fritz von den Nazis verhaftet, doch passte er so gar nicht in ihr Bild eines Anarchisten. Er war ihnen zu proletarisch, sprach Berlinerisch und war auch noch bei der Feuerwehr. Nach seiner Freilassung beteiligte er sich weiter am Widerstand gegen die Nazis.
Als Buchbinder waren Bücher bei ihm gut aufgehoben, das fanden auch seine GenossInnen. »Wenn ein Genosse stirbt, hole ich seine Bücher ab.« So manche Neuauflagen anarchistischer Klassiker nach dem zweiten Weltkrieg wären wohl ohne Fritz Scherer nicht möglich gewesen. Fritz Scherer hat Spuren hinterlassen aus seinem bewegten Leben. Diesen möchten wir uns an diesem Abend voll und ganz widmen.
Termin: 25.2.2011, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Anarchistische Büchere i im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102,
10405 Berlin
www.bibliothekderFreien.de

Nur ein ...Ismus?
Anarchie als Lebenshaltung
Eine Einführung in das libertär-sozialistische Denken

Augenfällig ist heute vor allem die politische Sackgasse der alten ...Ismen. »Vorwärts GenossInnen, es geht rückwärts!« tönen die ewigen Bolschewisten, die nach dem empirischen Beweis des katastrophalen Scheiterns en gros, immer noch dem totalitären Finale eines Marxismus-Leninismus-Maoismus hinterherhecheln. Kaum mehr attraktiv ist die ewig kapitalismusdienelnde Sozialdemokratie aller Schattierungen als glaubhaft mögliche Alternative. Wollen wir vielleicht eher eine gründiktatorische öKapitalismusvariante? Wohl kaum.
Zwischen allen Stühlen stand, saß und sitzt der Anarchismus, klarer Feind der Ausbeutung und des staatlichen Diktats. Ist es naiv an die reale Möglichkeit eines freien Sozialismus zu glauben? Warum leben so wenige Menschen aus freien Stücken und nach ihren Möglichkeiten soziale Freiheit? Aber ist das nicht heute die einzige Perspektive eines lebenswerten qualitativen Lebens?
Geschichte, Theorie und Perspektiven des Anarchismus präsentiert der Politologe und Publizist R@lf G. Landmesser.
Termin: 23.2.2011, ab 19 Uhr
Kulturschankwirtschaft BAIZ
(Ecke Tor/Christinenstr., Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz, www.baiz.info)

MEDIEN

Webseiten bauen mit HTML

Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel, wie etwa »Phase 5«, gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.3.2011

Bildbearbeitung mit Photoshop

Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 9.-10.4.2011

Gestalten mit InDesign
Termin: 7.-08.5.2011
Ort: München
Information & Anmeldung:
bsp@baysem.de
www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: **Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.**

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg